Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 339 — DIENSTAG, 18. JULI 1933 — MORGEN-AUSGABE

Gesetz über den Provinzialrat

Führergedanke in der preußischen Verwaltung durchgeführt

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

In geradliniger Fortentwicklung der Gedanken, die dem preußischen Gesetz über den Staatsrat vom 8. Juli 1933 zugrunde liegen, hat das Preußische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 15. Juli 1933 ein Gesetz über den Provinzialrat beschlossen, das auch für die staatliche Provinzialverwaltung den Führergedanken verwirklicht und so für den künftigen weiteren Aufbau der preußischen Verwaltung richtunggebend ist.

Ebenso wie nach dem Staatsratsgesetz der neu gebildete Staatsrat berufen ist, das Staatsministerium bei der Führung der Staatsgeschäfte zu beraten, soll künftig in jeder Provinz ein Provinzialrat gebildet werden, der den Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten bei der Führung ihrer Geschäfte berät. Seine Mitglieder führen die Amtsbezeichnung „Preußischer Provinzialrat". Der Oberpräsident beruft und leitet den Provinzialrat. Der Provinzialrat stimmt nicht ab; die einzelnen Provinzialräte äußern sich zu den Vorlagen, die der Oberpräsident dem Provinzialrat macht.

Dem Provinzialrat gehören an: Kraft ihres Amtes der Oberpräsident, die Staatsräte der Provinz, die Regierungspräsidenten sowie der Landeshauptmann und kraft Ernennung durch den Ministerpräsidenten weitere Personen, deren Zahl für die einzelnen Provinzen je nach der Größe der Provinz und der Zahl der Kreise zwischen 5 und 25 Mitgliedern abgestuft ist. Diese weiteren Mitglieder werden zu zwei Dritteln aus den politischen Leitern der NSDAP und den höheren Führern der SA und SS (Gruppe 1) und zu einem Drittel aus anderen um Staat und Volk verdienten Männern der Provinz (Gruppe 2) entnommen.

Die bisherigen auf Grund des Landesverwaltungsgesetzes gebildeten Provinzialräte werden aufgelöst. Entscheidungen, die nach der Gesetzeslage von diesen Staatsorganen zu treffen waren, werden in Zukunft vom Oberpräsidenten getroffen. Ebenso entfällt die bisher in irgendwelchen Gesetzen oder Verordnungen vorgesehene Zustimmung des Provinzialrates zu Maßnahmen der Verwaltungsbehörde.

Von diesem Gesetz unberührt geblieben sind lediglich die Vorschriften über die Bildung und die Zuständigkeit der Landeskulturabteilung der Provinzialräte, deren Aufgaben besonders auf wasserrechtlichem Gebiet liegen und zum Teil gerichtsentscheidungsähnlichen Charakter tragen.

Bestätigungsrecht aufgehoben

In diesem Gesetz ist auch der Art. 86 der Preußischen Verfassung aufgehoben worden, der für die Ernennung von Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten das Einvernehmen des Provinzialausschusses vorsieht, so daß diese Staatsbeamten künftighin allein von dem Ministerpräsidenten auf Grund des Reichsstatthaltergesetzes vom 7.25. April 1933 und des Erlasses des Reichskanzlers vom 25. April 1933 ernannt werden.

Gleichzeitig mit diesem Gesetz ist ein weiteres Gesetz verabschiedet worden, das die Zuständigkeiten der Provinziallandtage, der Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und der Kreistage auf die Provinzialausschüsse, den Verbandsausschuß und die Kreisausschüsse überträgt. Diese Vertretungsorgane der Provinzen, der Kreise und des Siedlungsverbandes sind zwar noch nicht aufgehoben, sie haben aber in Zukunft nach der Uebertragung ihrer Zuständigkeiten auf die Ausschüsse keinen Betätigungsraum mehr. Es bedeutet, so fügt der Preußische Pressedienst hinzu, eine bloße Uebergangsmaßnahme, wenn diese demokratischen Einrichtungen zunächst noch bestehen geblieben sind.

*

Auf die einzelnen Provinzen verteilt sich die Zahl der Provinzialräte nach folgendem Plan:

	Gesamtzahl	Gruppe 1	Gruppe 2
Ostpreußen	15	10	5
Brandenburg	15	10	5
Pommern	11	7	4
Grenzmark Posen-Westpreußen	5	3	2
Niederschlesien	15	10	5
Oberschlesien	11	7	4
Sachsen	15	10	5
Schleswig-Holstein	11	7	4
Hannover	15	10	5
Westfalen	21	14	7
Rheinprovinz	25	16	9
Hessen-Nassau	15	10	5

Die Steuererleichterung

Das neue Gesetz über Steuererleichterung ist die folgerichtige Fortführung der gesetzlichen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung durch Steuererleichterung, die Staatssekretär Reinhardt in seinem von uns ausführlich wiedergegebenen Artikel aufgezählt hat. Dreierlei sieht das neue Gesetz vor: Steuerermäßigung für Instandsetzungen und Ergänzungen an Betriebsgebäuden, Steuerfreiheit für einmalige Zuwendungen an Arbeitnehmer, Steuerfreiheit für neue Unternehmungen.

Die Steuerfreiheit einmaliger Zuwendungen an Arbeitnehmer wird wohl in erster Linie für die Gewährung von Gratifikationen wichtig werden. Bestimmt ist, daß diese Gratifikationen in vollem Umfang von der Einkommensteuer und von der Schenkungssteuer frei sind, wenn sie nicht in bar, sondern in Bedarfsdeckungsscheinen gezahlt werden. Die Bedarfsdeckungsscheine berechtigen zum Erwerb von Kleidung, Wäsche und Hausgerät. Die wirtschaftliche Tendenz, die mit den Ehestandsdarlehen und den Bedarfsdeckungsscheinen für Notstandsarbeiter verfolgt wird, wird also durch das neue Gesetz verstärkt. Die soziale Tendenz wird deutlich unterstrichen, denn die steuerliche Entlastung aus diesem Teil der neuen Gesetzesbestimmungen kommt in vollem Umfange dem Arbeitnehmer zugute.

Die Steuerfreiheit für neue Unternehmungen, „deren Zweck die Entwicklung neuer Herstellungsverfahren oder die Herstellung neuartiger Erzeugnisse ist", umfaßt alle praktisch in Frage kommenden Steuern. Es kann also ein starker Impuls von dieser Prämiierung unternehmerischer Tätigkeit ausgehen. Das Gesetz enthält im einzelnen eine Anzahl schwieriger Bestimmungen. So heißt es, daß „ein überragendes Bedürfnis der gesamten deutschen Volkswirtschaft" für die Entwicklung der neuen Herstellungsverfahren vorliegen muß. Es muß ferner sichergestellt sein, daß die Freistellung von Steuern „nicht zu einem unmittelbaren Wettbewerb mit bereits bestehenden Unternehmen" führt. Die Durchführung dieser Bedingungen im einzelnen wird nicht leicht sein.

Die Steuerermäßigung für Instandsetzungen an Betriebsgebäuden dürfte praktisch wohl die größte Bedeutung unter den neuen Maßnahmen erlangen. Sie bildet die Ergänzung zu der Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen, die das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni eingeführt hatte. Es besteht in der Konstruktion beider Gesetze aber ein wesentlicher Unterschied. Der gesamte Betrag der neu angeschafften Maschinen ist nach dem Gesetz vom 1. Juni von dem steuerpflichtigen Einkommen absetzbar, und nur von dem Rest ist Einkommensteuer zu zahlen. Nach dem neuen Gesetz sind 10 v. H. des Betrages, der für Instandsetzungsarbeiten an Betriebsgebäuden aufgewendet wird, vom Betrag der Steuer abzusetzen. Nach dem praktischen Beispiel, das Staatssekretär Reinhardt in seinem Artikel anführt, bedeutet das bei gleichen Voraussetzungen — 20 000 Mark Gewinn und 5000 Mark für Neuanschaffungen bzw. Instandsetzungsarbeiten —, daß der Betrag der Steuer sich bei den Ersatzbeschaffungen um 1000, bei den Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden um 500 Mark ermäßigt.

Die steuerliche Vergünstigung ist also im zweiten Fall geringer als im ersten. Das braucht aber nicht immer so zu sein, da die Verhältnisse sich nach der Steuerstufe verändern. Der Sinn der Abänderung des Verfahrens in dem neuen Gesetz ist allen Unternehmern, ganz unabhängig davon, ob sie in eine höhere oder eine niedrigere Steuerstufe fallen, den gleichen Vorteil zu gewähren, nämlich die gleichen 10 vom Hundert. Da die Beträge, die für Instandsetzungsarbeiten an Betriebsgebäuden aufgewendet werden, außerdem als Werbungskosten von der Einkommensteuer abzugsfähig sind, ist klar, daß dies neue Gesetz die kleineren Unternehmer stärker begünstigt als das Gesetz vom 1. Juni.

Als eine zweite Neuerung hat das neue Gesetz eine Bedingung eingeführt, von der die Gewährung der Steuerermäßigung abhängig gemacht ist. In dem Gesetz über Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffung war bestimmt, daß Arbeitskräfte durch die angeschafften Maschinen nicht zur Entlassung kommen dürfen, daß also keine Verminderung der Zahl der Arbeitenden eintrete. Das neue Gesetz verlangt, daß die Lohnsumme sich vermehrt, und zwar um den Betrag, der für die Berechnung des Steuernachlasses maßgebend ist, wenn der Unternehmer in den vollen Genuß der Steuererleichterung gelangen will. Das bedeutet also eine Prämie für Neueinstellungen oder Lohnerhöhungen. Der Versuch ist schon einmal von Papen gemacht worden, diese Idee praktisch zu verwirklichen. Wir haben damals mit der Prämiierung von Neueinstellungen

Die Verhandlungen mit Henderson

Bürositzung im September

Die Besprechungen, die gestern mit dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson in der Wilhelmstraße stattfanden, können für die weitere Entwicklung der Abrüstungsfrage von großer Bedeutung werden. Die Mitteilung über diese Besprechung führt die einzelnen Teilnehmer auf. Es ergibt sich daraus, daß das Reichswehrministerium, das Luftfahrtministerium und die Abteilung des Auswärtigen Amts für Abrüstungsfragen an den Verhandlungen mit dem Präsidenten Henderson beteiligt worden sind. Das Zuziehen dieser Stellen läßt vermuten, daß es sich um eine Erörterung auch der sachlichen Fragen des Abrüstungs-Problems gehandelt hat, und daß nicht nur die rein formale Seite der Vertagung und des Wiederzusammentritts der Abrüstungskonferenz erörtert worden ist.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz hatte schon am Vormittag dem Reichsaußenminister einen Besuch abgestattet und dabei ist wohl das Programm der Besprechungen und der Kreis der Beteiligten festgelegt worden. Wenn der Generalsekretär der Abrüstungskonferenz Aghnides hinzugenommen worden ist, so, weil er für die technische Seite der Abrüstungsfragen, für den Stand der Beratungen über den MacDonald-Plan und für die Vorbereitungen, die für die nächste Zusammenkunft in Genf getroffen werden müssen, zuständig ist. Es besteht die Möglichkeit, daß vor der auf den 16. Oktober festgesetzten nächsten Tagung der Abrüstungskonferenz eine Bürositzung im Laufe des September einberufen wird, zu der die Einladung dann vom Generalsekretariat der Abrüstungskonferenz ausgehen müßte.

Papen bei Hindenburg

NEUDECK, 17. JULI

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute hier den Vizekanzler von Papen zum Vortrag über die in Rom geführten Verhandlungen und den Abschluß des Reichskonkordats mit der katholischen Kirche.

*

Von italienischer amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß Vizekanzler von Papen am Mittwoch in Rom zur Unterzeichnung des Konkordats eintrifft.

Die beiden Mecklenburg werden zusammengelegt

Der Reichsstatthalter für beide Mecklenburg und Lübeck, Hildebrandt, M. d. R., der auch Gauleiter für Mecklenburg-Lübeck ist, teilte bei dem Heimatfest der 700jährigen Stadt Ribnitz mit, daß die Vorbereitungen der Zusammenlegung der beiden Länder Schwerin und Neustrelitz im Gange sind. Noch im Herbst dieses Jahres sollen die ersten dazu notwendigen Maßnahmen getroffen werden.

schlechte Erfahrungen gemacht. Das lag im wesentlichen an drei Gründen:

1. Der Versuch wurde verquickt mit einer Aktion auf eine Herabsetzung der Arbeitszeit, die sich als unzweckmäßig erwies.

2. Man hatte damals nicht genügend berücksichtigt, daß die Prämiierung der Neueinstellungen zu einer Veränderung der Konkurrenzbedingungen führte und in der damaligen Konstruktion Unzufriedenheit nicht nur in die Belegschaften hineintrug — indem sie Altbeschäftigte und Neueingestellte in einen gewissen Gegensatz brachte—, sondern auch in die Unternehmerverbände. Die erste Gefahr wird durch das neue Gesetz völlig vermieden, die zweite ist sehr vermindert, da die Prämie niedriger ist und den Umweg über die Steuer nimmt.

3. Man hatte damals zu wenig bedacht, daß der Anreiz zu vermehrter Produktion in den wenigsten Fällen allein ausreichen wird, um den Unternehmer zu einer Ausweitung seiner Geschäftstätigkeit in größerem Umfange zu veranlassen. Solange die Frage des Absatzes ungeklärt ist, kann ja zunächst immer nur eine verhältnismäßig kleine Schicht von Betrieben von der Kostensenkung profitieren. Der Unterschied gegenüber den damaligen Verhältnissen liegt im Psychologischen.

Ob ein Unternehmer sich zu einer Ausweitung seiner Produktion entschließt, ist heute im wesentlichen eine Frage der Bewertung der künftigen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Das Vertrauen, die Grundlage aller wirtschaftlichen Tätigkeit, ist mit diesem Punkte berührt. Hier liegt die große Chance der neuen Staatsführung und ihre große Aufgabe.

Der Reichskanzler in Nürnberg

Vorbereitungen zum Nationalsozialistischen Parteitag

Von Berneck kommend, traf gestern Reichskanzler Hitler in Begleitung seines Stabes in Nürnberg ein. Gauleiter Julius Streicher war dem Reichskanzler zur Begrüßung entgegengefahren.

Der kurze Aufenthalt des Reichskanzlers galt einer Vorbesprechung für den am 2. und 3. September in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitag der NSDAP. Zu dieser Besprechung haben sich u. a. auch der bayerische Innenminister Wagner, Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz-München, Dr. Ley, der Reichspressechef der NSDAP Dr. Dietrich, der Reichsgeschäftsführer der NSDAP Buhler und der Reichsführer der SS Himmler eingefunden.

Die Vorbesprechungen ergaben die Festlegung einer Reihe von Richtlinien für die Abwicklung der gewaltigen Veranstaltung. In der Luitpoldhalle, die der Kanzler besichtigte, wird eine Amtswaltertagung stattfinden, in der Hitler sprechen wird. Im Luitpoldhain wird der große Aufmarsch der SA und SS erfolgen. Der Reichskanzler besichtigte auch das Stadion und das angrenzende Zeppelinfeld, auf dem im Rahmen der Veranstaltungen des Parteitages ein großes Feuerwerk abgebrannt werden soll.

Der Reichskanzler ist von Nürnberg nach München weitergefahren.

Acht Obergruppen der SA

In der SA ist eine Neuorganisation durchgeführt worden, nach der es jetzt acht Obergruppen der SA gibt, davon sieben in Deutschland, während die achte das Gebiet Oesterreichs umfaßt.

Die Obergruppe I steht in Königsberg und umfaßt Ostpreußen; Führer ist Obergruppenführer Litzmann.

Die Obergruppe II umfaßt Pommern, Mecklenburg und Schleswig-Holstein, das sind die Gruppen Pommern, Hansa und Nordmark; Führer ist Obergruppenführer Lupken in Stettin.

Die Obergruppe III umfaßt Brandenburg mit Ausnahme der nördlichen Kreise, die zu Obergruppe II gehören, den mittleren Teil der Grenzmark Posen-Westpreußen, deren nördlicher ebenfalls zur Obergruppe II gehört, und beide Provinzen Schlesien; Führer ist Obergruppenführer Polizeipräsident Heines in Breslau.

Die Obergruppe IV umfaßt die Gruppen Sachsen und Mitte, also den Freistaat Sachsen und die Provinz Sachsen; Führer ist der sächsische Ministerpräsident Obergruppenführer Manfred von Killinger.

Die Obergruppe V steht in Frankfurt a. M. und umfaßt die Gruppen Thüringen, Westmark mit Koblenz-Trier und Pfalz-Saar, Hessen und Südwest, also die Provinz Hessen-Nassau, den Freistaat Hessen sowie Baden und Württemberg; Führer ist Obergruppenführer Steinhoff in Frankfurt a. M.

Die Obergruppe VI steht in Hannover; sie besteht aus den Gruppen Nordsee, von der die Untergruppe Hamburg abgetrennt und zur Obergruppe II gekommen ist, Niedersachsen, Westfalen und Niederrhein. Führer ist der Obergruppenführer und Oberpräsident Lutze in Hannover.

Die Obergruppe VII steht in München und umfaßt das Gebiet des Freistaates Bayern. Führer ist Obergruppenführer Major a. D. August Schneidhuber in München.

Die Obergruppe VIII in Linz umfaßt den Freistaat Oesterreich.

Das Anwachsen der SA hat auch die Einfügung von neuen Dienstgraden in den bisherigen Aufbau notwendig gemacht. Der Aufbau ist jetzt folgendermaßen: SA-Anwärter (Rekrut), der nach sechs Monaten SA-Mann wird. Nach dem SA-Mann kommt der Sturmmann, dann der Rottenführer und dann der Scharführer, bisher der unterste Dienstgrad. Es kommt dann neu der Oberscharführer, nach dem Truppführer neu der Obertruppführer und nach dem Sturmführer neu der Obersturmführer und Sturmhauptführer, nach dem Sturmbannführer neu der Obersturmbannführer, nach dem Standartenführer und Oberführer neu der Brigadeführer. Ferner erhalten die Fahnenträger der Stürme und die Standartenträger die Bezeichnung Kornett neben ihrem sonstigen Dienstgrad. Entsprechend sind auch die Rangabzeichen ergänzt worden.

„Volk an der Arbeit"

Reichsminister Dr. Goebbels im Rundfunk

Reichsminister Dr. Goebbels hielt am Montag abend über alle deutschen Sender eine Rede im Rundfunk über das Thema „Volk an der Arbeit", in der er u. a. ausführte:

Adolf Hitler ist nun fast ein halbes Jahr an der Macht. Das von ihm geführte Reichskabinett hat am vergangenen Freitag in einer Dauersitzung von morgens 11 bis nachts um 12 Uhr die letzten dringlichen Gesetzentwürfe durchberaten und angenommen und damit den ersten Abschnitt der inneren Aufbauarbeit zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Man braucht nicht zu übertreiben, wenn man behauptet, daß das Kabinett Hitler im vergangenen halben Jahr mehr an staatspolitischen Taten verwirklicht hat als alle anderen ihm vorangegangenen Regierungen im Verlauf der verflossenen 14 Jahre deutschen Niederbruchs und deutscher Schande. Das Tempo der nationalsozialistischen Revolution war im Vollzug der Aktion geradezu atemberaubend. Der Parteienstaat gehört endgültig der Vergangenheit an und wird nie wieder von den Toten auferstehen. Die nationalsozialistische Bewegung hat sich, allein und auf ihr eigenes Recht zur Macht gestützt, siegreich durchgesetzt.

Revolutionen sind nicht Selbstzwecke, sondern nur Mittel zum Zweck. Selbstzweck ist die Erhaltung des Lebens unseres Volkes und des Fortbestandes unserer nationalen Rasse. Revolutionen, die zur Anarchie treiben, verdienen diesen Namen nicht. Wahre Revolutionen zerstören nur, was zerstört werden muß, nicht was zerstört werden kann und lediglich, um Platz für das Neue und Notwendige zu schaffen. Die Regierung hält ein wachsames Auge über jene getarnten bolschewistischen Elemente, die von einer zweiten Revolution sprechen in einem Zeitpunkt, in dem das Volk und die Nation sich eben anschicken, die Ergebnisse unserer Revolution für das nächste Jahrhundert zu sichern und auszubauen. Hitler hat unsere Revolution genau im richtigen Augenblick aufgefangen. Nachdem wir den Staat mit seiner ganzen Machtfülle besitzen, haben wir es nicht mehr nötig, Positionen mit Gewalt zu erobern, die gesetzmäßig unser eigen sind. Kommissare sind nötig, wenn das Tempo der Revolution weiter anschwillt und die Gefahr besteht, daß im Drang der Entwicklung die Sicherheit des öffentlichen Lebens durch offensichtende Lücken entgleitet. Je mehr das Regime sich festigt, um so überflüssiger werden sie. Hat man die Gesetzmäßigkeit absolut in der Hand, dann hat der letzte Kommissar das Feld zu räumen.

Die Regierung weiß, daß sie des Volkes bedarf, wenn sie zum Ziele kommen will. Sie hat um des Volkes willen nach einem groß angelegten Plan den Krieg gegen die Zeitkrankheit der Arbeitslosigkeit eröffnet. Sie hat dabei Mut und Kühnheit bewiesen, und es ist ihr in einer Kraftanspannung ohnegleichen gelungen, die schwindelnde Ziffer der Erwerbslosigkeit in einem halben Jahre schon um zwei Millionen zu senken. Hier liegt das Zentralproblem unserer Arbeit. Selbst auf die Gefahr hin, daß die eine oder die andere gutgemeinte Theorie dabei zu kurz käme, müssen auch, und besonders für die nähere und weitere Zukunft, alle Energien der Staatsführung und des Volkes auf diese eine große Aufgabe konzentriert bleiben. Gelingt es uns, sie zu lösen — und das wird und muß uns gelingen —, dann ist uns der Dank des ganzen Volkes gewiß, und keiner wird dann mehr danach fragen, ob wir auch auf professorale und illusionäre Bedenken genügend Rücksicht genommen hätten. Es ist dieser Regierung gelungen, Steuererleichterungen zu schaffen, keine neuen Lasten zu dekretieren und trotzdem die Leistungen für die Armen und Aermsten nicht zu vermindern. Sie weiß sehr wohl, daß noch große Not in Deutschland zu Hause ist, aber sie hat dem gegenüber ein gutes Gewissen, denn sie hat kein Mittel unversucht gelassen, um der Not zu steuern und den Menschen wieder Arbeit zu geben.

Auch die Welt wird auf die Dauer an dem Ernst, mit dem diese Regierung ans Werk gegangen ist, nicht teilnahmslos vorbeigehen können. Hitler hat den aufrichtigen Willen zum Frieden der Welt. Wenn die Welt uns noch nicht versteht, so soll sie doch wenigstens Achtung haben vor der nüchternen Sachlichkeit, mit der wir unsere eigenen schweren Probleme zu lösen versuchen, ohne dabei bei anderen Staaten herumzubetteln und unsere Sorgen biedermännisch vor der Welt zur Schau zu tragen.

Wenn diese Regierung — was vor ihr noch keine andere, selbst nicht eine vom Zentrum geführte, fertig brachte — sich eben anschickt, unverwischbare Klarheit zu schaffen zwischen dem Staat und den Kirchen und diese Klarheit in feierlichen Verträgen zu sanktionieren, so ist das ein Zeichen dafür, wie ehrlich sie um den Frieden im Lande selbst und in der Welt besorgt ist. Diese Welt allerdings sieht vor sich nicht mehr ein Deutschland, in Dutzende von Parteien und Meinungen zerrissen, sondern einen geschlossenen Staat der Disziplin und der Autorität, geführt von einer zentralen Macht, die sich auf das ganze Volk berufen kann.

Gibt es ein imposanteres Bild, als daß diese Nation, vor kurzem noch aus tausend Wunden blutend, nun ihr Schicksal in die Hand nimmt und mit der Not der Zeit auf ihre Art fertigzuwerden versucht? Dafür gebührt dem deutschen Volk der ganze tiefgefühlte Dank der Reichsregierung, den ich hier, auch im Namen des Kanzlers und Führers, zum Ausdruck bringen möchte. Das deutsche Volk verdient es, daß man sich seiner annimmt und für seine Freiheit und sein Brot arbeitet und schafft. Mit seinem unbesiegbaren Lebenswillen wird es seines Schicksals Herr werden. Es muß nur zusammenhalten und sich auf seine eigene Kraft besinnen. Mut und Selbstvertrauen gehören dazu, wenn die Nation weiter wie in den vergangenen sechs Monaten zusammensteht, wenn sie in Treue und Disziplin die Arbeit des Führers unterstützt und fördert, wenn sie vor der Größe der unser harrenden Aufgaben nicht zurückschreckt, dann wird uns das schwere Werk gelingen. Dann werden wir dem verehrungswürdigen Feldmarschall und Präsidenten für die Hochherzigkeit seines Entschlusses und die tiefe Weisheit, mit der er jegnend seine Hand über uns hält, einen besseren Dank abstatten, als das durch Worte möglich ist: durch die Tat eines in allen Stämmen und Ständen geeinten deutschen Volkes, das vor der ganzen Welt wieder Ehre und Achtung genießt.

Léon Blums Sieg

PARIS, 17. JULI

Der außerordentliche Pariser Kongreß der sozialistischen Partei wurde heute abend durch die Abstimmung über die vorliegenden Entschließungen zum Abschluß gebracht. Es erhielten 2197 Stimmen die Resolution der Linksmehrheit, 971 Stimmen die vermittelnde Richtung Vincent-Auriol, 752 Stimmen die Minderheit des Rechtsflügels Renaudel und 94 Stimmen die Linksextremisten. Die Entschließung Faure-Léon Blum erhielt demnach mehr als die absolute Mehrheit. Eine offene Spaltung wurde noch einmal vermieden.

Die Gruppe Renaudel hat im Anschluß an die Endabstimmung eine Erklärung abgegeben, aus der hervorgeht, daß sie auf ihrem Standpunkt beharrt und die Meinungsverschiedenheiten den Massen gegenüber vertreten würde, wobei sie sicher sei, daß sich die republikanischen Sozialisten hinter sie stellen würden.

Sobald die Kammer im Oktober wieder zusammentritt, muß es naturnotwendig zu einem neuen Zusammenstoß kommen. Es fragt sich, ob es dann wieder gelingen wird, auch äußerlich den Bruch zu vermeiden.

Londoner Ergebnisse

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 17. JULI

Die einzelnen Unterausschüsse der Weltwirtschaftskonferenz, die angewiesen sind, ihre Arbeitsberichte bis Freitag dieser Woche fertigzustellen, vermögen zum Teil schon heute ihre zusammenfassenden Memoranden vorzulegen.

Der Unterausschuß für indirekte Subventionen stellt in seinem Bericht fest, daß keine endgültigen Beschlüsse auf dem Gebiet der indirekten Protektion, besonders in der Frage der Vereinheitlichung von Zollberechnungssystemen, erreicht werden konnten, daß aber die Arbeiten des Ausschusses immerhin soweit fortgeschritten seien, um jederzeit in eine Konferenz zur endgültigen Klärung dieser Frage eintreten zu können. Es ist schließlich zum Beschluß erhoben worden, daß in neuen Handelsverträgen folgende Klausel aufgenommen werden soll: Sollten nach Abschluß eines Handelsvertrages zwischen zwei Staaten in dem einen Land handelspolitische Maßnahmen, gleichgültig, ob sie die Außenhandelsbeziehungen oder nur den inneren Markt betreffen, ergriffen werden, die von dem andern Staat als nachteilig empfunden werden, so sollen beide Staaten in freundschaftlicher Auseinandersetzung eine Beilegung dieses Konfliktes suchen.

In dem Zucker-Unterausschuß hat der internationale Zuckerrat über die in der Zwischenzeit mit verschiedenen Staaten geführten Verhandlungen berichtet. England ist demnach bereit, seine heimische Zuckererzeugung auf dem geforderten Erzeugungskontingent zu stabilisieren. Es hat außerdem sich bereit erklärt, daß für die nächsten beiden Jahre die Exporte aus den Kolonien das augenblickliche Kontingent von 832 0000 Tonnen nicht überschreiten sollen. In den darauffolgenden Jahren sollen die Exporte mit maximal 878 000, 914 000 und 950 000 Tonnen festgesetzt werden und auf diese Weise einen Spielraum bei möglicherweise eintretender Konsumationssteigerung zulassen.

Titulescus' Angora-Reise

LONDON, 17. JULI

Titulescu bestätigte ihrem Korrespondenten die auch von der „Vossischen Zeitung" wiedergegebene Pressemeldung, wonach er im September zum Abschluß eines nahöstlichen Locarno-Vertrages nach Angora fahren würde. Ob Litwinow zum gleichen Zeitpunkt dort sein werde, wisse er nicht. Mit seiner Reise habe es jedenfalls nichts zu tun. Im übrigen versicherte Titulescu, daß, solange er die Außenpolitik Rumäniens leite, er keinerlei Schritte tun oder Verträge machen werde, die in irgendeiner Form eine Spitze gegen Deutschland hätten.

Türkischer Staatsbesuch in Athen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ATHEN, 17. JULI

Der türkische Außenminister Tewfik Ruchdy Bey traf in Athen ein, wo er mit dem Ministerpräsidenten Tsaldari eine längere Aussprache hatte. In einer amtlichen Verlautbarung heißt es, daß die Begegnung von größter Herzlichkeit getragen war, und daß abermals die volle Uebereinstimmung hinsichtlich der zu verfolgenden politischen Richtlinien festgestellt wurde.

Gandhi soll kapitulieren

Der Vizekönig von Indien, Willingdon, hat Gandhi erklärt, der Standpunkt der Regierung sei, daß sie nicht in Verhandlungen über den Abbruch des zivilen Ungehorsams eintreten könne, da dieser völlig verfassungswidrig sei.

Neubildung des Bauerntums

Der Wortlaut des Gesetzes

Das am 14. Juli 1933 vom Reichskabinett beschlossene und von uns in der gestrigen Abendausgabe behandelte Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums hat folgenden Wortlaut:

Die ländliche Siedlung, insbesondere die Schaffung von Bauernhöfen im gesamten Reichsgebiet (Neubildung deutschen Bauerntums) ist die Aufgabe des Reichs. Das Reich hat hierüber die ausschließliche Gesetzgebung.

Zur Durchführung dieser Aufgabe kann sich das Reich der zuständigen Behörden der Länder bedienen. Diese haben den Weisungen des Reichs Folge zu leisten.

Die zuständigen Reichsminister werden ermächtigt, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

*

Auf Grund des Reichsgesetzes über die Neubildung deutschen Bauerntums vom 14. Juli 1933 hat der Reichsernährungsminister dem Ministerpräsidenten Granzow, Schwerin, mit der Einleitung aller Arbeiten und Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes beauftragt. Zu seiner Unterstützung ist ihm der Sonderbeauftragte des Reichsernährungsministers für das Siedlungswesen, Dr. Kummer, als Gehilfe beigegeben worden.

Nach dem Grundgedanken

Justizminister fordert zu größerer Selbständigkeit auf

Der Preußische Justizminister Kerrl hat an die ihm unterstellten Behörden und Beamten zwei wichtige Erlasse über die Anwendung des neuen Rechts gerichtet und sie darin auf ihre besonderen Aufgaben bei der Umgestaltung des Rechtslebens hingewiesen. In einem Erlaß über die selbständigere Anwendung des neuen Rechts durch die Behördenvorstände heißt es:

„Die tiefgreifende Umgestaltung des Staats- und Rechtslebens durch die Regierung der nationalen Erhebung wirft im täglichen Arbeitsbetriebe der Justizverwaltungsstellen naturgemäß zahlreiche Fragen auf, die in den neuen Vorschriften nicht ausdrücklich geregelt sind. Leider muß ich dabei immer wieder die Erfahrung machen, daß Behördenvorstände in solchen Fällen um die Weisung des Justizministers bitten, anstatt die Entscheidung durch sinngemäße Auslegung der ergangenen Bestimmungen zu suchen. Ich bin überzeugt, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um die Behördenvorstände künftig zu größerer Selbständigkeit in der Beurteilung der sich aus den neuen Verhältnissen ergebenden Fragen zu veranlassen. Bei der engen Verbundenheit mit dem Geiste der neuen Zeit, den ich bei allen leitenden Beamten voraussetzen muß, wird es ihnen nicht schwer fallen, auch ohne die Hilfe des Ministeriums die richtige Entscheidung zu treffen. Im § 68 des Bäuerlichen Erbhofrechts ist dem Richter die hohe Aufgabe zugewiesen, Zweifelsfragen nach dem Grundgedanken um dem Zwecke des Gesetzes zu lösen und Lücken im Gesetz unter Berücksichtigung seines Zweckes zu auszufüllen, wie er es als ordentlicher und gewissenhafter Gesetzgeber tun würde. Das Vertrauen, das hier dem Richter geschenkt wird, muß auch der Justizverwaltungsbeamte dadurch rechtfertigen, daß er die neuen Vorschriften in zweifelhaften oder nicht besonders geregelten Fällen so zur Anwendung bringt, wie es ihrem Grundgedanken und den Zielen der nationalen Erhebung am besten entspricht."

Hitlergruß auch bei der Reichsbahn

Die Reichsbahnhauptverwaltung teilt mit: da bei der engen Verbundenheit der deutschen Reichsbahn mit Reich und Volk die Gründe, die die Reichsregierung zur allgemeinen Einführung des deutschen Grußes bei den Reichsbehörden veranlaßten, in vollem Umfange auch für die Reichsbahn gelten, hat der Generaldirektor der deutschen Reichsbahn mit sofortiger Wirkung für die gesamte Reichsbahn angeordnet:

1. sämtliche Beamte, Angestellte und Arbeiter grüßen im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erheben des rechten Armes;
2. Beamte in Uniform grüßen in militärischer Form: wenn wenn sie keine Kopfbedeckung tragen, grüßen sie durch Erheben des rechten Armes;
3. es wird von den Beamten erwartet, daß sie auch außerhalb des Dienstes in gleicher Weise grüßen.

Mahnung an die Notare

Der Preußische Justizminister Kerrl macht in einem weiteren Erlaß die Notare auf ihre Pflichten hinsichtlich der neuen Bestimmungen über Bäuerliches Erbhofrecht aufmerksam. Selbstverständliche Pflicht aller Staatsbeamten und darum auch der Notare sei es, den Gesetzeszweck nach besten Kräften zu fördern und sich von keinem anderen als nur von dem Interesse der bestmöglichen Erreichung des Gesetzeszweckes leiten zu lassen. In einem Einzelfalle, in dem aus zuverlässiger Quelle die Meldung einging, daß ein Notar Amtsgeschäfte vorgenommen habe, die bewußt und gewollt den Zweck verfolgten, die Bestimmungen des Bäuerlichen Erbhofrechtes zu umgehen, ist sofort die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung gegen den Notar von hier aus verfügt worden.

Göring in Campen

Der preußische Ministerpräsident Göring ist Montag abend, von Berlin kommend, mit dem dreimotorigen Großflugzeug „D 220" auf der Insel Sylt eingetroffen. Er verbringt im Nordseebad Campen auf Sylt, wo sich auch der preußische Justizminister Kerrl zur Zeit aufhält, einen kurzen Erholungsurlaub.

Freie Kirchenwahl ist gewährleistet

Eine Bekanntmachung von Staatssekretär Pfundtner

Der Bevollmächtigte des Reichsministers des Innern für die Ueberwachung der unparteiischen Durchführung der Kirchenwahlen erläßt folgende Bekanntmachung:

1. **„Die freie Wahl des Kirchenvolkes ist nach dem Wort des Herrn Reichskanzlers gemäß dem Reichsgesetz vom 14. 7. 1933 gewährleistet.**

2. Die Tageszeitungen haben Anträgen der Kirchenbehörden auf Abdruck der amtlichen kirchlichen Bekanntmachungen über das Wahlverfahren zu entsprechen.

3. Der Bekanntgabe von Wahlaufrufen und Wahlartikeln der kirchlichen Wählergruppen stehen Bedenken nicht entgegen, sofern die Veröffentlichungen sich auf kirchlichem Gebiet bewegen und sich von verletzenden Angriffen freihalten. Unter der gleichen Voraussetzung steht der Vervielfältigung und Verbreitung von Flugblättern nichts im Wege.

4. Anträgen auf Zulassung öffentlicher kirchlicher Versammlungen, die der Vorbereitung der kirchlichen Wahlen dienen, ist mit tunlichster Beschleunigung zu entsprechen. Bei der Zulassung und polizeilichen Sicherung der Versammlungen ist hinsichtlich aller Wählergruppen gleichmäßig zu verfahren.

5. Geldsammlungen für Wahlfonds der kirchlichen Wählergruppen sind im gesamten Reichsgebiet nicht zu beanstanden.

Berlin, den 17. Juli 1933.

Der Bevollmächtigte des Reichsministers des Innern:
Pfundtner, Staatssekretär.

Erleichterte Stimmabgabe

Um auch in der gegenwärtigen Ferien- und Reisezeit dem Kirchenvolk in weitestem Maße die Beteiligung an der Kirchenwahl zu ermöglichen, ist, wie der Evangelische Pressedienst mitteilt, in den vereinfachten Wahlvorschriften auch die Stimmabgabe durch Bevollmächtigte vorgesehen. Es können also Wahlberechtigte, die am Wahltag, dem 23. Juli, auf Reisen sind, ihre Stimme durch ein Mitglied ihrer Kirchengemeinde abgeben lassen. Die hierfür notwendige Vollmacht muß öffentlich beglaubigt sein. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wird vom evangelischen Oberkirchenrat darauf hingewiesen, daß die Beglaubigung der Vollmacht nicht durch Gericht oder Notar vollzogen zu sein braucht, sondern daß zur Beglaubigung jeder berechtigt ist, der ein öffentliches Dienstsiegel führt, insbesondere auch die Pfarrer. Gemäß einer Anordnung des Reichsinnenministers wird für diese Vollmacht eine Gebühr nicht erhoben.

Zur Durchführung der Kirchenwahl sind für den Bezirk des brandenburgischen Konsistoriums (Berlin und Brandenburg) folgende Wahlkommissare ernannt worden: Oberkonsistorialrat Dr. Freydorff für die Kirchenkreise Berlin-Stadt I, Berlin-Stadt II und Berlin-Stadt III, Gerichtsassessor Dr. Sellmann für die Kirchenkreise Friedrichswerder I und II und Köln-Stadt, Konsistorialrat Müller für die Kirchenkreise Berlin-Land I, Berlin-Land II, Kölln-Land I, Kölln-Land II und Spandau, für die übrigen Kirchenkreise der Provinz Brandenburg Oberkonsistorialrat Goebel, Konsistorialrat Göhrs, Oberkonsistorialrat von Renesse, Konsistorialrat Dr. Hünemörder.

Neuordnung im Oberkirchenrat

In den Evangelischen Oberkirchenrat sind als hauptamtliche Mitglieder Dr. Werner und Pfarrer Hossenfelder aufgenommen worden. Dr. Werner war, wie man sich erinnert, von Staatskommissar Jäger als kommissarischer Präsident des Oberkirchenrats, Hossenfelder als kommissarischer geistlicher Vizepräsident eingesetzt worden.

Nach der Zurückziehung der Kirchenkommissare in Preußen wird nun eine Neuregelung eintreten. Solange das Amt des Präsidenten und des geistlichen Vizepräsidenten unbesetzt ist, werden die nach Artikel 133 der Verfassungsurkunde der Altpreußischen Union dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates obliegenden Dienstgeschäfte von Dr. Werner und Vizepräsident Hundt gemeinsam ausgeübt.

Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Massenkundgebung der NSBO

Bochum stand am Sonntag im Zeichen einer Massenkundgebung der NSBO des Gaues Westfalen-Süd. „Der Reichsbetriebszellenleiter Walter Schuhmann bezeichnete es als Aufgabe der NSBO, den deutschen Idealismus in die Herzen der deutschen Arbeiter zu pflanzen und sie aus dem marxistischen Irrwahn herauszureißen.

Gauleiter Josef Wagner führte unter anderm aus, mit Theorien und papiernen Programmen sei die deutsche Arbeiterschaft Jahrzehnte hindurch gefüttert worden. Mit dem Willen des Führers, hinter den sich das gesamte deutsche Volk einmütig stelle, werde man das deutsche Schicksal meistern. Des deutschen Arbeiters Schicksal sei das Schicksal des ganzen Volkes. Kein Arbeiter habe aber das Recht, die Hand des mit ihm für Deutschland wirken wollenden Unternehmers zurückzustoßen, ebensowenig wie der Unternehmer das Recht habe, dem deutschen Arbeiter die Hand zu verweigern, weil er vielleicht früher einmal anderer Ansicht und Anschauung gewesen sei.

Keine Diskussion über Konsumvereine

Am Sonnabend fand in Hamburg eine Besprechung des in der Deutschen Arbeitsfront einberufenen Wirtschafts-Ausschusses zur Regelung der Konsumgenossenschaftsfragen statt.

Es wurde bei dieser Besprechung volle Uebereinstimmung darüber erzielt, daß jede öffentliche Behandlung der konsumgenossenschaftlichen Fragen in Presse-Kundgebungen und Versammlungen irgendwelcher Organisationen oder durch nachgeordnete Dienststellen künftighin unter allen Umständen zu unterbleiben haben. Alle Quertreibereien im Lande werden von jetzt ab mit den schärfsten Mitteln unterbunden und verfolgt. — Der Wirtschafts-Ausschuß ist vom Führer der Deutschen Arbeitsfront zur Lösung der Konsumgenossenschaftsfragen eingesetzt und wird diese im Sinne des Nationalsozialismus in organischer Weise lösen.

Ostpreußen fast ohne Arbeitslose

Eine Meldung des Oberpräsidenten Koch

Der zielbewußte Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat auch in Ostpreußen schneller als erwartet zu bedeutenden Erfolgen geführt. Durch planvolle Arbeitsbeschaffung, nicht etwa durch Notstandsarbeiten oder künstlich geschaffene Arbeit, ist es in wenigen Wochen gelungen, in einem ganzen ostpreußischen Kreis, Pillkallen, die Arbeitslosigkeit vollkommen zu beseitigen. Innerhalb der nächsten drei Wochen ist Pillkallen in der Lage, weitere 1000 Arbeitslose aus anderen Kreisen bei sich zu beschäftigen. Der Oberpräsident Erich Koch rechnet damit, daß spätestens am 1. August, also in 14 Tagen, der gesamte Regierungsbezirk Allenstein in Ostpreußen frei von Arbeitslosen ist und bis zum 15. August auch der ganze Regierungsbezirk Gumbinnen. Das günstige Fortschreiten des Generalangriffs gegen die Arbeitslosigkeit in Ostpreußen läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß bis zum 1. Oktober die ganze Provinz von Arbeitslosen frei ist.

Der Oberpräsident meldete dieses Ergebnis in einem Telegramm dem Reichspräsidenten von Hindenburg, dem Reichskanzler Hitler, dem Ministerpräsidenten Göring, dem preußischen Staatsministerium und dem Arbeitsministerium.

Wann ist Ruhegeld Doppelverdienst?

Ueber die Frage, ob alle Ruhegeldempfänger, die bei Behörden, öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Unternehmungen der öffentlichen Hand im Angestelltenverhältnis beschäftigt sind, als Doppelverdiener anzusehen sind, sind Zweifel entstanden. Diese Zweifel sind durch ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die obersten Reichsbehörden, die Sozialministerien der Länder und die kommunalen Spitzenverbände klargelegt worden. Bei diesem Personenkreis wird das Ruhegeld nach den gesetzlichen Vorschriften gekürzt; ein Doppelverdienst liegt also nicht vor. Für Inhaber eines Versorgungsscheins ist ausdrücklich festgestellt worden, daß dieser Personenkreis zu den Doppelverdienern nicht gehört. Alle anderen Ruhegeldempfänger werden dann nicht als Doppelverdiener anzusehen sein, wenn sie wegen Dienstunfähigkeit oder wegen Auflösung der alten Wehrmacht frühzeitig aus ihrem alten Beruf ausscheiden mußten und infolgedessen nur ein verhältnismäßig geringes Ruhegeld verdienen konnten. Ruhegeldempfänger, deren Ruhegeld nicht 72 v. H. ihres pensionsfähigen Diensteinkommens erreicht, und deren pensionsfähiges Diensteinkommen dasjenige nach Stufe III der alten Besoldungsgruppe A XI nicht überschreitet, sollen nicht als Doppelverdiener behandelt werden, wenn sie noch für Familie oder unterstützungsbedürftige nächste Verwandte zu sorgen haben.

Reichsverband christlicher Nichtarier

Wie uns mitgeteilt wird, ist ein „Reichsverband Christlich-Deutscher Staatsbürger nichtarischer und nicht reinarischer Abstammung" in Gründung begriffen. Der Verband, der unter Leitung von Gustav Friedrich, Berlin-Wilmersdorf, steht, will die in seinem Namen bezeichneten Staatsbürger zusammenschließen, die „sich mit deutschem Wesen, deutscher Art und Kultur unlösbar verbunden fühlen". Er erstrebt ein gemeinsames, verständnisvolles Zusammenwirken „auf dem gemeinsamen Boden des sozialistisch deutschen Nationalgefühls und unwandelbarer Liebe zum deutschen Vaterland."

Pakt Rom—Bukarest verlängert

ROM, 17. JULI

Der im Jahre 1927 abgeschlossene italienisch-rumänische Freundschaftspakt, der am 18. Juli vor dem Ablauf steht, ist um 6 Monate verlängert worden, zum vierten Male seit seinem Bestehen. Man darf annehmen, daß die 6 Monate zu Verhandlungen benutzt werden, um einen neuen Vertrag zwischen Italien und Rumänien fertigzustellen.

Lord Melchett kehrt zum Judentum zurück

Lord Melchett, der einer früher in Deutschland ansässigen Familie entstammt, bisher aber Mitglied der anglikanischen Kirche war, hat sich entschlossen, wieder der jüdischen Glaubensgemeinschaft beizutreten. Lord Melchett ist Leiter des englischen Chemie-Trusts „Imperial Chemical Industries".

Deutschland ohne Nachwuchs / Lehren der Entvölkerungsstatistik

Die Volkszählung vom 16. Juni hat in ihrem Gesamtergebnis keine Ueberraschungen gebracht. Die deutsche Bevölkerung hat eine weitere Zunahme erfahren und ist (einschließlich des Saargebietes) auf 66,1 Millionen angestiegen. Gegenüber der letzten Zählung bedeutet das eine Zunahme um rund 2,7 Millionen Einwohner. Diese absoluten Zahlen sind aber kein zuverlässiger Anhaltspunkt für die deutsche Bevölkerungsentwicklung. Entscheidend für Werden und Vergehen ist vielmehr die Vergleichszahl, wieviel Kinder geboren werden müßten, wenn sich ein Volk selbst erhalten oder wenn es weiter anwachsen will. Nach den Berechnungen Direktor Burgdörfers vom Statistischen Reichsamt müßten in jeder Ehe 3,4 Kinder geboren werden, wenn der Volksbestand gewahrt bleiben sollte. Diese Zahl ist im Reichsdurchschnitt schon unterschritten. Wir haben jetzt nur noch durchschnittlich 2,7 Geburten in jeder Ehe, und der extremste Faktor im Geburtenrückgang, Berlin, hat es bereits auf 0,93 gebracht, d. h., in Berlin ist die kinderlose Ehe nahezu zum Prinzip geworden. Die Volkszählung von 1933 wird die letzte sein, die noch ein wesentliches Ansteigen der Bevölkerung zu verzeichnen hat. Vorausgesetzt, daß keine weitere Verschlechterung in der Geburtenkurve eintritt, haben wir von nun an mit einer Stagnation zu rechnen. Bis 1945 wird die Bevölkerungszahl höchstens auf 106 v. H. gegenüber dem jetzigen Stand steigen. Sie wird dann allmählich sinken und gegen Ende des Jahrhunderts auf etwa 80 v. H. der Zahl von 1933 gekommen sein.

Das letzte Jahrhundert

Die statistischen Eventualitätsberechnungen für eine spätere Zeit sind lehrreich; interessanter für die Gegenwart ist aber die Frage, wie sich schon in nächster Zeit die Bevölkerungsentwicklung auswirken muß. Dazu muß man sich zunächst einmal ansehen, wie die deutsche Geburtenkurve im vergangenen Jahrhunderk verlief. Eine Bevölkerungsstatistik haben wir seit fast hundert Jahren, nämlich seit 1841. Auf die heutigen Grenzen des Reiches umgerechnet, lebten damals in Deutschland rund 33,6 Millionen Menschen. Die Jahresdurchschnittszahl der Lebendgeborenen betrug 1 230 000, d. h. 37 auf das Tausend der Bevölkerung. Um die Jahrhundertwende betrug bei 58,6 Millionen Einwohnern die Zahl der jährlich Lebendgeborenen etwas über 2 Millionen. 1930 war die Bevölkerungsziffer auf über 64 Millionen angestiegen; die Geburtenzahl betrug aber nur noch etwas über 1,1 Millionen. 1932 unterschritten wir zum erstenmal seit mehr als hundert Jahren die Millionengrenze! Wir hatten im vergangenen Jahre nur noch 975 000 Lebendgeborene! Wo zur Jahrhundertwende blieb die Zahl der Geburten auf das Tausend der Bevölkerung berechnet, im wesentlichen stabil. 1900 kamen immer noch 36 Geburten auf das Tausend der Bevölkerung. 1932 ist diese Zahl auf 15 heruntergegangen, sie ist also mehr als halbiert. Um die Jahrhundertwende hatte jede dritte Frau unter 45 Jahren jährlich eine Geburt; heute, nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung, nur noch jede neunte. Berlin hält den traurigen Rekord, daß nur noch jede siebzehnte Frau ein Kind erhält.

Was wird aus Berlin?

Berlin hat seit Jahren einen Sterbeüberschuß; es hat neuerdings auch einen Fortzugsüberschuß. Man braucht gar nicht statistische Berechnungen aufzumachen, wie es in Berlin um das Jahr 2000 aussehen könnte. Es genügt, einen wesentlich näheren Termin herauszugreifen, von dem mit Sicherheit feststeht, wie es aussehen wird, wenn die jetzige Entwicklung anhält: In zwanzig Jahren, um die Mitte des fünften Jahrzehnts, wird Berlin noch drei Millionen Einwohner haben. Es wird also gegenüber 1933 1,2 Millionen einbüßen.

Nun könnte man einwenden, Berlin fiele eben auch auf diesem Gebiet stark „aus dem Rahmen" heraus und könne nicht recht als Beispiel herangezogen werden. Das Bedenkliche aber ist, daß sich nicht nur die übrigen Städte Berlin in dieser Hinsicht allzusehr zum Vorbild genommen haben, sondern daß auch das Land der Hauptstadt erschreckend nacheifert. Unsere Städte in ihrer Gesamtheit können ihren Bestand auf Grund ihrer Geburtenzahlen nicht mehr halten. Das Land hat noch einen Geburtenüberschuß, aber die relative Verminderung der Geburtenhäufigkeit ist auf dem Lande gegenüber 1900 ebenso groß wie in den Städten. Das Land hat in dreißig Jahren seine absolute Geburtenzahl halbiert, genau so wie die Städte. Nur weil die ländliche Geburtenzahl höher lag, als die der Städte, schneiden unsere Landgemeinden jetzt noch einigermaßen günstig ab. Geht es aber in dem bisherigen Tempo auch auf dem Lande weiter, dann muß die Geburtenhäufigkeit dort den gleichen Stand erreichen wie in den Städten.

Vergleich mit dem Ausland

Die deutsche Geburtenzahl wird 1932 nur noch von Schweden unterboten, das nicht viel mehr als 14 auf Tausend hat. Dagegen hat Frankreich, das als das klassische Land der Kinderarmut und der Bevölkerungsstagnation gilt, mit 17,2 Kindern auf das Tausend schon 2,1 Kinder mehr als Deutschland! Unsere absolute Geburtenzahl liegt 1932 noch unter der Italiens, das über 990 000 Lebendgeborene hat.

Stimmt das schon einigermaßen bedenklich, so wird das Bild noch krasser, wenn man ausländische Großstädte zum Vergleich heranzieht. Die deutschen Großstädte hatten 1932 eine Geburtenzahl von 10,8 auf Tausend, Berlin war bis auf etwa 8 heruntergegangen. Moskau hatte dagegen eine Geburtenzahl von 25 und Tokio von 20 auf Tausend. Diese beiden Städte liegen schon über dem, was ein Teil unserer Landbevölkerung noch an Zuwachs erhält. Selbst New York reicht mit 16 a. T. schon bald an die deutschen ländlichen Verhältnisse heran. London hält mit 15 a. T. den gesamtdeutschen Durchschnitt, und selbst Paris reicht mit 14,4 nahe heran. Von diesen Vergleichszahlen aus gesehen, ist das, was wir in Deutschland erleben, keine Geburtenbeschränkung unter dem Einfluß einer wirtschaftlichen Krise, sondern es ist eine Art Zusammenbruch, von dem gar nicht abzusehen ist, welche einzelnen Auswirkungen er noch zeitigen wird.

Ursache des Geburtenrückgangs

Kein Wunder, daß die Bevölkerungsfrage immer mehr zum Zentralproblem der gesamten Staats-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik in Deutschland wird. Welches sind vor allem die Gründe des Geburtenrückgangs? Viel kostbare Zeit zu wirksamen Gegenmaßnahmen ist dadurch verlorengegangen, daß man sich auf den bequemen Standpunkt zurückzog, es handle sich einfach um eine Folge des Krieges, der Inflation und der Wirtschaftskrise. Um unser Gesamturteil vorwegzunehmen, möchten wir betonen, daß man die ganze Erscheinung auf einen einzigen Nenner überhaupt nicht bringen kann. Sie ist auch nicht durch Formeln und mechanische Wirtschafts- und Wohlfahrtshefen zu erklären. Gewiß, auf den ersten Blick hat es etwas Bestechendes, wenn man das neunzehnte Jahrhundert betrachtet, seinen wirtschaftlichen Aufschwung und seinen reichen Kindersegen, und dem unsere Tage entgegenhält: schärfste Wirtschaftsdepression, niedrige Kinderzahlen. Selbst wenn die äußeren Zusammenhänge stimmen, so wäre es doch ein gefährlicher Trugschluß, dem Niedergang lediglich mit den gleichen Mitteln einer ungezügelten Mechanik begegnen zu wollen, die erst dazu geführt haben. Aber auch alle geschichtliche Erfahrung spricht dagegen, daß die zufällige äußere Uebereinstimmung maßgebend für die inneren Zusammenhänge in einer so difficilen Frage sein müßte. Stimmte nämlich die rein mechanisch-wirtschaftliche These, dann hätte Deutschland nach dem Dreißigjährigen Kriege resignierd aufhören müssen, Kinder in die deutsche Welt der Tränen und des Jammers zu setzen. Dann wäre die Zeit nach den Befreiungskriegen auch nicht danach gewesen, sich den Luxus einer großen Kinderzahl zu erlauben. In der Gegenwart müßten dann Frankreich und Schweden geradezu von Kindern wimmeln, und diese Erscheinung dürfte nicht in den Elendquartieren Moskaus zu beobachten sein. Es wäre selbstverständlich töricht, die wirtschaftlichen Zusammenhänge überhaupt leugnen zu wollen, aber sie liegen doch auf anderem Gebiet, als gemeinhin dargestellt wird. An die Stelle rücksichtslosen Menschenverbrauchs trat die sorgfältige Wahrung und Schonung des Lebens, erfolgreich unterstützt von den Errungenschaften auf den Gebieten der Medizin und Technik. Und weil diese pflegliche Behandlung des deutschen Menschen vorhanden war, der nicht mehr durch Säuglingssterben, Seuchen und jahrelange Kriege schonungslos hingerafft wurde, entwickelte sich Deutschlands Menschenbestand zu höchster Blüte. Daher die Aufstiegsmöglichkeiten der deutschen Industrie, daher das stürmische Anwachsen der Großstädte. Nicht Industrie und Städte erzeugten den Menschenreichtum, sondern die Menschen schufen aus ihrem Reichtum heraus Industrie und Großstädte. Das ist eine Binsenwahrheit! Aber man muß sie grade im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsproblem unterstreichen, damit wir endlich, so wie es von der nationalen Regierung in allen Verlautbarungen über die Bevölkerungsfrage nachdrücklich betont worden ist, wieder zu jener Betrachtungsweise kommen, die vom Mechanismus weg zum Organismus kommt, zum Menschen.

Die Maßnahmen der Regierung

Bei zahlreichen Maßnahmen der Reichsregierung spürt man sehr lebhaft, wie stark man an den verantwortlichen Stellen von der Notwendigkeit durchdrungen ist, direkt und indirekt den Geburtenrückgang zu bekämpfen. Durch aufklärende Vorträge wird im Volk das Verständnis dafür geweckt, in welcher Gefahr es sich durch den Geburtenrückgang befindet. Alle Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die der Wiedereinführung verheirateter Arbeitsloser in den Produktionsprozeß, dem Hausbau und der Siedlung dienen, stehen hier im Vordergrund. Eine ganz besondere Aufgabe wird der nebenberuflichen und der ländlichen Siedlung zukommen, da sie das Hauptwerkzeug ist, um wieder den notwendigen Ausgleich zwischen Stadt und Land zu schaffen. Die Herausführung der Frauen aus Fabrik und Büro durch Ehestandsbeihilfen und die Erleichterung der Einstellung von Hausgehilfinnen bedeutet endlich den Anfang der unbedingt notwendigen Reform des Arbeitsmarktes, auf dem die weiblichen Kräfte viel zu stark im Vordergrunde standen. Auch auf steuerlichem Gebiet wird sicherlich der Weg weiter beschritten werden, der kinderreichen Familie jede mögliche Erleichterung zuteil werden zu lassen. Die Reichsregierung ist sich hierbei, wie aus allen ihren Verlautbarungen hervorgeht, sehr wohl bewußt, daß sie nur Hilfsstellung leisten und den Boden vorbereiten kann, auf dem das deutsche Volk auch in der Kinderfrage wieder aktiven Lebenswillen bekundet. Der deutschen Familie wird rechtlich wie wirtschaftlich neuer Raum geschaffen; den Familienbegriff sowie Sinn und Liebe für das Kind muß das deutsche Volk aus sich heraus wieder schöpfen. Die Verantwortung dafür ruht auf ihm selbst.

Wirtschaftspolitische Auswirkungen

Der jetzt vorhandene Zustand unseres Bevölkerungsaufbaus und die kommende zahlenmäßige Entwicklung läßt Rückschlüsse vor allem auf die Agrarpolitik zu. Burgdörfer gibt zu diesem Thema in seiner neuen Schrift „Zurück zum Agrarstaat" sehr interessantes statistisches Material. Die Stagnation der deutschen Bevölkerung legt quantitativ den Bedarf an Nahrungsmitteln für die nächsten zwanzig Jahre ziemlich fest. Der starke innere Umbau unserer Bevölkerung — sehr hoch besetzte ältere Jahrgänge, wenig Kinder und Jugendliche — bedingt aber wesentliche Verschiebungen in der Qualität. Wenn die bisherigen Geschmackstendenzen Bestand haben, werden wir einen starken Rückgang bei Kartoffeln und Roggen haben, während der Verbrauch an Weizen, Fleisch, wie überhaupt an tierischen Produkten (mit Ausnahme der Milch wegen des Geburtenrückgangs) zunehmen. Der Roggenrückgang könnte in 15 Jahren rund 25 v. H. ausmachen. Die tierischen Produkte könnten etwa um 20 v. H. steigen. Damit würde der Bedarf an Futtermitteln ebenfalls steigen. Sehr entscheidend kommt es aber bei diesen Betrachtungen darauf an, wie sich in den nächsten Jahren das Verhältnis der städtischen zur ländlichen Bevölkerung gestaltet. Erhalten unsere Städte in den nächsten Jahren keinen Zuzug mehr vom Lande, dann werden wir bereits in 15 Jahren einen scharfen Rückgang des städtischen Verbrauchs feststellen müssen. Wenn das Land — auch durch Siedlung — wieder an Menschen gestärkt wird, verschiebt sich auch der Nahrungsmittelverbrauch. Ländliche Selbstversorger bevorzugen pflanzliche Nahrungsmittel, und auch von dieser Seite her spielt die Siedlung in der künftigen deutschen Agrarpolitik eine nicht unbedeutende Rolle. Aehnliche Lehren wie für die Agrarpolitik lassen sich aus unserer Bevölkerungsentwicklung auch für andere Wirtschaftszweige ziehen.

Der Erste NS-Frauenkongreß

Zum Ersten Nationalsozialistischen Frauenkongreß Deutschlands waren viele Tausende deutscher Frauen aus allen Teilen des Reiches, insbesondere aus dem Rheinland, aus Westfalen und dem Saargebiet nach Düsseldorf gekommen. Gelegentlich der Einweihung des ersten Wohlfahrtshauses der NS-Frauenschaft Deutschlands überbrachten im Auftrage der Reichs- und Staatsregierung die Ministerialräte Dr. Gütt und Dr. Beck Glückwünsche und Grüße. Staatsrat Gauleiter Florian bat, nach dem Wunsch des Führers, das Haus nicht nach der Mutter des Kanzlers, Klara-Hitler-Haus, zu nennen. Er wies darauf hin, daß die Mutter des Führers eine einfache und schlichte Frau gewesen sei. Man könne sie auch durch den Namen ihres Sohnes und durch die Bezeichnung Adolf-Hitler-Haus ehren.

Am Nachmittag war im Düsseldorfer Rheinstadion noch eine große Kundgebung. Namhafte Redner und Rednerinnen, Führerinnen der NS-Frauenschaften nahmen das Wort und wiesen auf die Bedeutung der deutschen Frau und die Arbeit der NS-Frauenschaften für Volk, Erziehung und Gemeinschaft hin.

„Bayrische Bauernschaft"

In einer Sitzung der gesamten bayerischen Bauernführer unter Vorsitz des bayerischen Landesbauernführers, Staatssekretärs Luber, ist die „Bayrische Bauernschaft" gegründet worden. Der Christliche Bauernverein, der Landbund und die NS-Bauernschaften haben aufgehört zu existieren. Die Bayerische Bauernschaft steht unter Führung des vom Reichsernährungsminister Darré ernannten Landesbauernführers, Staatssekretärs Luber.

Unitas-Verband in der Studentenfront

Der Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine Unitas (U V) hat sich der Deutschen Studentenfront eingeordnet. Im Einvernehmen mit dem Reichsverbandsführer und dem Leiter der deutschen Studentenschaft wurde Dr. phil. Dr. jur. Karl Erbprinz zu Löwenstein zum Verbandsführer des U V bestellt. Der neue Verbandsführer hat sofort die Umgestaltung des Verbandes in einer Weise vorgenommen, welche die Erziehungsarbeit des U V im Geiste des neuen Deutschland gewährleistet.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich
für den redaktionellen Teil: Dr. Gerhard Thimm, Berlin,
für den Anzeigen-Teil: i. V. Otto Hanke, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes — Täglich: „Unterhaltungsblatt" — „Finanz- und Handelsblatt" — Wöchentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" — „Literarische Umschau" — „Reise und Wanderung" — „Recht und Leben"
Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Sommerfrische in der Großstadt

Kann man sich auf dem Berliner Asphalt erholen?

Die Massenflucht, die an jedem Wochenende und besonders zu Beginn der Sommerferien in allen Großstädten einsetzt, das Verlangen aller Volksschichten, die freie Zeit möglichst ausgiebig im Wald, am Wasser und in der Sonne zu verbringen, ist ein sichtbares Zeichen für die allgemeine Auffassung, daß man sich in der Stadt nicht erholen kann. Schon allein diese Luft! Man wagt kaum in ihr zu atmen, ja sie ist sogar gesundheitsschädlich, zum mindesten aber unerträglich. So hört man sagen.

Wäre die Großstadtluft wirklich so schlecht, wie es ihr der Volksmund nachsagt, dann wären alle diejenigen, denen es aus beruflichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht vergönnt ist, einige Tage oder Wochen des Sommers in waldigen Bergen oder an frischen Küstenstrichen zu verbringen, bedauernswerte Geschöpfe. Glücklicherweise ist aber der Aufenthalt in der Großstadt trotz Rauch, Staub und Autodünsten in den Straßen nicht so „gesundheitsschädlich", wie der Landbewohner oder der Wochenend-Fanatiker zu glauben geneigt ist.

Die Auspuffgase der Autos

Wie ist das überhaupt mit der Stadtluft, die angeblich mit der Zunahme des Autoverkehrs immer schlechter wird? Was ist alles in ihr enthalten? Chemiker und Städtehygieniker haben sich in allen Großstädten der Welt mit einer genauen Analyse der Straßenluft beschäftigt. Als Ergebnis hat man gefunden, daß eine „Vergiftung" der Luft durch die Abgase der Autos nirgends festzustellen ist. Der schädlichste Bestandteil der Autoabgase ist das Kohlenoxyd, das allerdings schon in ganz geringen Mengen auf den menschlichen Organismus störend, wenn nicht sogar tödlich wirken kann. Da sich aber die den Auspuffrohren entweichenden Gase aus physikalischen Gründen sofort mit ungeheurer Schnelligkeit mit der übrigen Luft vermischen, bestehen sie, bis sie in die Atemhöhe aufgestiegen sind, keine schädliche Wirkung mehr. Selbst die Annahme, daß z. B. der ständige Aufenthalt von Verkehrsbeamten in einer stark mit Autoabgasen angereicherten Straßenluft infolge des Kohlenoxydgehalts chronische Vergiftungserscheinungen herbeiführt, ist trotz eingehender wissenschaftlicher Forschung bisher nicht erwiesen.

Im Dunst der Fabriken

Weiter enthält die Straßenluft der Großstadt Rauch, Ruß und Staub. Wären unsere Lungen nicht so vorzügliche Filter, würde vielleicht eine Anzahl von Erkrankungen auf die Verunreinigungen in der Straßenluft zurückzuführen sein. Aber der von den Fahrzeugen abgeriebene Asphalt, die feinen Gummiteilchen der Autoreifen oder der mikroskopische Lederstaub der Schuhsohlen können in der außerordentlich feinen Verteilung in der Luft unsere Lebensfähigkeit nicht beeinträchtigen. Als Beispiel dafür, daß auch die Beseitigung größerer Quellen der Luftverschlechterung auf den Gesundheitszustand einer großstädtischen Bevölkerung keinen feststellbaren Einfluß besitzt, kann die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn angeführt werden. Gewiß, die unmittelbaren Anwohner der Bahnstrecken empfinden es als Wohltat, daß nicht mehr stündlich dicke Rauchwolken gegen ihre Fenster geschleudert werden, und daß die Gardinen an den Fenstern seit Aufgabe des Dampfbetriebes erheblich länger sauber bleiben, aber eine Besserung des Gesundheitszustandes hat die Rauchbeseitigung nicht mit sich gebracht.

Wenn wir uns trotzdem in der Großstadtluft nicht sonderlich wohl fühlen und den Wunsch haben, im Grünen einmal ordentlich atmen zu können, so muß unser Unbehagen über den Aufenthalt zwischen den Häusermauern doch von anderen Umständen stärker beeinflußt werden als von der verdächtigten Straßenluft.

Einfluß des Wetters

Und so ist es auch. Denn wie kommt es, daß wir gern auf den Balkon „an die frische Luft" gehen? Auch wenn der Balkon über einer verkehrsreichen, staubigen Straße liegt? Bei näherer Ueberprüfung dieser Frage finden wir, daß unser Wohlbefinden — nicht nur in der Stadt — wesentlich von der Witterung beeinflußt wird. Der Feuchtigkeitsgehalt der Luft, ihre Temperatur und der Grad ihrer Bewegung wirken weit nachhaltiger auf unsere Gesundheit als die Beimengung von Staub und Rauch. Wir fühlen uns wohl, wenn unser Körper richtig arbeiten kann. Um das zu können, muß die uns umgebende Luft die vom Körper durch die Haut und den Atem abgegebene Feuchtigkeit schnell aufnehmen, was aber nur geschieht, wenn die Luft feuchtigkeitsarm ist und nicht, wie an schwülen Sommertagen, schon bis zur Grenze mit Wasserdampf gesättigt ist. Ebenso steht es mit der Temperatur. Wenn zwischen unserer Körperwärme und der Lufttemperatur kein großes Gefälle mehr vorhanden ist, wenn die Luft fast ebenso warm wie unsere Haut ist, dann besteht eben keine Möglichkeit einer Wärmeabgabe an die Luft mehr. Wir finden die Hitze „unerträglich" und scheuen uns vor jeder unnötigen Bewegung, durch die ja eine Erhöhung unserer Körpertemperatur herbeigeführt wird.

Warum bräunt man nicht auf dem Balkon?

Man wird sagen, daß trotz feuchter und heißer Luft, die ja im Zimmer und draußen auf der Straße in gleicher Zusammensetzung vorhanden ist, der Aufenthalt auf dem Balkon eine Erleichterung bringt. Das ist richtig und hat darin seinen Grund, daß auch bei dem Empfinden völliger Windstille stets eine schwache Luftbewegung vorhanden ist, die etwas zum Wärmeaustausch des Körpers an die Luft beiträgt. Verstärken läßt sich diese Empfindung durch Bertauschen der Kleidung mit einem Badeanzug. Man sollte daher selbst mitten in der Stadt den Wert eines Balkons nicht unterschätzen und ihn auf alle Fälle Kindern zugute kommen lassen.

Man wird aber nicht braun, werden viele klagen. Wer verreist war, kommt braungebrannt zurück, auch wenn die Sonne nicht zuviel geschienen hat; auf dem Balkon in der Stadt aber bringt selbst die brütende Julisonne kaum einen Anflug von Bräune zustande. Hieran ist aber nicht die Sonne schuld, sondern — diesmal die Großstadtluft. Ueber die ganze Stadt wölbt sich wie eine Glocke eine Schicht von Staub und Dunst, die einen Teil der Sonnenstrahlen nicht bis auf die Erde herunterkommen läßt. Der Dunst hält die ultravioletten Lichtbestandteile fern und verhindert so das Braunwerden. Wer einen Balkon im vierten Stock sein eigen nennt, hat immerhin noch einige Chancen, etwas von der Bräune abzufangen. Da aber auf der Straße kaum 10 v. H. von den in Dachhöhe gemessenen Mengen an ultravioletten Bestandteilen vorhanden sind, wird eine Sonnenkur im Erdgeschoß bestimmt ohne sichtbaren Erfolg bleiben.

Der gesündere Westen

Glücklicherweise sind aber die Verhältnisse nicht in der ganzen Stadt die gleichen. Die Dunstschicht wird naturgemäß vom Wind nach einer bestimmten Himmelsrichtung verschoben. Da wir in Mitteleuropa vielfach Westwind haben, pflegt der Westen einer Stadtdunstfreier als der Osten zu sein. Allerdings kann's im Sommer auch mal anders sein, wo beim Aufkommen umfangreicher Hochdruckgebiete auch Ostwinde herrschen können.

Das Wohlbefinden vieler Menschen schwankt mit den Bewegungen des Barometerzeigers, eilt ihnen meistens sogar voraus. Hieraus erkennt man, daß die Luftdruckverteilung auch auf die Möglichkeit einer Erholung Einfluß hat. Entscheidend hierfür ist die Sensibilität des Einzelnen, so daß man nicht allgemein von dieser Wechselwirkung sprechen kann.

Wenn sich im Laufe der Betrachtungen herausgestellt hat, daß der Aufenthalt in der Großstadt keineswegs so beklagenswert ist, wie die Freiluftfanatiker meinen, so hieße es doch ins Extrem verfallen, wollte man sich dem Glauben hingeben, der Balkon, die Grünfläche oder gar der Tiergarten könnten die Sommerreise ersetzen. Die eingangs erwähnten „Wochenend-Entflüchtigten" haben durchaus recht, wenn sie so viel wie möglich in Sonne, Luft und Wasser baden. Wenn sich daher irgendwann einige freie Stunden schaffen lassen, dann: heraus aus dem Häusermeer in die schöne Berliner Umgebung. Denn nicht allein die Luftveränderung fühlt unseren Körper, sondern die völlige Aenderung der Umgebung, die Loslösung vom Alltäglichen, die damit verbundene Entspannung der Nerven. Niemand sollte sich aber einen Ausflug ins Grüne von denen verleiten lassen, die ihn glauben machen wollen, daß die ganze sonntägliche Erholung durch die Heimfahrt in qualvoller Enge der Straßen- oder Stadtbahn wieder aufgehoben würde. Ein Versuch wird Zweifler am schnellsten eines Besseren belehren.

Der Absturz des Ozeanflugzeugs

Die beiden Todesopfer geborgen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

STETTIN, 17. JULI

Wie sich herausstellt, ist der Absturz der litauischen Ozeanflieger in der Nähe von Kuhdamm im Kreise Soldin offenbar schon gestern morgen um 2 Uhr erfolgt. Die Flieger waren auf ihrem ganzen Wege von New York bis Ostdeutschland nirgends gesichtet worden, so daß man zunächst gar nicht annehmen konnte, daß sie bereits einen so großen Teil des Weges zurückgelegt hatten.

Ein Landwirt hörte nachts gegen 2 Uhr einen furchtbaren Krach. Er konnte jedoch in der Dunkelheit nichts näheres feststellen, zumal es stark regnete und der Himmel tief verhängt war. Morgens forschte man nach und fand dann auf einer Lichtung ein völlig zertrümmertes Flugzeug, unter dem ein oder zwei Leichen lagen.

Es wurde sofort die Landjägerei benachrichtigt, die das Luftfahrtministerium verständigt und um die Entsendung einer Untersuchungskommission bat. Es ergab sich, daß unter den Trümmern des Flugzeuges zwei furchtbar zugerichtete Leichen lagen. Aus den Papieren zeigte sich dann, daß es sich um die litauischen Ozeanflieger handeln mußte.

Die Luftpolizei hatte festgestellt, daß das Flugzeug wegen Benzinmangels zu einer Notlandung gezwungen wurde. In dem einen Tank waren nur noch 15 Liter Benzin, während der zweite Tank bereits leer war. Die Flieger hatten sich offenbar schon vorher verflogen, weil sie die Seeküste in zu großer Entfernung verlassen hatten. Bei der Notlandung kamen sie auf eine Waldecke und stürzten unmittelbar auf die Bäume. Der Anprall war so stark, daß der Motor ein Stück fortgeschleudert wurde. Ein dritter Begleiter befand sich übrigens nicht im Flugzeug. Der Flugbegleiter Viktor Yesglaitas, der ursprünglich an dem Flug teilnehmen sollte und der auch schon totgesagt worden war, hatte kurz vor dem Abflug in New York auf die Teilnahme verzichtet.

Eine Abordnung der litauischen Gesandtschaft begab sich zusammen mit den litauischen Pressevertretern aus Berlin an die Unglücksstelle. Die Leichen der Flieger wurden zunächst nach Kuhdamm geschafft und aufgebahrt. Von hier werden die Toten in ihre Heimat überführt.

KOWNO, 17. JULI

Die Meldung von dem tödlichen Absturz der beiden litauischen Amerikafliegern Darius und Girenas bei Soldin in der Neumark hat hier tiefe Trauer hervorgerufen. Man führt den Absturz der Flieger auf Benzinmangel zurück. Die Fliegerabteilung der litauischen Armee hat heute einen Trauermonat verkündet. Sämtliche Behörden müssen halbmast flaggen. Die Leichen der litauischen Flieger werden voraussichtlich nach Kowno gebracht und hier auf Staatskosten feierlich beerdigt werden. Die litauischen Flieger haben einige Vertreter nach dem Unglücksort entsandt, um dort die Umstände des Absturzes an Ort und Stelle zu untersuchen.

Post in Moskau wieder gestartet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MOSKAU, 17. JULI

Weltflieger Post ist, nachdem er um 14.20 Moskauer Zeit hier eingetroffen war, um 17 Uhr 15 zum Weiterflug nach Nowo-Sibirsk gestartet. Post hat die Strecke Königsberg—Moskau in weniger als drei Stunden zurückgelegt. Er zeigte überhaupt keine Zeichen von Anstrengung und erklärte bei seiner Landung: „Ich bin weder müde, noch hungrig."

Am Mittwoch Rückflug Balbos

CHIKAGO, 17. JULI

General Balbo beabsichtigt, am Mittwoch den Rückflug nach Italien anzutreten. Er wird voraussichtlich in New York eine Zwischenstation machen. Er hat die Einladung Präsident Roosevelts angenommen, diesem im Weißen Haus zu besuchen. Der Besuch wird gegen Ende der Woche stattfinden.

*

Auf das Glückwunschtelegramm des preußischen Ministerpräsidenten und Reichsministers für Luftfahrt, Göring, zur erfolgreichen Durchführung des Atlantikfluges hat der italienische Luftfahrtminister General Balbo folgendermaßen geantwortet:

„Seiner Exzellenz Hermann Göring, Reichsminister, Berlin. Des hohen Wertes des Beifalls bewußt, der von Ihnen als Verkörperung des großen deutschen Flugwesens dem Atlantikgeschwader zugegangen ist, danken wir Ihnen bewegt und erwidern im alten kameradschaftlichen Fliegergeist den soldatischen Gruß. Italo Balbo."

Katzen-Krieg in der Bülowstraße

Eine nichtalltägliche Razzia

Das Haus Bülowstraße Nr. 89 ist eins jener alten Berliner Mietshäuser mit Hinterhof und Garten, wie es so viele gibt. Aber mit diesem Haus hat es doch seine besondere Bewandtnis, denn seine Bewohner führen seit Jahren einen hartnäckigen, erbitterten Kampf gegen die Hauseigentümerin und noch mehr gegen die Katzen, die ihr gehören. In den beiden Lauben des Gartens, in den Kellern und auf den Treppenfluren, auf dem Hof und auf dem Boden, ja selbst in leerstehenden Wohnungen treiben sich diese Katzen herum und erfüllen die ganze Umgebung mit dem Duft ihrer Anwesenheit.

Man soll nichts gegen Katzen sagen, aber 31 Katzen auf einmal, das ist auch für den größten Tierliebhaber ein bißchen viel. Doch diese Hauswirtin verteidigt ihre Lieblinge mit der Zähigkeit einer Löwin gegen die ganze Bülowstraße. Acht lange Jahre geht dieser hartnäckige Kampf hin und her. Das zuständige Polizeirevier hat ein großes Aktenbündel voller Eingaben und Beschwerden, das Polizeiamt griff ein, ja sogar der Berliner Oberpräsident mußte sich mit dieser Katzen-Angelegenheit befassen.

Es wurde gebeten, ersucht, gedroht und prozessiert, durch eine polizeiliche Verfügung wurde der Frau das Halten von mehr als vier Katzen verboten, nichts half, sie hielt an ihren 31 fest. In einer schwachen Stunde versprach sie dem Gericht, die Katzen abzuschaffen. Was aber tat sie? Sie sperrte die Tiere für einige Tage ein und ließ sie dann wieder frei herumlaufen. Ein Mieter bekam in diesem Katzen-Kriege einen Nervenzusammenbruch und mußte vier Wochen verschickt werden, und ein Kammersänger mußte ausziehen, weil ihm seine Schüler fortliefen. Denn eine Katze über den Weg in früher Morgenstunde hält eine Künstler-Karriere vielleicht noch aus, aber 31 Katzen können selbst die Laufbahn eines Caruso verpatzen.

Und dann kam eines Tages eine Kommission, um sich die Katzen-Wirtschaft anzusehen. Man redete der sittsamen Katzenmutter gut zu, doch sie erklärte: lieber die Mieter weg

Das Unterhaltungsblatt der

Vossischen Zeitung

enthielt im gestrigen Abendblatt u. a. folgende Beiträge:

Tanks greifen an ... von Friedrich Wilhelm Bruns
Vorblick auf Bayreuth
Das Gelübdespiel von Oberammergau

als die Katzen. Man alarmierte den Kreisarzt. Er kam und stellte fest, daß diese Katzenplage auf die Mieter gesundheitsschädigend wirkt. Damit hatte man einen Rechtstitel in der Hand — eine hohe Behörde wurde energisch und stellte ein Ultimatum: bis zum 17. Juli darf keine Katze mehr im Hause sein. Befehl ist Befehl, und Befehle müssen ausgeführt werden. Und da die Wirtin selbst nicht daran dachte, die Katzen fortzubringen, muß die Polizei es tun, und da die Polizei wiederum sich von Amts wegen nicht mit Katzen befaßt, hat sie den Befehl an den Tierschutzverein weitergegeben. So haben denn in den letzten acht Tagen zwei große „Razzien" stattgefunden, und gestern war die dritte. Wisher hat man 21 Katzen eingefangen, aber zehn machen immer noch die Gegend unsicher. Es war keine leichte Arbeit, denn die lieben Tierchen entwischten auf die Bäume, verkrochen sich unter Holzhaufen oder liefen auf die Nachbargrundstücke — denn sie waren eben Katzen und wußten die Fürsorge-Erziehung des Tierschutz-Vereins ganz und gar nicht zu schätzen. Die Wirtin aber stand dabei, sah mit funkelnden Augen dieser Jagd zu und schimpfte, wenn einer der Jäger in ihre Nähe kam. Das Seltsamste aber war: auch die Mieter nahmen plötzlich für die Katzen Partei und stimmten mit Baß und Diskant in dieses Schimpfkonzert ein.

Denn ein Uebel, an das man sich gewöhnt hat, wird schon beinahe wieder wie ein Glück empfunden.

Chronik vom Tage

Auf der Straße niedergestochen

In der Naunynstraße wurde gestern nachmittag der 22jährige Schiffsarbeiter Johannes Jungnickel bewußtlos aufgefunden. Der Arbeiter hatte eine schwere Stichverletzung in der Brust. Die Polizei brachte den Verletzten ins Bethanien-Krankenhaus und nahm die Ermittlungen nach dem Täter auf.

Ein ungetreuer Kutscher

In einem Männerheim in der Gormannstraße wurde gestern der 25jährige Kutscher Karl Cormann verhaftet, der bei einem Landwirt L. in Rühlsdorf eingebrochen und aus einer Truhe 600 Mark Ersparnisse gestohlen hatte. C. hatte bei dem Landwirt früher gearbeitet und bei dieser Gelegenheit den Aufbewahrungsort des Geldes ausgekundschaftet.

Vor der Hinrichtung . . . In Semendria (Jugoslawien) wurden gestern früh zwei berüchtigte Raubmörder hingerichtet. Sie hatten in letzter Zeit zahlreiche Raubmorde begangen. Der eine übergab am letzten Morgen dem Journalisten ein Heldengedicht, in dem er seine eigenen Blattaten besingt, der andere verlangte eine Harmonika, auf der er nachmittags und die ganze Nacht hindurch spielte. Er legte das Instrument erst nieder, als er zum Galgen geführt wurde.

Der Erweiterungsbau der Reichsbank

Ausstellung der Entwürfe

Nachdem der Gutachter-Ausschuß für den Erweiterungsbau der Reichsbank aus der großen Zahl der Bewerber sechs Verfasser von Entwürfen durch Geldpreise ausgezeichnet hat, sind jetzt die Entwürfe selbst im ersten Stock des Hauses Oberwallstraße 6/7 ausgestellt worden. Die Ausstellung für den Erweiterungsbau, der auf dem Baublock zwischen der Holzgarten-, Alte Leipziger und Kurstraße errichtet werden soll, ist gestern vormittag eröffnet worden.

Von den zahlreichen Entwürfen waren sofort die zum Teil gigantischen Rundbauten ausgeschieden, da sie sich nicht in das Alt-Berliner Stadtbild einfügen. Einer der ausgezeichneten Entwürfe, und zwar der von dem Düsseldorfer Professor Fritz Becker, versucht eine Einheit mit dem Gebäude der alten Reichsbank herzustellen. Er nimmt auch Rücksicht auf das alte Stadtbild. Charakteristisch ist seine große Eingangshalle, von der die verschiedenen Flügel des neuen Reichsbankgebäudes ausgehen. Der Entwurf des Berliner Professors Mies van der Rohe zeigt eine 15 Meter hohe und breite Kopfhalle, von der die drei Kassenräume ausgehen, während der Entwurf der Berliner Architekten Professor Mebes und Emmerich eine gute städtebauliche Eingliederung im Anschluß an den Altbau mit einer breiten Front an der Unterwasserstraße gefunden hat.

Eine bemerkenswerte Lösung hinsichtlich der baulichen Umgebung hat der Entwurf der Architekten Pinno und Grund aus Dortmund gefunden, der eine durchgehende Eingangshalle mit einer überschlichtlichen Abhängigkeit der beiden Kassenhallen bei niedrigen Baumaßen vorsieht. Die Architekten Pfeifer und Großmann aus Mülheim haben den Eingang an die Kur- und Holzgartenstraße verlegt und nördlich der Holzgartenstraße einen Vorplatz geschaffen. Der letzte ausgezeichnete Entwurf, der des Königsberger Architekten Frick, verlegt die Haupthalle auf die Nordseite. Von dort schließen sich vier Nordflügel mit Publikumshalle im ersten Geschoß und Büroräumen im Obergeschoß an, die am Südende sämtlich durch eine gläserne Galerie verbunden sind. Hier beträgt die Höhe des Hauptgebäudes ungefähr 37 Meter, um unabhängig von der Entwicklung des nördlich vorgelagerten Baublocks dem Neubau eine genügende Wirkung zu sichern.

Denkt an die „Stiftung für Opfer der Arbeit"

Einzahlungen an Reichskredit-Gesellschaft A. G., Berlin W. 8, Behrenstraße 21/22, sowie auf deren Reichsbankgirokonto und deren Postscheckkonto Berlin 120 unter Angabe der Kontobezeichnung „Stiftung für Opfer der Arbeit".

Auch unter den nicht ausgezeichneten Entwürfen befinden sich interessante Arbeiten, die schon einen Besuch der Ausstellung lohnend machen. Die Ausstellung, die bis zum 29. Juli dauert, ist von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags — am kommenden Sonntag von 9 bis 13 Uhr — geöffnet.

Segelboot im Sturm verunglückt

STETTIN, 17. JULI

Zwei Studenten und eine Studentin der Universität Greifswald waren am Freitag zu einer Küstenfahrt im Segelboot gestartet, von der sie nicht zurückgekehrt sind. Fischer fanden heute früh umweit von Ahlesholm das ohne Besatzung treibende Segelboot. Es muß daher angenommen werden, daß das Boot im Sturm gekentert ist, und daß die drei Insassen ertrunken sind. Ihre Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Bei der Studentin handelt es sich um die im dritten Semester in Greifswald studierende Tochter des Landgerichtspräsidenten Malmann in Meseritz. Der eine der beiden Studenten namens Koch stammte aus Berlin. Der Name des anderen ist noch unbekannt.

Polizei ohne Gummiknüppel

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister des Innern verfügt, daß mit sofortiger Wirkung der Polizeiknüppel im Straßendienst von den Polizeibeamten nicht mehr zu tragen ist. Die Polizeiknüppel sind bei den Polizeirevieren und -bereitschaften, bei der Landjägerei bei den Abteilungsleitern unter Verschluß zu halten. Ihre ausnahmsweise Ausgabe bei außergewöhnlichem Anlaß wird der Entscheidung der Kommandeure oder Landjäger-Abteilungsleiter überlassen. Die Ueberfallkommandos können zunächst in der bisherigen Weise mit dem Polizeiknüppel ausgerüstet bleiben.

Mit dem Kind in die Spree. Gestern nachmittag sprang ein Mann mit einem kleinen Kind, das er im Arm trug, über das Geländer der Michaelbrücke in die Spree. Bootsfahrer, die in der Nähe waren, nahmen sofort Rettungsversuche vor, und es gelang ihnen auch, im Verein mit den Insassen eines Polizeibootes den Lebensmüden und das Kind aus dem Wasser zu holen. Die Feuerwehr brachte die Beiden ins Urban-Krankenhaus. Es handelt sich um einen 26jährigen Kutscher Franz G. und seine zweijährige Tochter Gertrud. Das Motiv der Verzweiflungstat sind Ehezwistigkeiten. Ein Feuerlöschboot, das ebenfalls alarmiert worden war, mußte auf der Rückfahrt auf der Spree in der Nähe der Köpenicker Straße in Tätigkeit treten. Ein Segelboot war gekentert und der Insasse ins Wasser gefallen. Die Feuerwehrleute retteten den Schiffbrüchigen.

Berliner in Kattowitz verhaftet. Der Berliner Magistratsbeamte Pießka wurde, wie WTB mitteilt, in Kattowitz von der polnischen Polizei wegen angeblicher „Heil-Rufe" und wegen Singens des Horst Wessel-Liedes verhaftet. Pießka weilte bei seiner in Kattowitz lebenden Mutter zu Besuch.

Filmdichter — jetzt oder nie!

Von

A. K. VON HÜBBENET

Ein junger Schriftsteller, der seit langem am deutschen Film mitarbeitet, schildert hier eines der dunkelsten Kapitel der Filmproduktion — die Stellung des Autors im Filmschaffen der letzten Jahre.

Das Gefühl, daß es mit der „Filmkunst" doch nicht ganz so bestellt ist, wie es sein könnte und müßte, ist schon in früheren Jahren gelegentlich zum Durchbruch gekommen und hat sich in regelmäßigen Zeitabständen in dem traurig berühmten „Auf nach dem Filmdichter" Luft gemacht. Bei der gegenwärtig sich vollziehenden Umstellung und Umwertung, in einer Zeit, die in ihrem Zielstreben den Schwerpunkt vom Geschäft und Profit zum Geistigen und Ideellen verlagert hat und immer wieder die Verantwortung der Einzelpersönlichkeit vor der Gesamtheit betont, ist eine nicht so bald wiederkehrende Gelegenheit gekommen, auch den Filmautor aus seinem Dornröschenschlaf zu erwecken. Das ist vielleicht die wichtigste Aufgabe, die die Filmindustrie im Augenblick zu erfüllen hat, denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß sich die kulturelle Neugeburt des Films nur auf dem Wege über den geistigen Urheber, den Autor, durchführen läßt.

Es geht nicht um die Verfechtung der Belange einer einzelnen Filmsparte, sondern um eines der Grundprobleme der schöpferischen Produktion, wenn man die Forderung aufstellt, daß dem Autor im Rahmen der Filmherstellung ein anderer Platz eingeräumt werden muß als bisher. Der Filmautor von bisher war, im Gegensatz zu seinen Kollegen von Buch und Bühne, sobald er sein Werk verkauft hatte, von jedem nicht nur materiellen, sondern auch geistigen Eigentumsrecht an seiner Schöpfung ausgeschaltet. Der § 4 des vorgedruckten Normalvertrages für den Erwerb von Weltverfilmungsrechten, bearbeitet und herausgegeben von dem Verband der Filmindustriellen im Einverständnis mit der Spitzenorganisation der Deutschen Filmindustrie (aber nicht etwa im Einverständnis mit einer Schriftstellerorganisation), soll hier wörtlich abgedruckt werden. Darin räumt der Autor dem Produzenten folgende Rechte ein:

„Sie sind berechtigt, die kinematographische und ton- und sprechfilmmäßige Bearbeitung nach eigenem Ermessen vorzunehmen und geschäftlich zu verwerten. Sie haben demgemäß folge auch völlig freie Hand bezüglich der turbelfertigen Ausarbeitung (Drehbuch), ohne daß mir oder meinen Erben irgendein Anspruch zusteht gegen die von Ihnen oder auf Ihre Veranlassung vorgenommenen Aenderungen an Form und Inhalt des Drehbuches oder gegen Form und Inhalt des Filmes selbst bzw. der einzelnen Teile des Filmes, des Propagandamaterials u. dgl. m.

Sie sind nicht verpflichtet, den Film innerhalb einer bestimmten Zeit oder überhaupt herzustellen. Im Falle der Nichtherstellung des Filmes stehen mir oder meinen Erben keinerlei Ansprüche auf Schadenersatz oder Rückgewähr des nach § 2 übertragenen Weltverfilmungsrechtes zu.

Sie sind berechtigt, den Titel allein ohne das Werk zu benutzen.

Irgendeine Verpflichtung darüber, ob bzw. wie Sie den Film benennen und ob bzw. wie oder wo Sie meinen Namen erwähnen, übernehmen Sie nicht."

Kurz gesagt: mit dem Erhalt seines Schecks entäußert sich der Autor sämtlicher Rechte an seinem Stoff, mit dem nun der Produzent alles anfangen darf, was er will, ihn ins Gegenteil umkehren oder überhaupt nicht herstellen. Für einen Dichter und Schriftsteller, dem seine Schöpfungen mehr sind, als Handelsobjekte, der mit ihnen etwas sagen will, wahrhaftig keine Lösung und kein Anreiz zur Mitarbeit! Zugegeben, daß der Vertrag in dieser Form nicht immer zur Ausführung kam und namentlich den renommierten Autoren gelegentlich Zugeständnisse gemacht wurden, — das ändert jedoch nichts am Charakter dieses Vertrages, ändert nichts an der Degradierung des Autors zur Rechtlosigkeit und einer Verantwortungslosigkeit, die kaum ein Gegenstück hat. Das Wunder, daß trotz aller Rufe die berufenen Dichter nicht „an die Front" kamen, sondern dem Filmbetrieb den Rücken kehrten!

Kein Wunder auch, daß infolgedessen eine ganz bestimmte Sorte von Filmautoren eine über Gebühr große Rolle spielte. Man bestellte bei ihnen die Manuskripte, wie man beim Schneider einen Maßanzug oder beim Schuster eine Schuhreparatur bestellt, und sie erledigten prompt und lieferten pünktlich, auch wenn eine Frist von „bis gestern" festgesetzt war. Die bestellte Arbeit machten sie nebenbei, aus dem Handgelenk, denn das Geld war ihnen ja vertraglich sicher, oder ließen sie für ein paar Mark von ungenannten „Negern" schreiben, und so ganz nebenbei arbeiteten sie gleichzeitig noch an einem halben Dutzend anderer Filmentwürfe und wenn möglich noch einen Roman.

Dazu paßt auch das System, einen Film gleich von einem halben Dutzend Autoren schreiben zu lassen. Vermutlich wird der Entscheid, ob diese oder jene Version einer Szene die beste sei, bei einer derartigen Parlamentarbeit jeweils durch Mehrheitsbeschlüsse herbeigeführt. Daß eine solche Methode mit gegenseitiger Befruchtung und produktiver Anregung nichts mehr zu tun hat und daß das Ergebnis keinesfalls Kunst als das Resultat aus dem Erleben schöpfender dichterischer Kraft und Phantasie sein kann, sondern im allerbesten Falle eine handwerklich saubere Konstruktion, ist so klar, daß es keiner Erläuterung bedarf.

Bezeichnend für die allgemeine Einschätzung des Wertes der Autorenarbeit ist es, daß der Name des Autors in den meisten Ankündigungen als etwas offenbar völlig Nebensächliches gar nicht genannt wird. Wenn man sich aber schon entschließt, ihm eine solche „Reklame" zuteil werden zu lassen, dann bestimmt mit an allerletzter Stelle und so zierlich gedruckt, daß man eine Lupe zuhilfe nehmen muß, um den Namen zu enträtseln. Es ist sogar häufig vorgekommen, daß auf Plakaten der „Dichter" der Liedertexte erwähnt wurde, der Autor des Films aber nicht! Diese Frage ist keine Sache der Reklame oder persönlicher Eitelkeit, sie ist auch keine Aeußerlichkeit, sondern gradezu symbolisch. Durch Namensverschweigung wurde der Typ des verantwortungslosen Filmschreibers förmlich gezüchtet. Solange der Autor auf die Art der Verfilmung seines Werkes nicht den geringsten Einfluß hat und in der Oeffentlichkeit nicht dafür gradezustehen braucht, wird die heute mehr als je akute Manuskriptfrage nicht gelöst werden.

Wesentlich ist noch ein weiterer Punkt: man schreit nach Filmideen, aber man bezahlt sie nicht. Die Drehbucharbeit ernährt ihren Mann, für die Verfilmungsrechte erfolgreicher Romane und Bühnenstücke (an ihnen schützt man nicht etwa die Idee, sondern die Reklamewirkung) werden irrsinnige Summen gezahlt, — in Deutschland bis hunderttausend Mark, in Amerika bis zweihunderttausend Dollar, — aber Originalentwürfe werden mit einigen hundert Mark abgegolten. Zweifellos auch nicht die geeignete Methode, um Filmdichter an die Front zu rufen. Wie unsinnig sie ist, erhellt aus wenigen Angaben: der Entwurf erfordert unter Umständen eine längere und intensivere geistige Arbeit, als das Drehbuch; er wird, im Gegensatz zur gutbezahlten Drehbucharbeit, nicht in festem Auftrag hergestellt, sondern auf Geratewohl mit der geringsten Aussicht auf Annahme; zu alledem kommt, daß der Autor der Originalfilmentwürfe in bezug auf die Rechtund Schutzlosigkeit seiner Ideen in der ganzen Schriftstellerei einzig dasteht. Daß wirklich originelle Filmideen noch viel seltener sind, als gute Drehbuchautoren, sei nur nebenbei bemerkt.

Heute wird der Mangel an ideenreichen und fachkundigen Filmautoren besonders stark empfunden. Hans Martin Cremer, der Leiter des dramaturgischen Beratungsbüros der Spio, trägt sich deshalb mit dem Gedanken, eine Art Seminar einzurichten, wo sich zukünftige Filmautoren mit den handwerklichen und technischen Voraussetzungen dieses Spezialberufs vertraut machen können. Es ist ja bekannt, wie oft selbst bekannte Autoren beim Film versagt haben, weil sie eben literarisch und nicht in der Sprache des bewegten Filmbildes dachten und empfanden, dessen junge Kultur ihnen fremd war. Vielleicht könnte sich ein solches Seminar im Laufe der Zeit zu einer heute noch als Utopie empfundenen Einrichtung ausweiten, in der jungen, als begabt erkannten Schriftstellern die finanzielle Möglichkeit geboten wird, sich auszubilden und einzuarbeiten.

Jedenfalls muß als erster Schritt der Revolutionierung des Filmbetriebes die Revolutionierung der Stellung des Filmautors durchgesetzt werden. Die Frage der absoluten Höhe seiner Bezahlung, ebenso wie die Frage, ob Filmautorentantieme oder nicht, ist im Augenblick von sekundärer Bedeutung, weil das, woraus es ankommt, nämlich die künstlerische Verantwortung, durch finanzielle Manöver nicht geweckt werden kann. Eine Verantwortung nicht dem „Brötchengeber" gegenüber, sondern gegenüber der Gesamtheit des Volkes. Dieses Recht und diese Pflicht müssen dem Autor des neuen deutschen Films im Arbeitsprozeß wie in der Oeffentlichkeit zugebilligt werden, damit endlich — der Dichter an die Front kommt.

Berliner Diplomaten

Der ägyptische Gesandte Professor Dr. Hassan Nachât Pascha gab gestern ein Abschiedsdiner für den als Botschafter nach Rom ernannten polnischen Gesandten und Frau Wysocka. Der junge Gesandte, ein Junggeselle, repräsentiert mit echt orientalischer Gastfreundschaft und Großzügigkeit. Seit er das Lustigsche Palais in einem der kleinen Seitenwege der Tiergartenstraße für seine Regierung erworben und ganz nach seinem Geschmack umbauen ließ, ist das Haus einer der Mittelpunkte des geselligen Lebens im Berliner Diplomatischen Korps.

Tee-Empfänge liebt Hassan Nachât nicht. Er bittet zu Frühstücks im kleinen Kreise, oder zu großen Diners, zu denen meist 60 bis 70 Personen geladen werden.

An drei Tafeln wird dann gespeist. Kostbare Spitzendecken sind über die Tische gebreitet. Die Lieblingsblumen des Hausherrn — tiefrote Nelken — neigen sich aus großen Schalen. Nie fehlen in den Menues heimatliche Nationalgerichte. Der junge Koch, der im Rücktrakt der Gesandtschaft mit einem kleinen Stab von Küchenjungen residiert, versteht sich vor allem auf Hammelbraten und ägyptische Reisgerichte besonders. Zu dem Troß der Dienerschaft gehören auch drei „Eingeborene", die stolz auf die farbenprächtige seidene Livree mit den silbernen Knöpfen sind.

Auch im Sommer ruht die Gastlichkeit in der Tiergartenstraße 18b nicht. Hassan Nachât, ein trefflicher Sportsmann, lädt oft zu assauts d'escrime. Das heißt, daß der Hausherr die besten Fechter Berlins in seinem Garten unter den alten Bäumen zu Säbel- oder Degenkämpfen bittet, und zum Schluß selbst temperamentvoll mit einer dieser eleganten Waffen antritt. Der Tee wird dann nicht im Freien, sondern im kühlen Speisesaal genommen.

Vor seiner Berufung nach Berlin hatte Hassan Nachât den Lehrstuhl für Strafrecht an der Universität Kairo inne. Er gehört zu den zukunftsreichsten und fähigsten Köpfen des ägyptischen Auswärtigen Amtes und besitzt außerdem die Gunst König Fuads. Sein Wirken in Deutschland war bisher für beide Länder erfolgreich. So hat er z. B. in Bewunderung der vorbildlichen Hygiene deutscher Krankenhäuser seiner Regierung empfohlen, die neuen Hospitäler nach deutschem Muster zu erbauen und deutsche Architekten dafür zu engagieren. Er selbst war es, der Aerzte und Krankenpflegepersonal aussuchte, um die Belegschaft des neuen Spitals in Alexandrien zu beschicken.

Hassan Nachât ist ein junger Diplomat, dessen Vielseitigkeit mit Bewunderung erfüllt. Er ist vollkommen europäisch erzogen und eingestellt. Neben dem Ausbau der diplomatischen Beziehungen und seinen privaten Studien über Völkerrecht, pflegt er seine persönlichsten Interessen und Liebhabereien. Er ist eine elegante Erscheinung, ein fabelhafter Tänzer und Gesellschafter, Reiter und Tennisspieler. Besondere Vorliebe hat Nachât für Tiere. Seit Jahren gehört ein kostbarer rauchgrauer Angorakater zu seinen Hausgenossen. Zärtlich schnurrend umschleicht er die Gäste oder kuschelt sich wohlig in einen der mit kostbarem Brokat bezogenen Fauteuils. Das Bild der ägyptischen Gesandtschaft aber wäre nicht vollständig, würde des halbjährigen Wüstenhundes vergessen, den Hassan Nachât von seinem letzten Heimaturlaub mitbrachte. Dies seltene, einem kleinen Löwen ähnliche Tier gehört zu der Rasse, die aus einer Kreuzung von oberägyptischen Hunden mit Bernhardinern stammen, die Napoleon auf seinem Feldzuge seinerzeit mit nach Ägypten brachte. Im Freien draußen werden die Armant mit mehreren Monaten schon so bissig, daß sie alle anderen Hunde töten. Herr Boj jedoch ist verhältnismäßig zahm. Er begnügt sich damit, die kostbaren Teppiche, die in Hallen und Räumen liegen, anzuknabbern und zur Begeisterung seines Herrn temperamentvoll damit durch das Haus zu tollen. Nur ab und zu sind Portieren und Hosenbeine seine beklagenswerten Opfer.

Empfang für Bürgermeister Curly

Die Vereinigung Karl Schurz gab im Haus der Presse einen Empfang zu Ehren des Bürgermeisters von Boston, James M. Curly. Dr. Walter Bloem begrüßte den Ehrengast im Namen der Vereinigung und ihres jungen Repräsentanten Dr. h. c. Hans Draeger. Der Stellvertreter des Berliner Oberbürgermeisters, Bürgermeister Dr. Hafemann, wandte sich in kurzer scharfer Rede gegen die Greuelpropaganda im Ausland. Er bat den Gast, den Amerikanern ein wahres Bild von dem neuen Deutschland zu geben.

James M. Curly dankte den Sprechern und betonte, daß „drüben" die Notlage Deutschlands wohl erkannt wird, auch das Bestreben, neu aufzubauen. Die Arbeitslosigkeit wüte in Deutschland wie überall. Amerika erhoffe jetzt auch, daß auf der von Hoover geschaffenen wirtschaftlichen Grundlage Roosevelt den endgültigen Sieg über die Krise davontrage.

Unter den Gästen waren Staatskommissar für Bauwesen Dr. Kühn, Staatskommissar Bürgermeister Dr. Grochtmann, Kapitän Keppler von der amerikanischen Gesandtschaft, die Geheimräte Dr. Führ und Dr. Davidsen vom Auswärtigen Amt, der amerikanische Konsul Geist, Generalkonsul z. D. Dr. von Hentig, Dr. Bertling, Artur Dunning von der amerikanischen Handelskammer.

Flieger-Lehrlager Bork. Im Kreise Zauch-Belzig gelegen, ist Bork den Bewunderern und Freunden und erst recht den Aktiven der deutschen Vorkriegsfliegerei bekannt als die Stätte, wo Hans Grade, der Pionier und Konstrukteur des deutschen Flugwesens, seine Versuche mit selbstgebautem Flugzeug mit eigenkonstruiertem Zweitaktmotor unternahm. Wie so vieles, so fiel auch der Flugplatz Bork mit seinen Hallen und Werkstätten dem Diktat von Versailles zum Opfer: eine Entente-Kommission machte die Bauten verwendungsunfähig, und den unbenutzten weiten Flugplatz überwucherten bald Kieferkusseln und anderes Strauchwerk. „Und neues Leben blüht aus den Ruinen", kann man sagen, wenn man heute nach Bork hinauskommt. Wenige Wochen ist es erst her, daß der Nationale Flugsport-Verein sein Flieger-Lehrlager von Staaken nach dem abgelegeneren und darum für ungestörtes Lernen und Arbeiten günstigeren Bork verlegt hat. Was in dieser knappen Zeit alles wiederhergestellt worden ist, ohne jede finanzielle Unterstützung von außen, ist erstaunlich: der Flugplatz ist befreit von allen Sträuchern und alles ist vorhanden, was für Start und Landung gebraucht wird; sogar für Nachtlandungen sind Einrichtungen bereits betriebsfertig da. In den Hallen stehen neben einem neuen Grade-Flugzeug ein paar Uebungs- und Segelflugzeuge; im Hauptfliegerhorst sind die Lehrwerkstätten und die Unterkunftsräume für Piloten und Schüler eingerichtet. Jede Arbeit braucht Förderung und Ansporn durch Beistand und Anerkennung von Außenstehenden. Dem Fliegerort Bork soll dieser Arbeitsansporn ein Göring-Flugtag am 6. August bringen. Hermann Göring wird als dem Schirmherrn der deutschen Fliegerei an diesem Tage die Urkunde der Ehrenbürgerschaft des Fliegerorts Bork überreicht werden, und mit dem preußischen Ministerpräsidenten haben Prominente der altdeutschen Militär- und Zivilfliegerei ihr Erscheinen, und viele sogar Flugvorführungen zugesagt. Hans Grade wird sein privates Flieger-Museum zugänglich machen und mit seiner Erstkonstruktion Schauflüge ausführen. Der Flugtag soll den ersten deutschen Fliegerort und Flugplatz aus seiner Vergessenheit herausreißen und Bork wieder eingliedern in die Reihe der deutschen Luftsportplätze.

Warum Luftschutz?

Der Reichsluftschutzbund, Bezirk Zehlendorf, veranstaltet am Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, im großen Saal des Lindenparks in Zehlendorf-Mitte, Berliner Straße, eine Massenversammlung. Ein Fachmann auf dem Gebiet des Luftschutzes, Dr. Zappner, Dahlem, wird über das Thema sprechen: „Warum Luftschutz?" und zahlreiche Lichtbilder sowie einen Film vorführen.

Der vom Luftfahrtminister zur Zusammenfassung aller Luftschutzbestrebungen gegründete Reichsluftschutzbund entfaltet auch sonst eine rege Tätigkeit. Neben der Schulung, über die wir bereits berichteten, werden allenthalben Aufklärungsvorträge für weiteste Kreise der Bevölkerung gehalten. Darin werden Fingerzeige für die Vorkehrungen und Ratschläge für das Verhalten bei Luftangriffen gegeben, damit jeder Staatsbürger sich schon jetzt auf die zu erwartenden behördlichen Vorschriften einstellen kann.

Sambo †. In Köln wurde Wilhelm Sambo, der letzte schwarze Pauker vom Leibgarde-Husaren-Regiment in Potsdam gestern zu Grabe getragen. Der aus Kamerun stammende Neger kämpfte im Weltkrieg im deutschen Heer, zuerst in Frankreich, dann in Palästina. Er erhielt das Eiserne Kreuz 1. Klasse und andere Ehrenzeichen und wurde mehrfach verwundet. Nach Kriegsende diente er noch einige Zeit im Reiterregiment 4 in Potsdam. Im Alter von 48 Jahren ist er gestorben.

Das Haus der deutschen Kunst

MÜNCHEN, 17. JULI

Die bayrische Staatsregierung erläßt einen Aufruf, in dem das ganze deutsche Volk aufgefordert wird, sich am Aufbau des „Hauses der deutschen Kunst" zu beteiligen. Nachdrücklich wird nochmals betont, es sei der Wunsch und Wille des Führers, München als wichtigste Stätte deutscher Kunst dem deutschen Volke zu erhalten. Obwohl für die Errichtung des Neubaus der bayrische Staat und die Stadt München einen Bauplatz im Englischen Garten in der Prinzregentenstraße und einen Teil der erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt hätten, müßte das ganze Volk, wie seinerzeit bei der Gründung des Münchner Deutschen Museums, Bausteine zu dem großen Werk beitragen.

Der Entwurf zu dem Kunstausstellungsgebäude, über den noch zu berichten sein wird, stammt von dem mit dem Reichskanzler befreundeten Münchener Architekten Paul Ludwig Troost, der auch die Leitung der kürzlich eröffneten Kunstausstellung innehat. Die Grundsteinlegung, bei der Adolf Hitler zugegen sein wird, soll bereits in der zweiten Hälfte des August erfolgen.

Festnahmen und Waffenfunde

WANNE-EICKEL, 17. JULI

Der politischen Polizei in Wanne-Eickel gelang in einem Kaffeehaus ein überraschender Schlag gegen geheime kommunistische Funktionäre. Die Verhafteten befanden sich schon seit längerer Zeit unter Beobachtung. Sie trugen sich mit der Absicht, unter der Maske der Werbung für eine Wochenschrift „Deutscher Aufbau" neue kommunistische Gruppen im Rheinland und in Westfalen zu organisieren. Eine Person aus Berlin-Hohenschönhausen, zwei Personen aus Bochum und drei aus Wanne-Eickel wurden festgenommen.

KIEL, 17. JULI

Auf einem Gartengelände bei Elmschenhagen wurde von der Kieler SA und der Landjägerei mit Unterstützung der Geheimen Staatspolizei eine umfangreiche Durchsuchung vorgenommen. Dabei wurden Karabiner, Gewehre, Pistolen und Seitengewehre sowie ein erheblicher Bestand an Munition gefunden.

In Kiel sind drei ehemalige SPD-Gewerkschaftssekretäre festgenommen worden. Alle drei wurden von der Geheimen Staatspolizei aus den Betten heraus verhaftet. Sie sollen im Verdacht stehen, an hoch- und landesverräterischen Umtrieben beteiligt zu sein.

SPORT / SPIEL UND TURNEN

198:10 für „Charlies" Fahrt

bei einem Feld von nur sieben Pferden

Häufige Regengüsse hatten das Geläuf in Mariendorf schwer gemacht und so kamen im Preis von Berchtesgaden, der dem jüngsten Jahrgang vorbehalten war, nur sieben Pferde an den Start. Peter Arnold sprang wie üblich endlos, aber sein Fahrer Frömming konnte nichts dafür, daß der Hengst mit Wetten lief. Borgia hätte gewonnen, wenn ihr nicht gleich nach dem Ablauf eine üble Galoppade unterlaufen wäre. So kam Lotos zu einem leichten Siege gegen Best Girl. Der Toto zahlte die Riesenquote von 189:10 bei nur sieben Pferden für Lotos, trotzdem Charlie Mills hinter ihr saß.

Ausgezeichnete Traber bestritten den Inländer-Sommerpreis; es waren aber nur acht, und von denen kamen von vornherein auch nur zwei für den Ausgang in Frage, Frisco und Herzog Alba. Sie passierten das Ziel in dieser Reihenfolge. Das Rennen war zuerst sehr langsam, so daß Edgar, der ebenso wie Monarch gleich nach dem Start lange herumgesprungen war, noch Anschluß fand und dritter werden konnte.

Preis von Tegernsee (1500 M, 2200 Meter): 1. Frau A. Alkemades Xenia (Frömming), 2. Mithridates (Jauß jr.), 3. Isa Bacon (Schön), 4. Aditi (Schön). Ferner: Querela, Lady Patsy, Espoir, Baroneß Akelei, Berolina, Torpedo, Binz, Zita. 3 Lg.—Hals. Toto: 34 (ital. 78). Pl.: 14, 24, 21, 28. — Preis von Berchtesgaden (1500 M, 1400 Meter): 1. Stall Runkels Lotos (Ch. Mills),2. Best Girl (W. Heitmann), 3. Yquem (Kruithof). Ferner: Borgia, Anca, Pechtanne. 2—2 Lg. Toto: 189 (49). Pl.: 23, 17, 20. — Preis von Partenkirchen (Ehrpr. u. 1500 M, 2100 Meter): 1. Gest. Lasbeks Olga (Bölk), 2. Delila (Brandt), 3. Union (Bes.), 4. Faida (Bes.). Ferner: Sokrates, Kitty Worthy, Quivila, Betrix, Laetitia, Kitty L., Huberta, Betsey Electron, Magda, Mediziner. 5 Lg.—Hals. Toto: 41 (66). Pl.: 18, 20, 44, 14. — Inländer-Sommer-Preis (Ehrpr. u. 2000 M, 2600 Meter): 1. G. Knechts Frisko (Frömming), 2. Herzog Alba (Jauß jr.), 3. Edgar (Blanke). Ferner: Blankenese, Brocken, Monarch II, Heiderin, Feuerzauber. ½ bis 5 Lg. Toto: 23 (37). Pl.: 11, 11, 13. — Preis von Murnau (1500 M, 2400 Meter): 1. E. Perks Edelmeister (B. Heckert): 2. Satire (J. Frömming), 3. Erich L. (W. Lenz), 4. Landstreicher (E. Perk). Ferner: Gardejäger, Inschallah, Heliotrop, Ingara, Delft, Nikeburg, Maimorgen, Loblied, Herbert R. (o. W.), Marone. 1½ Lg.—Hals. Toto: 31 (82), Pl.: 16, 19, 16, 63. — Preis von Oberammergau (1800 M, 2000 Meter): 1. Gest. Falkenhagens Querulant (Ch. Mills), 2. Bandit (W. Heitmann), 3. Asmodi (J. Frömming). Ferner: Quebeck, Mikosch, Voraus, Adio. 1—3 Lg. Toto: 16 (40), Pl.: 11, 13, 13. — Preis von Tölz (1500 M, 2100 Meter): 1. Gest. Lasbeks Prolog (W. Heitmann), 2. Blanco (M. Ringius), 3. Mine Worthy (W. Weidner jr.). Ferner: Rena Bell, Casus belli, Alabaster, Parole, Parnaß, Ohlendorf, Werburg, Vielgeliebter. 4—6 Lg. Toto: 20 (49), Pl.: 16, 20, 58. — Preis vom Königssee (1500 M, 2400 Meter): 1. F. Korzennicks Mark Aurel (F. Schmidt), 2. Guy Drifton (H. Schröder), 3. Dolly (Ch. Mills), 4. Ila (C. Schön). Ferner: Ursus, Quintaner, Florica, Icarus, Landjäger, Wildtaube, Guy Bird, Christa. Kopf—1 Lg. Toto: 69 (54), Pl.: 15, 15, 19, 41. — Zugspitze-Rennen (1500 M, 2000 Meter): 1. R. Behrends Eminenz (A. Blanke), 2. Beta Druien (G. Jauß jr.), 3. Dornzieher (Alf. Schulz). Ferner: Larida, Oberkellner, Passer, Cyklon, Hagel, Hampelmann, Janina. 1. Lg.—Kopf. Toto: 46 (73), Pl.: 16, 21, 38.

v. Papen im Rennsattel

Bei dem am 6. August auf der Bahn in Karlshorst stattfindenden Nationalen Volksrenntag wird es ein sportliches Ereignis besonderer Art geben: Vizekanzler von Papen, einst ein ausgezeichneter und erfolgreicher Herrenreiter, will im Senioren-Rennen noch einmal in den Rennsattel steigen. Voraussichtlich wird der Vizekanzler auf der erst kürzlich in Karlshorst erfolgreich gewesenen vierjährigen Fuchsstute Alma aus dem Stall des ostpreußischen Rennmannes W. Röder im Sattel sein.

Abschluß der Pommern-Woche

LAUTERBACH (RÜGEN), 16. JULI

Bei schönem trockenen Segelwetter und einer noch immer 10 Meter betragenden Südwestbrise, die östlich der Insel Vilm auf dem Greifswalder Bodden einen sehr steilen kurzen Seegang hervorrief, ist gestern mit einer rund um die Insel Vilm führenden Wettfahrt die Pomern-Woche der Segler zu Ende geführt worden. Sie brachte noch einmal einen schönen Kampf der beiden 75-qm-Boote „Nane"-Berlin und „Jutta"-Stettin, der nach einem Bord-an-Bordrennen vor Wind mit zwei Sekunden zugunsten Berlins entschieden wurde. In ganz großer Form gewann auch wieder der Berliner 30-qm-Schärenkreuzer „Darling" in kürzerer Segelzeit als die der mehr als doppelt so groß besegelten 75-qm-Klasse den Preis der Klasse vor „Der Mohr"-Berlin, und auch die beiden 45-qm-Boote aus Berliner „Stromer" und „Humba" — letztere mit ihrem über Nacht reparierten Mast — gewannen die beiden Preise dieser Klasse.

Die im Anschluß daran von der Fürstin Asta von Putbus auf deren Schloß in Putbus vorgenommene Preisverteilung bewies das gute Abschneiden der Berliner Segler, die in allen für sie in Frage kommenden Klassen die Punktpreise bis auf zwei ersegelt hatten. So gewann der 30-qm-Schärenkreuzer „Darling" den Hindenburg-Preis, den „Humba"- und „Jutta"-Preis; desgleichen die 45-qm-Jacht „Stromer" den Preis der Ostsee-Station, den Preis von Misdroy und den Erich-Hülse-Preis. Die beiden Punktpreise der 75-qm-Klasse waren der Stettiner „Jutta" vorbehalten, den Preis der großen Ausgleichklasse gewann die Stettiner „Edith". Allerdings ist der in Konkurrenz mit dieser segelnde Berliner „Colleen" im Ausgleich nicht immer glimpflich behandelt worden.

Leichtathleten aus USA landeten

Metcalfe, Spitz und Gefolge

Unter Führung des Trainers George Bresnahan sind die amerikanischen Leichtathleten Ralph Metcalfe, Glenn Cunningham, Joe McCluskey, Laborde, George Spitz, Ivan Fuqua und Johnny Morris in Cuxhaven enigetroffen. Sie erledigten auf dem Sportplatz im Hammer-Park ni Hamburg ein kurzes Training, bei dem besondersMetcalfe auffiel.

Die Amerikaner haben ein umfangreiches Gastspiel in Europa zu erledigen. Zunächst ist die dreitägige Veranstaltung von Hellas-Stockholm vom 19. bis 21. Juli an der Reihe. Warschau, Prag, Budapest, Paris, London folgen. In Deutschland sollen die Amerikaner bei vier verschiedenen Veranstaltungen ihr Können zeigen, und zwar am 30. Juli in Düsseldorf, am 1. August in Hamburg, am 3. August in Hannover und am 6. August in Berlin.

Kurze Vorstellung: Ralph Metcalfe, ein Negerstudent, ist Doppelmeister von Amerika über 100 Yards in 9,4 Sekunden über 220 Yards (201,8 Meter) in 20,4! Sekunden. Beim Olympia lief er als zweiter über 100 Meter mit seinem Rassengenossen Tolan praktisch totes Rennen. Der dunkelhaarige Georg Spitz pflegt ziemlich oft über zwei Meter hoch zu springen, 2,05 Meter ist sein

Für die Reise kein „flüssiges" Mundwasser sondern nur
Ortizon
MUNDWASSER-KUGELN
Orfizon-Mundpflege ist mehr als Kosmetik — ist vollkommene Hygiene, denn Ortizon desinfiziert wirksam und nachhaltig und schützt vor Erkältung.

Weltrekord. Cunninghan ist ein hervorragender 1500-Metermann, MacCluskey läuft die lange Strecke, Morris über 110 Meter Hürden. Laborde ist ein sehr verläßlicher Diskuswerfer, der selten unter 47 Meter bleibt und der Indianer Fuqua befand sich in der siegreichen Weltrekordstaffel Amerikas, die 1932 die 4mal 400 Meter gewann. Er lief bei den Meisterschaften 47,4 Sekunden.

Cricket ist nicht ungefährlich

Zwei Tote in 12 Tagen in England

Man konnte dem Cricketspiel, das besonders in England und Australien volkstümlich ist, bisher nicht nachsagen, daß es lebensgefährlich sei. Es gab immer nur vereinzelte Verletzungen, die meistens aus Sehnenzerrungen und ähnlichen Fällen bestanden. In letzter Zeit ist Englands Cricket jedoch von einer schweren Unglücksserie heimgesucht worden. Innerhalb von zwölf Tagen gab es bei zwei Spielen in Nottingham und Potters Bar durch unglücklich geworfene Bälle zwei Todesfälle. Arthur Mitchell, der in einem Auswahlspiel Yorkshire gegen Essex mitwirkte, bekam einen Ball derart auf die Backe, daß der Backenknochen gebrochen wurde. Ein anderer Spieler, Knight von South Holmwood, mußte mit einer schweren Kopfverletzung vom Spielplatz abtreten, und Correl, der Torhalter von Leicestershire, brach sich sogar das Rückgrat.

Stuber der beste am Schauinsland

Das ADAC-Bergrekord-Rennen auf der Schauinsland-Rennstrecke bei Freiburg i. Breisgau war trotz schlechten Wetters wieder ein großer Publikums-Erfolg. Die Leistungen blieben allerdings infolge des Regens und teilweise Nebels, der die Fahrer zur Vorsicht zwang, hinter früheren Ergebnissen zurück. Immerhin gab es in zwei Klassen neue Bestleistungen. Das Rennen verlief erfreulicherweise ohne Unfälle. Die Bestzeit des Tages fuhr bei den Motorrädern der Baseler Hänni (Motosacoche mit 74,714 km/Std.), bei den Seitenwagen der Münchener Möritz auf Victoria mit 69,386 km/ Std. Bei den Sportwagen erreichte von Brauchitsch auf Mercedes/SSK 76,595 km/Std., während bei den Rennwagen der Schweizer Stuber auf seinem Bugatti mit 78,147 km/Std. den Tagesrekord herausfuhr.

Leipziger Kegelsieg

Nach der feierlichen Eröffnung des 18. Deutschen Bundeskegelns in Frankfurt a. M. wurde bereits am Sonntag der erste größere Wettkampf mit der Durchführung des Kegelns um den Max-Schmeling-Pokal auf der Internationalen Bahn in Angriff genommen und am Montag beendet. Die ausgezeichnete Leipziger Mannschaft Grünenberger, Sitte und Schumacher hatte am Sonntag abend mit 2131 Holz die Führung, die ihr am Montag nicht mehr streitig gemacht werden konnte. Grünenberger kegelte 679 Holz, Sitte 728 und Schumacher 724 Holz. Bester Einzelkegler war jedoch der Berliner Wiese, der es auf 771 Holz brachte. Den zweiten Platz hinter Leipzig, das im Kampf um den wertvollen Wanderpreis zum zweiten Male einen deutschen Sieg errang, besetzte unter den 24 Mannschaften Nordamerika mit 2114 Holz vor München mit 2071, Frankfurt a. M. mit 2064 und Schweden mit 2030 Holz.

Frau Stuck holländische Meisterin

Nordwijk, wo die holländischen Tennis-Meisterschaften ausgetragen wurden, blieb vom Regen verschont. Im Damen-Einzel siegte die Berlinerin Frau Stuck sicher mit 6:2, 6:4 über die Franko-Russin Frl. Adamoff und gewann damit den holländischen Meistertitel. In den anderen Wettbewerben war Kehrling zweimal erfolgreich. Ergebnisse: Herren-Einzel: de Stefani schlug Timmer 3:6, 6:3, 6:3. Herren Doppel: Kehrling-Timmer gegen de Stefani-Rogers 6:4, 6:2, 2:6, 6:3. Damen-Doppel: Adamoff-Burke — Dros Canters-Couquerque 6:3, 6:3. Gemischtes Doppel: Burke-Kehrling—Dros Canters-Rogers 7:9, 9:7, 6:4.

Die neuen USA-Schwimmeister

In Chikago begannen die amerikanischen Schwimm-Meisterschaften. Ueber 100 Meter Kraul siegte James Gilhula in 61,3, die Meile (1609 Meter) gewann Ralph Flanagan in 21:12,5, eine ausgezeichnete Zeit, die neuen USA-Rekord darstellt. Ueber 440 Yards Brust war L. Spence in 6:08,8 erfolgreich; auch seine Zeit ist neuer Rekord. Im Kunstspringen siegte R. Degener mit 166,75 Punkten. Die 220 Yards Rücken wurden eine Beute Dan Zehrs, der 2:39 brauchte, die 440 Yards (402½ Meter) Kraul brachte der Weltrekordmann Jack Medica in 4:52,8 an sich. Ueber 4×220 Yards Kraul war die Mannschaft des Los Angeles-Athletic-Clubs in 9:40,4 erfolgreich. Am dritten Tage wartete Jac Medica mit einem neuen Weltrekord auf. Er legte die 880 Yards in 10:15,4 zurück und verbesserte die damit von seinem Landsmann Clarence Crabbe seit dem Jahr 1930 gehaltene Bestleistung um 5 Sekunden.

Von allen Ecken und Kanten

Berliner Rudersieg in Dänemark

Ein deutscher Rudersieg wird aus Kopenhagen gemeldet, wo die Berliner Rudergesellschaft von 1884 den Achter gegen den Kopenhagener Ruderklub mit 2 Längen gewann. Im Vierer wurden die Berliner nur Zweite hinter Sorö RK; auch Angaria Hannover belegte im Doppelzweier nur einen 2. Platz.

Amerikaner zum Turnfest

100 deutschamerikanische Turner, die am Deutschen Turnfest in Stuttgart teilnehmen wollen, sind in Bremerhaven an Land gegangen. Sie reisen über Bremen, Hannover, Kassel und Frankfurt nach der Feststadt.

Lettlands Leichtathleten schlugen Estland

Lettlands Leichtathleten schlugen in Reval Estland mit 82:77 P. Maleiko gewann das 10 000-Meter-Laufen in 33:15,7 gegen Motmiller, Dimza war im Diskuswerfen mit 44,86 Meter vor Feldman-Estland erfolgreich.

Wetzel gegen Cochet

Helen Wills-Moody und Henri Cochet nehmen mit großem Erfolg am Straßburger Tennisturnier teil. Frau Moody trifft im Endspiel des Damen-Einzels auf die Französin Henrotin, die in der Vorschlußrunde Frau Richter 6:1, 6:2 besiegte. Cochet hat in der Vorschlußrunde gegen Wetzel-Pforzheim zu spielen, der vorher die Franzosen Thurneyssen und Terrier geschlagen hat.

Staats-Theater
Abonnements für die Spielzeit 1933-34
(Beginn 1. September)
Es werden wie bisher ausgegeben:
Jahresabonnements
Teilabonnements
Gemischte Teilabonnements
Zusatzabonnements
Auskünfte erteilt das Abonnementsbüro der Staatstheater
Oberwallstr. 22 (A 6) Merkur 3683

Th. am Kurfürstendamm
Bismarck 1400 und 6696 · Tägl. 8¼
9. Woche der Sensations-Erfolg
Henny Porten
? Eva oder Yvonne ?
Lustspiel in 3 Akt. Regie: Fritz Fischer
Zesch-Ballot, Pledach, Steinbeck, Perry, J. Nast, Pitschau
Preise 0.60 bis 6.— M

Komische Oper
Friedrichstraße 104 Merkur 3114
Täglich 8½
Das glaubt uns kein Mensch
Musikalischer Schwank

Theater i. d. Behrenstraße
Behrenstraße 53-54
8½ Uhr
Terzett zu Viert
Lustspiel mit Musik von Leo Lenz
Musik von Willy Rosen
Heidemann, Falckenberg, Hille, von Ruffin

Nähe Schles.Bhf. PLAZA E 7 Weichsel 4031
5 u. 8¹⁵, Sonntags 2, 5, 8¹⁵ Uhr
Robert und Bertram
Posse mit Gesang und Tanz
mit Senta Söneland

Neu u. gebraucht
Couches, Sessel, Stühle, Garnituren, Herren-, Speise-, Wohn-Zimmer und Salons, Perser Teppiche.
Verkauf sehr preiswert.
H. Lipke, Kochstr. 6-8

Getr. Damen-, Herrengarderobe, Wäsche kauft. Telefon: Tiergarten 3374.

Komödie
Kurf.-Damm 206 · Bism. (J 1) 905
Täglich 8½
Hilde Hildebrand, Fritz Schulz in
Der Mann mit dem Kuckuck
Komödie in 3 Akten
Preise 1—6 Mark

8½ Renaissance-Th. 8½
U-Bahnhof Knie · Steinplatz 6780
Ueber 25 × Adele Sandrock
Der Störenfried
mit PAUL HENCKELS
Newes, Schott
Preise 1—6 M

8¼ Metropol-Theater 8¼
Behrenstraße 55 A 1 Jäger 2393
Kyritz-Pyritz
Anna Müller-Lincke
Weiser, Lucas, Weisse, Lorff, Krauss, Goroll, Rehkopf, Bartels, Jache, Hofen, Tobien, Essek

8½ Th. a. Nollendorfplatz
Leitung: Walter Jankuhn
Nollendorfplatz 2 B 7 Pallas 7051
EUGEN REX in
Krach um Jolanthe
Lück, Hoffmann, Klaudius, Koch-Riehl, Völkel, Handwerk, Haag u. a. m.
Preise ab 0.50 M

Rose-Theater Gr. Frankf. Str. 132 T. Weichs. E 7 3422
8½ U.: Ist das nicht nett von Colette?
mit Traute Rose und Kurt Lilien
ROSE-GARTEN:
5½ Uhr: Konzert und Bunter Teil
8½ Uhr: Das süße Mädel

VOLKSTHEATER Humb. 1636/37
Bettelstudent
Tägl. 5³⁰ 8³⁰
LICHTBURG
GESUNDBRUNNEN

Herrl. eich. Herrenzimmer
Couch m. 2 Sesseln, moderne, neuwertige Speisezimmer-Lampe, billigst abzugeben. Lützowplatz 27, II., 11—1.

Klavier Ankauf, Flügel
Telefon: Oliva 588.

Pfundwäscherei schrankfertig 0,25 Oberhemden 0,40
Gardinenwäsche billigst, auch Stückwäsche.
Gustav Fechner, Köpenick 0466.
Müggelheimer Straße 16.

Das exclusiv vornehme „Drei-Zack"-
Maß-Oberhemd
Allerhöchste Anerkennungen ständiger Kunden aus den Kreisen der hohen Aristokratie, Kunst, Wirtschaft des In- und Auslandes
Direkt ab Fabrik von M 4.- an
Panama-Sporthemd nach Maß M 2.90
Was müssen Sie sonst schon für einfache Oberhemden zahlen. Verlangen Sie heute noch Muster-Abschnitte gratis und franko!
Mech. Wäschefabrik „Drei-Zack", Oberkotzau 52 (Oberfranken)
Modernste Großfabrikation. (Inh. A. Fischer & Söhne.)

Faltbootzweier
gesucht. Beschreibg., Preisangeb. 55365 W.L. Geschäftsst. d. Voss. Ztg. Tauentzienstr. 1.

Ausrang. Anzüge
Wäsche, Schuhe, Nachlässe kauft höchstzahlend Duhl, Sophienstr. 6. Nord. 4421.

GRUNDSTÜCKS-VERKEHR

Wassergrundstück
Idyll, ab 1. August frei. Kastellan, Schwerin, Kr. Teltow. Tel.: Teupitz 29.

Erstklassiges Erwerbsgut!
1100 Morgen
100 Km. ab Berlin—Hamburger Bahn, äußerst günstig. Wilh. Kleber, NO 55.

Villa, 9 Z., alt.G., Portierw., Charlottbg., Karoling. Pl., 45 000 M b. Ausz. verk. Nur Selbstk. Näh. Allg. Gesellsch. f. Bauausführ., Charlottenbg., Karolinger Pl. 4.

VERMIETUNGEN

Kempinski vermietet
Komfortzim., auch Pension
Kurfürstendamm 190

Behagl., möbl. Komf.-Zimmer, gepfl. Haushalt, an jüdischen Herrn abzugeben. Giesebrechtstraße 2, II., rechts.

UNTERRICHTS-ANZEIGEN

Pädagogium
Waldsieversdorf
am Däbersee (Märk. Schweiz), ab Sexta. Kleine Klassen. Freiprosp.

Lehrerin
jüd., ert. bill. Unterricht in all. Schulfäch. Sächsische Str. 69, III r. Oliva 1377

KONTINENT-ENGLAND

ü. HOEK ODER VLISSINGEN-HARWICH
Abfahrt von Berlin Friedrichstraße
über Vlissingen (Tagesdampfer) 22⁵⁶
über Hoek van Holland (Nachtdampfer) 13²⁵
Wahlweise über beide Wege gültige Fahrkarten 1. und 2. Klasse sowie nur über Vlissingen gültige verbilligte Fahrkarten 3. Klasse
Näheres durch das Amtl. Verkehrsbüro der Niederl. Eisenb.
Berlin, Unt. d. Linden 61, Fernspr. A 2 Flora 5222 u. A 1 Jäger 3593
die übrigen Reisebüros und Bahnhöfe
Kein Durchreisevisum für Holland erforderlich.

Frohe Fahrt mit BZ-Karten!
BZ Karte
Jedes Blatt 90 Pf. | BZ-Sonderkarten der wichtigen Reisegebiete und BZ-Übersichtskarte je 1.80 M

Zwangsversteigerungs-Ergebnisse

Zeichenerklärung:
F = Fläche N = Nutzungswert
R = Reinertrag
(Nachdruck verboten)

Beim Amtsgericht Berlin-Mitte: Am Ostbahnhof 2 in Berlin, dem Kfm. Jozsef Mark in Ujpest gehörig. F. 2,51 a. N. 6450 M. Mit dem Gebot von 35 000 RM bar blieb Frau Else Milch in Berlin-Charlottenburg 9, Eschenallee 1, Ersteherin.

Einstweilige Einstellungen: Gipsstr. 23 in Berlin, der Frau Minna Lubranczyk und dem Kfm. Louis David in Berlin gehörig. — **Rheinsberger Str. 43 bis 45, Wolliner Str. 18—19** und **Kremmener Str. 9—11** in Berlin, dem Kfm. Otto Ernst Lubitz in Berlin gehörig. — **Heidenfeldstr. 20** in Berlin, der Frau Alice Rödder in Berlin gehörig. — **Bartelstr. 10** in Berlin, dem Kfm. Erich Kraft und der Ww. Frau Anna Kraft in Berlin gehörig.

Beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg. Kantstr. 129 in Berlin-Charlottenburg, dem Kfm. Egmont Fränkel in Berlin u. a. gehörig. F. 12,16 a. N. 24 770 M. Mit dem Gebot von 100 000 RM bar blieb die Sparkasse der Stadt Berlin, in Berlin C 25, Alexanderplatz 2, Ersteherin.

Einstweilige Einstellungen: Marburger Str. 14 in Berlin-Charlottenburg, dem Kfm. Albert Alt in Berlin u. a. gehörig. — **Lindenallee 9,** Ecke **Ulmenallee 10** in Berlin-Charlottenburg, dem Kfm. Josef Molling in Berlin gehörig. — **Niebuhrstr. 1** in Berlin-Charlottenburg, der Luitpoldstr. 31 Grundstücks-Ges. m. b. H. in Berlin gehörig. — **Kurfürstendamm 173—174** in Berlin-Wilmersdorf, der Kurfürstendamm 173—174 Grundstücks-Ges. m. b. H. in Berlin-Wilmersdorf gehörig. — **Bismarckstraße 9** in Berlin-Charlottenburg, dem Kfm. Michael Kreja in Berlin gehörig. — Grundstückshälfte **Schloßstr. 3,** Ecke **Magazinstr. 19,** in Berlin-Charlottenburg, dem Kfm. Leo Bliumin in Berlin-Charlottenburg gehörig. — Autohallengebäude usw. **Wernigeroder Straße,** Ecke **Quedlinburger Straße** in Berlin-Charlottenburg, der „Charlott" Garagenbetrieb u. Autoreparatur A.-G. in Berlin-Pankow gehörig. — **Güntzelstr. 42** in Berlin-Wilmersdorf, dem Kfm. J. Mamo Abraham in Wien gehörig.

Beim Amtsgericht Berlin-Lichtenberg. Bebauter Hofraum usw. **Köpenicker Str. 19** in Berlin-Kaulsdorf, dem Schlächtermstr. Albert Haase in Wustermark gehörig. F. 6,21 a. N. 630 M. Mit dem Gebot von **11 991** RM bar blieb Frau Elise Binder in Berlin-Kaulsdorf-Süd, Köpenicker Straße 169, Ersteherin.

Einstweilige Einstellungen: Acker **Küstriner Straße** in Berlin-Hohenschönhausen, dem Kfm. Franz Schloß in Berlin gehörig. — Bebaute Hofräume usw. **Straße 72** in Berlin-Friedrichsfelde, dem Archit. Arthur Plath in Berlin-Neukölln gehörig. — Acker **Quitzowstr.** in Berlin-Hohenschönhausen, dem Fbkt. Heinrich Dünhölter in Berlin-Hohenschönhausen gehörig.

Aufhebung: Parzelle **Wiesestraße 7** in Berlin-Biesdorf, der Frau Elise Hannemann in Berlin-Biesdorf gehörig.

Beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg. Einstweilige Einstellung. Akazienstr. 29 in Berlin-Schöneberg, der Ww. Frau Minna Friedlich in Berlin, als befreite Vorerbin, gehörig.

Beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof. Einstweilige Einstellung: Zossener Str. 41 in Berlin, dem Moritz Mertz u. dessen Ehefrau in Berlin gehörig.

Handelsregister

Neueintragungen
(mit Angabe von Straße und Hausnummer)
(Nachdruck verboten)

Abt. A. Erich Gotthans, Radio-Großhandlung Berlin C 2, An der Schleuse 7. — Max Beyer, Eier-Großhandlung Eierbeyer, Berlin W 30, Karl-Schrader-Str. 1.

Abt. B. Circus Edwards, G. m. b. H., Berlin W 62, Lutherstraße 33 (Circus-Betrieb usw.). Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Artist Bruno Edwards, Thale a. Harz.

Berichtigung: Filmkredit-Bank G. m. b. H., Berlin W 35, Bendlerstr. 33. Stammk.: 200 000 RM (nicht wie vorher angegeben 20 000 RM). Geschäftsf.: Kfm. Dr. Georg Reicherts, Berlin-Schöneberg.

Vergleichsverfahren

Angeordnet:

„Hauex" Annoncen-Expedition G. m. b. H., Hamburg.

Aufgehoben:

„Wesmag", Weseler Maschinenbau G. m. b. H., Wesel.

Neue Konkurse

A = Anmeldefrist E = Eröffnungstermin G = Gläubigerversammlung P = Prüfungstermin

Der fettgedruckte Ort ist gleichzeitig zuständiges Amtsgericht

Berlin-Charlottenburg: Bankhaus Paul R. Meyer Kom.-Ges. E. 13. 7. A. 28. 8. G. 14. 8. P. 29. 9.

Frohburg: o. H. C. Krause (Schlosserei u. Schraubenfabrik, Fahrzeughandel). E. 13. 7. A. 19. 8. G. 4. 8. P. 9. 8.

FINANZ- UND HANDELSBLATT DER VOSSISCHEN ZEITUNG
BEILAGE ZU NR. 339 • MORGEN
Mit amerikanischen Funkdienst
DIENSTAG, 18. JULI 1933

Weltkampf um Kohle

Bericht der Vossischen Zeitung

MD KATTOWITZ, IM JULI

Auf dem Weltkohlenmarkt ist der Kampf der Lieferanten um den Abnehmer in den letzten Monaten mit neuer Schärfe entbrannt. England ist es — nicht zuletzt mit Hilfe seiner diplomatischen Schwergewichte — gelungen, gegenüber seinen Konkurrenten erheblich an Boden zu gewinnen. Auch der deutsche Bergbau hat seine Anstrengungen, erweiterte feste Positionen vor allem in Südeuropa zu erringen, vervielfacht. Einen besonders deutlichen Eindruck von der Verschiebung der Machtverhältnisse auf den Brennstoffmärkten liefert ein Studium des Kohlenabsatzes aus den polnischen Bergbaugebieten, insbesondere aus Ostoberschlesien. In einem Maße wie nirgendwo sonst, ist der Bergbau in Polen im letzten Jahrzehnt zu einer ausgesprochenen Exportindustrie geworden. Die geringe Aufnahmefähigkeit des agrarischen Landes und der Zwang, seine Handelsbilanz einigermaßen aktiv zu halten, hat diese Entwicklung immer weiter vorwärtsgetrieben, die nach dem Erwerb des ertragreichen ostoberschlesischen Reviers an sich schon zwangsläufig war.

In Vorkriegszeiten waren gegen 100 000 Arbeiter in dem heutigen Polnisch-Oberschlesien im Bergbau beschäftigt, jetzt sind es noch nicht die Hälfte davon, und auch diese arbeiten nur etwa drei Tage in der Woche. Früher, als man noch zu Deutschland gehörte, hatte man keine Sorgen um den Absatz. Den weitaus größten Teil der oberschlesischen Kohle nahm das Reich auf. In den Ostprovinzen war eine reich verzweigte Verarbeitungsindustrie immer weiter emporgeblüht. Was man exportieren mußte, nahm das österreichisch-ungarische Territorium ohne Sträuben auf. Heute muß nahezu die Hälfte der ostoberschlesischen Kohle auf fremden Märkten Unterkunft finden. Es war dies in den letzten Jahren, wenn auch unter großen Preisopfern, einigermaßen möglich. In diesem Sommer aber steht man vor einer grundsätzlich veränderten Lage.

Den Kampf zwischen England und Polen um die sogenannten skandinavischen Märkte, d. h. um den Absatz in Dänemark, Schweden und Norwegen, hat Polen verloren. Die polnische Kohle hatte sich dort seit 1923 immer stärker festgesetzt. Vor allem seit den Zeiten des großen englischen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1929 war es gelungen, allen drei Ländern an die vorderste Stelle in der Kohleneinfuhr zu kommen. Noch im Jahre 1931 deckte Polen 55 pCt. des dänischen, 70 pCt. des schwedischen und 54 pCt. des norwegischen Kohlenbedarfs. Im vorigen Jahr wurden die Verhältnisse immer schwieriger. Es ging manchmal den polnischen Importeuren bei den verzweifelten Preisunterbietungen der Engländer der Atem aus. Polen verlor vor allem in Dänemark, das es sich nicht leisten konnte, den englischen Abnehmer für seine landwirtschaftlichen Produkte immer stärker zu verstimmen.

Jetzt sind die neuen englischen Verträge mit den Nordstaaten perfekt geworden. Sie sichern England in Dänemark 80 pCt., in Norwegen 70 pCt., in Schweden 48 pCt. Anteil. **Die gesamten Kohleneinfuhr mit der einzigen Maßgabe, daß die Preise nicht höher sein dürfen, als die Durchschnittspreise in andern Kohleneinfuhrländern.** Das bedeutet — vorsichtig gerechnet — für Polen eine neue Absatzminderung um mindestens 20 pCt., wobei noch als Voraussetzung gilt, daß kein anderes Kohlenausfuhrland, also weder Deutschland noch Belgien oder Frankreich, ihm weitere Schwierigkeiten machen. England ist dabei, an der Ostsee weiter vorzustoßen. Es hat Verhandlungen ähnlicher Art, wie mit den nordischen Staaten, mit Finnland aufgenommen. Seine Politik geht überall dahin, sich feste Monopolkontingente der jeweiligen Kohleneinfuhr zu sichern.

Ein Ausweichen der polnischen Kohle nach dem Südosten ist unmöglich. In den alten angestammten Absatzgebieten Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei sind die Kontingentierungen in den letzten zwei Jahren immer schärfer geworden. An jeder Grenze tobt ein Handelskrieg. Es gelang in den ersten vier Monaten dieses Jahres, nur noch 23 pCt. der Mengen des Jahres 1929 dort abzusetzen. Die Tschechoslowakei nahm früher 60 000 Tonnen monatlich aus Polen, dann wurde das Kontingent auf die Hälfte ermäßigt. Seit dem 1. März besteht ein Einfuhrverbot für Kohle. Man verhandelt über Kompensationsverkehr. Der Vertrag ist jetzt grade fertiggestellt, aber noch nicht in Kraft getreten. Oesterreich hat ebenfalls ein generelles Einfuhrverbot für Kohle erlassen. Die von der Wiener Regierung Polen zugestandenen Einfuhrmengen werden mit jedem Monat kleiner. Man ist dort dabei, ein Kohlenmonopol zu errichten. Man forciert seinen eigenen, wenn auch geringwertigen Bergbau. Ein Beimischungszwang von Inlandskohle wird eingeführt. Außerdem ist das Ruhrgebiet in Oesterreich grade in letzter Zeit entscheidend vorgestoßen. Ungarn hat ebenfalls grundsätzlich die Kohleneinfuhr gesperrt und gibt nur von Fall zu Fall kleine Mengen frei.

Italien ist in der glücklichen Lage, die Offerten aus Deutschland, England und Polen gegeneinander abzuwägen. Westeuropa bleibt der Kohle aus dem Osten ebenfalls in weitestem Umfang verschlossen. Bei aller Freundschaft können sich weder Frankreich noch Belgien dazu verstehen, der polnischen Kohle einen stärkeren Absatz zu gewähren, als sie ihn im Durchschnitt der Jahre 1929 bis 1931 hatte. Zu einer Zeit also, wo das flotte Geschäft im Norden und Süden niemand hier veranlaßte, sich gar zu eifrig um den Westen zu bemühen.

Man geht nun die seltsamsten Wege, um jede kleinste Ausgleichsmöglichkeit wahrzunehmen. Man verfrachtet die Kohle von Kattowitz über Gdingen nach Nordafrika, nach Argentinien und andern südamerikanischen Staaten. Ueberall allerdings taucht dort der englische Konkurrent auf. Er ist hier bestimmt übermächtig. Denn der Engländer kann für überseeische Transporte immer noch die Rückfrachten garantiert erhalten; Polen aber nicht.

Die Exporterlöse betragen unter solchen Konkurrenzbedingungen im Durchschnitt kaum mehr als die Hälfte der polnischen Inlandpreise und haben schon des öfteren, wie im Durchschnitt des ganzen letzten Jahres, die Gestehungskosten erheblich unterschritten. Man versucht, dem Bergbau einen Ausgleich durch weitere Ermäßigung der Exportfrachten nach Gdingen und Danzig zu gewähren. Auf den an sich schon sehr niedrigen Vorzugstarif von etwa 3,50 RM je Tonne für die über 600 Kilometer betragende Strecke Oberschlesien—Gdingen wird jetzt noch eine Rückvergütung von 1,50 RM je Tonne gewährt. Allerdings ist die Meinung verbreitet, daß diese Rückvergütungen als wirkliche Exportprämien nicht zu bezeichnen seien, da sie indirekt vom Bergbau selbst wieder getragen werden müssen. Die Preise für Eisenbahndienstkohle sind nämlich für die nicht exportierenden Gruben um 30 pCt., für die exportierenden um 20 pCt. ermäßigt worden.

Das neue Kartell-Gesetz

Die Ziele der Reichsregierung

Durch die beiden vom Reichskabinett beschlossenen Gesetze über Errichtung von Zwangskartellen und über Aenderung der Kartellverordnung sind den zuständigen Ministerien eine Reihe von Vollmachten erteilt, deren sie bedürfen, um Schwierigkeiten und Mängeln, die sich unter der Einwirkung der Wirtschaftskrise auf dem Kartellgebiet herausgebildet haben, im Interesse von Gesamtwirtschaft und Gemeinwohl wirksam und schnell zu begegnen. Zu einer umfassenden Neuregelung des Kartellrechts, die bereits geplant ist, erschien der gegenwärtige Zeitpunkt noch nicht geeignet.

Wohl aber galt es Vorsorge zu treffen, daß die Reichsregierung auf die Maßnahmen einzelner Kartelle, die ihre wirtschaftliche Machtstellung durch ungerechtfertigte Preisforderungen oder andere Bindungen mißbrauchen, in erhöhtem Maße Einfluß nahm. Für diese Fälle ist als äußerstes Zwangsmittel die Möglichkeit einer erleichterten Auflösung der Kartelle gegeben. Auf der anderen Seite bedurfte es aber auch einer gesetzlichen Regelung für die Einrichtung von Zwangskartellen, die heute von weiten Kreisen der Wirtschaft mit Rücksicht auf Preisschleuderei oder andere wirtschaftlich-schädliche Maßnahmen einiger Außenseiter gefordert werden.

„Nur im äußersten Falle"

Das Gesetz über die Errichtung von Zwangskartellen ermächtigt den Reichswirtschaftsminister, und im Rahmen seiner Zuständigkeit den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Unternehmungen zum Zwecke der Marktregelung zu Syndikaten, Kartellen, Konventionen oder ähnlichen Abmachungen zusammenzuschließen oder an bereits bestehende derartige Zusammenschlüsse zwangsweise anzugliedern, wenn der Zusammenschluß oder Anschluß unter Würdigung der Belange der Unternehmungen sowie der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls geboten erscheint. Wie in der amtlichen Begründung des Gesetzes ausdrücklich hervorgehoben wird, hat das Gesetz keineswegs den Zweck, die bestehende Wirtschaftsordnung, die auf der Initiative und der Verantwortlichkeit des einzelnen Unternehmers beruht, grundsätzlich zu ändern und etwa einer staatlichen Planwirtschaft den Boden zu bereiten. *Es soll vielmehr nur im äußersten Falle und nur dort zur Anwendung kommen, wo alle Möglichkeiten eines gütlichen Ausgleichs erschöpft sind.* Bevor der Minister den Zwangszusammenschluß verfügt, kann er bestimmen, daß Einigungsverhandlungen vor einer von ihm zu bezeichnenden Stelle stattzufinden haben. Durch Aufsichts- und Eingriffsbefugnisse der Staatsgewalt, die im einzelnen noch durch Ausführungsverordnungen zu regeln sind, wird dafür zu sorgen sein, daß die Preisgebarung und übrigen Marktbedingungen der Zwangskartelle nicht einseitigen *und Unternehmerinteressen dienen, sondern die erforderliche* Rücksicht auf alle von der Marktregelung betroffenen Kreise, insbesondere der Abnehmer und Konsumenten, nehmen. Dem entspricht es auch, daß die Vorschriften der Kartellverordnung mit Ausnahme des § 8, der den Betreiligten ein Recht auf fristlose Kündigung aus wichtigem Grunde gibt, unberührt bleiben.

Verhinderung von Kapital-Fehlleitungen

Weiter erhält der Reichswirtschaftsminister durch das Gesetz das Recht, anzuordnen, daß innerhalb eines Wirtschaftszweiges die Errichtung neuer Unternehmungen sowie die Erweiterung des Geschäftsbetriebes oder der Leistungsfähigkeit bestehender Unternehmungen für eine bestimmte Zeit unterbleibt oder von seiner Einwilligung abhängig ist. Hierfür *ist Voraussetzung, daß besondere Bedürfnisse des in Frage* stehenden Wirtschaftszweiges, gleichfalls wieder unter Würdigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls, die Maßnahmen als geboten erscheinen lassen. Es sollen dadurch in erster Linie Fehlleitungen von Kapital, das die Wirtschaft gerade jetzt zu ihrer Belebung und damit zur Arbeitsbeschaffung benötigt, dort verhindert werden, wo die bereits vorhandenen Produktionsanlagen ganz offensichtlich für die Bedarfsdeckung genügen.

Das Gegenstück zu diesen Bestimmungen, die sich mit der Neuerrichtung von Kartellen und sonstigen Marktbindungen befassen, enthält das Gesetz über Aenderung der Kartellordnung. Es gibt dem zuständigen Minister das Recht, kartellmäßige Verträge und Beschlüsse ganz oder teilweise für nichtig zu erklären oder die bestimmte Art ihrer Durchführung zu untersagen, wenn diese Verträge und Beschlüsse oder die bestimmte Art ihrer Durchführung die gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl gefährden. Hierzu bedurfte es bisher einer Verfahrens vor dem Kartellgericht. Durch die jetzt vorgenommene Aenderung wird ein schnelles *und unmittelbares* Eingreifen des Reichswirtschaftsministers gewährleistet.

Das Gesetz will weiter, wie in der amtlichen Begründung hervorgehoben wird, die Bestrebungen wirtschaftlicher Verbände, die Aufrechterhaltung eines ehrbaren und wirtschaftlich gesunden Berufsstandes sicherzustellen, nachdrücklich fördern. Es bestimmt, daß die Verhängung von Sperren regelmäßig dann nicht als unbillig anzusehen ist, wenn sie sich gegen Firmen richtet, deren Leitung in der Hand von geschäftlich unzuverlässigen Personen liegt, oder die durch volkswirtschaftlich ungerechtfertigte Preisgebahrung (Preisschleuderei oder Preiswucher) sich zum Schaden der Wirtschaft betätigen.

Arbeitsbeschaffung

Braunkohlenbergbau als Schlüsselindustrie

Der Vorsitzende des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins E. V., Dr.-Ing. e. h. Heubel, Generaldirektor der F. C. Th. Heye Braunkohlenwerke G. m. b. H., äußert sich über das Thema „Braunkohle und Wirtschaftsbelebung" u. a. folgendermaßen:

„Das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni d. J. bezweckt eine Belebung der Wirtschaft und dadurch eine Verminderung der Arbeitslosigkeit. An erster Stelle wird ein Betrag von 1 Milliarde Reichsmark zur Förderung der nationalen Arbeit zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag ist bestimmt für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Verwaltungs-, Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, ferner für Zwecke der vorstädtischen Kleinsiedlung, der landwirtschaftlichen Siedlung, der Flußregulierung, für Anlagen zur Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität, für Erdarbeiten der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und für Sachleistungen an Hilfsbedürftige. Das genannte Gesetz sieht weiter eine volle Steuerbefreiung für Ersatzbeschaffung gewerblicher und landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte hinsichtlich der Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteuer vor. Endlich wird die Eheschließung durch Gewährung von Ehestandsdarlehen begünstigt.

Die von dem Gesetz beschrittenen Wege zur Verminderung der Arbeitslosigkeit lassen erkennen, daß die Wirtschaftsbelebung an erster Stelle den Fertigindustrien zugute kommen wird. Das gilt insbesondere auch hinsichtlich der Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen, welche den Maschinenfabriken und Apparatebauanstalten Aufträge zuführt.

Wenn sich erst die Wirtschaftsbelebung einige Zeit in den Fertigindustrien behauptet hat, wird eine belebende Rückwirkung auch auf die Rohstoffindustrien, d. h. auf den Stein- und Braunkohlenbergbau stattfinden. Es bestätigt sich die alte Erfahrung, daß ein Konjunkturrückgang zunächst die Fertigindustrien und erst in einem späteren Zeitpunkt die Rohstoffindustrien trifft. Entsprechend kommt eine Wirtschaftsbelebung zunächst den Fertigindustrien zugute, die Rohstoffindustrien vermögen aus ihr erst in einem späteren Zeitpunkt Nutzen zu ziehen.

Eine unmittelbare Belebung darf der Braunkohlenbergbau durch das Gesetz vom 1. Juni erwarten, wenn der Anreiz des Ehestandsdarlehens Eheschließungen in größerem Umfang und damit Gründungen von neuen Haushaltungen im Gefolge haben wird. Dem Braunkohlenbergbau kommt bei diesen neuen Hausstandsgründungen seine starke Stellung auf dem Hausbrandmarkt zugute, wird doch von dem Brikettabsatz der mitteldeutschen Braunkohle nicht weniger als 70 pCt. vom Hausbrand aufgenommen, dem industriellen Verbrauch werden nur 30 pCt. zugeführt.

Der Rohkohlenabsatz hängt an erster Stelle von einem erhöhten Stromverbrauch und von einer Belebung der chemischen Industrie ab. Von dem Rohkohlenabsatz des Mitteldeutschen und Ostelbischen Braunkohlensyndikats entfallen nicht weniger als etwa 46 pCt. auf Kraftwerke und etwa 21 pCt. auf die chemische Industrie. Die überaus starke Abhängigkeit des Rohkohlenabsatzes von diesen beiden Industrien ist mit diesen Ziffern deutlich dargetan. Enge, wenn auch nicht so bedeutungsvolle Absatzmöglichkeiten bieten sich der Rohbraunkohle in der Zuckerindustrie, in der Papier- und Zellstoffindustrie sowie in der Textilindustrie. Von dem Rohkohlenabsatz der beiden mitteldeutschen Syndikate entfallen auf die genannten Industrien etwa je 5 pCt.

Einen weiteren wesentlichen Erfolg verspricht sich der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau von dem Ausbau der Treibstoff- und Mineralölindustrie auf deutscher Braunkohle im Zusammenhang mit der starken Förderung des Kraftverkehrswesens als Folge der Beseitigung der Kraftfahrzeugsteuer für neue Fahrzeuge und des im Auftrage des Reichskanzlers entworfenen Netzes von Autofahrstraßen. Die deutsche Mineralöl- und Treibstoffversorgung erfolgte bisher zum allergrößten Teil durch Einfuhr ausländischer Fertigprodukte. Abgesehen davon, daß hierdurch alljährlich große Devisenbeträge ins Ausland fließen, macht uns die Einfuhr ausländischer Treibstoffe und Mineralöle in wehrpolitischer Hinsicht in unerträglicher Weise vom Auslande abhängig. Diese beiden Gesichtspunkte weisen darauf hin, die Gewinnung von Mineralölen und Treibstoffen möglichst aus deutschen Bodenschätzen mit allem Nachdruck zu fördern.

Diskontsenkung in Holland

Montag sind, wie der „Voss. Ztg." aus Paris gedrahtet wird, 2500 kg Gold im Flugzeug von Paris nach Amsterdam geschafft worden. Der Goldtransport hängt mit dem günstigen Wechselkurs des Gulden gegenüber dem Franc zusammen. Nach Auffassung dortiger Finanzkreise ist eine wesentliche Entspannung hinsichtlich der holländischen Devise zu verzeichnen, die äußerlich in der Senkung des holländischen Diskonts von 4½ auf 4 pCt. zum Ausdruck kommt.

Halbjahresbilanzen der britischen Großbanken. Die Halbjahresbilanzen der britischen Großbanken spiegeln mit einer Zunahme der flüssigen Mittel deutlich die weitere Lähmung des Handels infolge der Wirtschaftsdepression wider. Die Depositen sind, verglichen mit Juni vorigen Jahres, um 180 Mill. Pfd. Sterl. oder 11,3 pCt. auf eine neue Rekordhöhe von 1774,6 Mill. Pfd. Sterl. gestiegen. Kassabestände zeigen eine Erhöhung um 4,72 Mill. auf 184,809 Mill. Pfd. Sterl., das Wechselportefeuille stieg von 255,4 Mill. Pfd. Sterl. auf 312,57 Mill. Pfd. Sterl., während Sichtgelder eine leichte Verminderung um rd. 11 Mill. auf 137,755 Mill. Pfd. Sterl. erfuhren. Die Notwendigkeit der Banken, eine Verwendung des flüssigen Kapitals zu schaffen, kommt in der enormen Erhöhung der Investierungen in Staatspapieren von 292,97 Mill. Pfd. Sterl. im Juni 1932 auf 477,83 Mill. Pfd. Sterl. zum Ausdruck. Das einzige leichte Anzeichen einer Besserung des Handels ist die Tatsache, daß die Ausleihungen seit Ende 1932 um 13 Mill. Pfd. Sterl. oder fast 2 pCt. zugenommen haben. Die Ziffer von rd. 703 Mill. Pfd. Sterl. ist jedoch um 58,8 Mill. Pfd. Sterl. oder 7,7 pCt. niedriger als vor einem Jahr, während der Rückgang gegenüber Juni 1931 nicht weniger als 125,8 Mill. Pfd. Sterl. ausmacht.

Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung wünscht Benachrichtigung bei Konkurseröffnung. Der Preußische Justizminister weist in einer Verfügung darauf hin, daß das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung Wert darauf legt, von der Eröffnung des Konkurses über das Vermögen einer Versicherungs-AG., eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit und einer Bausparkasse durch Uebersendung einer Abschrift des Eröffnungsbeschlusses besonders benachrichtigt zu werden. Dieser Wunsch erscheine mit Rücksicht darauf, daß der Konkurs auf Antrag des Reichsaufsichtsamts eröffnet werde, berechtigt. Der Minister empfiehlt den Gerichten, ihm zu entsprechen.

Frankfurter Abendbörse

Bei kleinem Geschäft uneinheitlich

Nach relativer Lebhaftigkeit der Mittagsbörse war an der Frankfurter Abendbörse das Geschäft ziemlich klein. Die Tendenzgestaltung war nicht einheitlich. Die Farbenaktie gab zunächst leicht nach, war aber im Verlauf leicht erholt.

Am Rentenmarkt waren die Kurse etwa gehalten, sowohl für inländische als auch für ausländische Werte. Reichsschuldbuchforderungen mit späten Fälligkeiten galten etwa 79⅞ bis 79½. Reichsbahnvorzugsaktien notierten 99⅞ (Berliner Schlußkurs 99½).

Es notierten: Neubesitzanleihen 10,95 (Berliner Schlußkurs 10⅞), Altbesitzanleihe 75⅞ (75½), Schutzgebietsanleihe 7¼ (7,20), Reichsbankanteile 147 (147¾), Stahlvereinsaktien 37⅛ (38), Gelsenkirchener 61⅛ (61⅜), Harpener 98¾ (99½), Phönix 37⅞ (38), *Mannesmann* 65 (64⅝), Buderus 74¾ (75¼), Klöcknerwerke 59 (59¼), Laurahütte 15⅞ (16½), Hapag 16¼ (16), Norddeutscher Lloyd 17⅛ (16¾), Holzmann 55½ (55), Deutsche Linoleum 44½ (44), Continental-Gummi 158 (158), Accumulatoren 167½ (168), Aku 36½ (36¼), Farbenindustrie 132 (131⅝), Rütgerswerke 60 (59⅞), Goldschmidt 46¾ (47), AEG 23 (23), Berliner Kraft u. Licht 106¾ (106⅝), Elektrische Licht u. Kraft 104⅜ (104), *Elektrische Lieferungen* 87¾ (87½), Felten 51¾ (51¾), Lahmeyer 123 (123¾), Schuckert 108 (108¼), Siemens 157⅞ (157¼), Deutsche Atlanten 111¼ (111½), Metallgesellschaft 57 (57¼), Daimler 60 (60⅜).

HAMBURG	17.7.
Reichsbank	147,00
Lübeck-Büchen	47,75
Deutsch-Ostafrika	34,00
Flensb. D. G. v. 69	—
Hamburg. Paketf.	16,50
Hamb. Südamerika	21,00
Norddeutsch. Lloyd	17,38
Mannesmann	65,00
Lederw. Wiemann	151,75
Stader Leder	109,00
Schlinck & Co.	69,00
Holstenbrauerei	81,00
Nordsee	31,00

Ausländische Börsen: 17. Juli

AMSTERDAM	17.7.	14.7.
Staats- und Stadtanl.		
5% Nederland 1932 B	101 11/16	101,50
4½% " 1916	101,38	101,25
4½% " 1917	101,50	101,50
4% " 1931	97,63	97,63
4% " 1916	98,25	98 3/16
7% Dt.Rijksl.49 (Dawes)	54,00	55,00
5½% do. 65 (Young)	39,88	39,38
6½% Bayr. Staats-Oblig. 1945	27,50	27,25
7% Bremen 1935	40,50	39,00
6% Preußen Oblig. 1952	27,00	25,25
7% Dresden Oblig. 1945	29,00	—
6½% Keul. Certif. 1950	—	—
Bank- u. Kreditanst.		
7% Dt. Rent. Bk. Obl. 50	37,50	—
7% Dtsch. Hypoth.-Bank Berlin, Pfandbrf. 1953	—	—
7% do. Spark. & Giro-Verband 1947	26,63	—
7% Frkf.Hyp.-B.Pfdb. 58	53,00	—
7% Preuß. Pfdbrf.-Bank Pfdbrf. 1953	—	—
7% Preuß. Zentralbod. Kredit. Pfdbrf. 1960	52,00	50,25
7% S. Bdkr. Pfdbrf. 1953	58,00	—
Amsterdamsche Bank	120,25	121,75
Nederldsch. Handel. My	64,50	—
Rotterdamsche Bank	89,00	89,00
Dtsch. Rijksbank	95,00	—
Industrieunternehm.		
7% A. G. für Bergbau, Blei und Zink Obl. 48	—	—
7% R. Bosch Dollar-Obl. 1951	—	—
8% Cont.Caoutsch.Obl.50	57,00	59,00
7% Deutsch.Kalisyndikat Obl. Serie A 1930	—	58,38
7% Cont. Gummiw. A. G. Obl. 1956	—	60,00
6% Gelsenk.Goldnt. 1934	32,50	—
6% Harpener Bergbau Obl. mit Opt. 1949	37,00	36,00
6% I. G. Farben Obl.	—	74,50
7% Mitteld. Stahlwerke Obl. mit Opt. 1951	48,00	—
7% Rhein.-Westf. Bod. Cred. Bk. Pfdbrf. 53	—	—
7% Rhein-Elbe Un. Oblig. m. Opt. 1946	30,00	27,50
7% Rh.-Westf. E. Obl., 5jähr. Noten	—	—
7% Siemens & Halske Oblig. 1935	51,00	—
6% Siemens & Halske gewinnberecht. Oblig.	51,00	—
7% Ver. Stahlw. Obl. 51	35,50	36,50
6½% Ver Stahlwerke Obl. Lit. C	22,00	20,50
6½% Wintershall Oblig.	53,00	54,00
Algemeene Kunstzijde	30,00	30 3/16
Holl Kunstzijde Ind.	—	28,00
Intern. Viscose	21,13	21,25
Küchenm. Int. Mij. v. Acc.	2,13	1 9/16
do. Int. Ultraphon	—	—
Philips, gem. Bez.	171,50	172,50
N. V. Unilever. Certif.	101,88	101,63
Wintershall A. G.	58,25	56,75
Americ. Bemb. Cy. Cert.	6,75	6,88
do. B. Cert.	6,75	6,88
do. Pref. Cert.	—	21,00
Americ. Enka, Certif.	17,75	18,50
Am. Glanzst. Kl. A. Cert.	—	12,25
do. 7% Cert. m. Opt.	—	—
I. G. Farben Cert. v. Akt.	83,00	83,63
Polyphon Werke Certif.	—	—
6% Eschw. Bergw. Obl. 52	39,88	38,50
Boet. Mijnbouw en Cult.	—	13,50
Redjang Lebong Mijnb.	98,88	98,50
Kon. Ned. Petrol. Mij.	180,63	181,25
Amst. Rubb. en Cult. Mij.	102,50	96,50
Delibatavia Rubber Mij.	48,00	44,00
Hessa Rubber Mij.	42,00	40,00
Nederl. Scheepvrt. Unie	64,00	63,00
Handels-Vereenig. Amst.	229,00	228,13
Deli-Batavia Mij.	149,00	149,25
Deli-Maatschappij Cert.	146,75	145,00
Senembah	153,50	155,25
Mueller & Co. Winstd. Pref	6 1/16	6,00
6% Phoenix Oblig. fällig 1. Mai 1960	30,00	30,00
Vorläufig not. Werte		
6% Siem. & H. Obl. 2930	48,00	—
A. E. G. Certif. v. Akt.	—	—
Dtsch. Banken Certif.	—	—
Soc. Intern. de Placem.	259,00	258,00
6% Rh.-Wstf. El. Obl. 27	30,25	31,00

Deutsche Reichsschuldbuch-Forderungen

	17.7.	14.7.
Fälligk. 1935	59,00	58,00
" 1936	—	57,00
" 1940	49,00	49,50
Fälligk. 1941	—	—
" 1942	47,75	—
" 1943	—	—
Fälligk. 1944	—	—
" 1946	—	47,50
" 1947	47,75	47,50
" 1948	47,75	47,50

PARIS	17.7.	13.7.
3% frz. Rente	67,80	67,30
4% 1917	78,00	77,00
5% 20 Amort.	108,00	107,20
B. de France	130,00	129,05
B. Paris Pays Bas	1727	1708
Comp. Algér.	1798	1787
Compt. Nat. d'Esc., Paris	1183	1169
Crédit Fonc.	5050	5045
Créd. Lyonn.	2365	2335
Soc Générale	1131	1126
Suez	199,45	196,80
Est	750	761
Lyon	975	980
Midi	840	840
Nord	—	1460
Orléans	920	944
Métropolit.	1364	1368
Electricité (Cie. Gén.)	2375	2375
Energ. d. Nrd	786	780
Thomson	351	347
Courrières	385,00	377,50
Lens	480,00	473,00
Kuhlmann	682,00	677,00
Gafsa	501,00	505,00
Prod. Chim. Alais	1344	1218
Charg. Réun.	217	210
Transatlant.	—	—
Air. Liquide	863	867
Union Europ. et Finance	529,00	507,00
RussenCons.	4,57	4,40
Serben 4% 1895	30,00	30,75
Türken Unif.	24,75	25,20
Banq. Ottom.	500,00	500,00
Wagons Lits	100,00	96,50
Tramways	445	—
Eaux (Cie. Gén.)	2000	2045
Electr. Paris	1345	1345
Energie Electric	1171	1170
Energie Ind.	182,00	178,00
Est Lumière	690	660
Industrie El.	615	615
Union d'Electric	979	960
Aciéries de Longwy	416	419
Schneider (Creuzot)	1650	1630
Saint Gobain	1400	1400
Soie Artif.	4200	4300
Messageries Maritimes	47,50	48,00
Deutsch. Anl 7% 1924	69,60	69,80
5½% Young-Anleihe	490	457
Russ. Anl. 4½% 1909	1,95	1,90
Caoutchoucs	131,50	128,00
Hotchkiss	1359	1340
Jagersfont.	132,00	127,50
Terres Roug.	238,00	229,00
Tharsis	342,00	340,00
Tubize	202,00	197,50
Harp. Bergb.	2190	2110

ZÜRICH	17.7.	15.7.
Elektrobank A.	707,00	675,00
Basler Handelsbank	350,00	350,00
Eidgenössische Bank	370,00	—
Schweiz. Bankgesellsch.	359,00	357,00
Schweiz. Bankverein	520,00	510,00
Schweiz. Kreditanstalt	635,00	632,00
Schweiz. *Nationalbank*	628,00	—
Wiener Bankverein	1,00	—
Orientbetrieb	—	—
Cont. Linoleum Zürich	80,00	—
I. G. Chemie Basel, volle	640,00	615,00
Motor Columbus A.-G.	340,00	334,00
Indelec Basel	—	—
Franco-Suisse, St.-Akt.	—	—
Böhler Stahl	—	—
Hispano Americ. A. B. C.	935,00	920,00
Italo-Argentina	141,00	137,00
El. Licht u. Kraft, Berl.	240,00	236,00
Gesfürel, Berlin	67,00	63,50
Sidro Prior.	75,00	74,00
Aluminium-Ind. Neuhausen	2090	2080
Brown, Boveri & Co., Baden	179,00	180,00
Elektr. Werk Lonza	96,00	95,00
Nestlé & Anglo Swiß	653,00	652,00
Sulzer Unternehmungen	—	—
A. E. G. Berlin	17,50	—
J. P. Bemberg, Barmen	82,00	80,00
Co. Sevillana de Electr.	182,00	187,00
Steaua Romana Petrol.	11,75	12,00
Svenska Serie B	13,00	13,00
3½% S. B. B. Serie A—K	93,40	92,25
4% " " 1912/14	99,00	98,60
4½% " " 1922	102,30	—
5% " " 1924	102,90	103,00
4½% Eidg. A. O. 1927	—	103,25
5½% *Young-Anl.*	47,50	48,00
7% Oest. Bundesanl. 1930	—	59,50
7½% Ungaren	36,00	36,00
7% Dawes-Anl. Franken	—	85,25
7% *Dawes-Anl., Pfund*	56,50	—
6% Chade-Bonds, neue	44,00	43,50
7% Bewag	—	61,00
7% Kalisyndikat	58,00	—
Basel		
Chem. Fabr. vrm. Sandoz	4550	4550
Ges. f. chem. Industrie	3300	3340
5½% *Young-Anl.*	48,50	48,00
Genf		
Totis	—	215,00
Nasic	49,00	48,00

LONDON	17.7.	14.7.
2½% Consols	71,38	71,13
War Loan Assented	98,25	98 11/16
4% Argent 97	75,75	75,75
3½% Buenos Air. 1906-09	47,00	47,25
4% Brazil. 89	28,75	29,00
5% Chil. 1911	19,75	19,50
5% do. 1896	19,50	19,50
4½% Chin. 98	100,00	100,00
5% Chinese Reorg. Loan	84,25	85,00
4% Egyptian	98,50	98,50
7% Germ. L.	83,50	84,50
6% State of Hamb. L. 26	40,00	40,00
Köln. Sterl. L	37,00	37,00
5% Younganl	52,50	53,50
4% Japan 99	66,75	66,75
5% Mex. L. 99	12,50	12,50
5% Russian	1,00	1,00
4% Türk Unif	7,50	7,50
Great West.	44,25	44,25
London Midl	18,00	18,25
Lond. North East Defd.	7,00	6,88
Metropolit.	74,00	74,25
South Def.	17,25	17,25
Undergrnd.	24/9	25/1½
Brazil Tract	17,25	17,50
Radio Corp.	11,50	11,75
Svenska Kugellager	7,00	7,00
Cons. Goldf.	66/10½	66/10½
Central Mining Corp.	16,88	16,88
East Rand	26/—	26/—
GeduldProp.	126/3	126/3
Gen. Mining	43/1½	43/9
Rand Mines	112/6	113/9
Randf Est.	50/—	50/9
West Rand	22/9	23/1½
Cons. Diamd. SW.-Africa	6/6	6/6
DeBeers Def.	6 13/16	6 11/16
do. Pref.	9,00	9 1/16
New Jagersfontein	1,50	1,50
Rio Tint. Ord.	20,88	21,13
Otavi Mines	17/6	17/6
Anglo-Pers.	44/4½	45/—
Brit. Burmah	4/10½	4/9
Bwana M'Kubwa	6/—	5/10½
Mex. Eagles Common	9/3	9/6
Royal Dutch	21,75	21,88
ShellTransp.	2 11/16	2,75
ShellTr. 5% P	11,63	11,63
Anglo Dutch Plantations	17/6	16/4½
Rubb. Plant.	23/6	22/6
Elect Music. Industries	16/—	16/7½
BritishCelanese Ord.	16/—	16/1½
Courtaulds	38/4½	39/1½
Snia Viscosa	56/3	56/3
Brit. Match	34/4½	34/7½
Swedish Match B	14/4½	15/1½
Dunlop Rubb	34/—	34/1½
7% Germ. Pot	89,50	90,00
Imper. Chemical Ind.	30/—	30/3
Intern. Hold.	3,00	3,00
Hydro Elect Sec. Corp.	9,88	10,25

Amerikanischer Funkdienst

Lebhaft und fest

NEW YORK, 17. JULI

Die Sonnabendhausse setzte sich auch zum Wochenbeginn fort. Stärkere Beachtung fanden wiederum die in der letzten Zeit bevorzugten Papiere, namentlich „nasse Werte". Aber auch die führenden Stahlwerte und Eisenbahnaktien erfreuten sich reger Nachfrage, desgleichen Public Utilities und die Anteile von Luftverkehrsgesellschaften. Von den jüngsten Maßnahmen der Regierung, insbesondere von den bereits wirksamen Erhöhungen der Löhne und Gehälter in der Textil- und in der Stahlindustrie erwartet man eine wesentliche Vermehrung der Kaufkraft der Verbraucher.

Im Verlauf kam es dann zu einer Aufwärtsbewegung auf der ganzen Linie, wobei der günstige Einfluß der Preisbesserungen einer Reihe von Welthandelswaren, insbesondere von Weizen, Gerste, Baumwolle und Kautschuk an den heutigen Märkten hervorzuheben ist. Einen weiteren Auftrieb erhielt die Wertpapierbörse durch die Nachrichten aus der Wirtschaft; die Währungsschwankungen traten dabei in den Hintergrund. Die Umsatztätigkeit war auch späterhin recht lebhaft, so daß der Kursticker andauernd beträchtlich in Rückstand blieb. In der letzten Börsenstunde wurde die Tendenz auf Realisationen zum Teil etwas schwächer, so daß die höchsten Tageskurse nicht voll in Geltung blieben. „Nasse Werte" gewannen per Saldo im allgemeinen 2 bis 4 Dollar, während National Distillers und Chemical Solvents sogar eine Kurserhöhung um 7 bzw. 8 Dollar verbuchen konnten. Am Markt der Industrieaktien betrugen die Kurssteigerungen bis 4 Dollar, Public Utilities, Oel-Aktien, Gummiwerte sowie Anteile von Kupferminen und Landmaschinenfabriken wurden 1 bis 2 Dollar höher bewertet. Motorenwerte und Eisenbahnaktien gewannen durchschnittlich bis 1 Dollar. Zuckeraktien profitierten von der Ankündigung einer provisorischen Vereinbarung der führenden Raffinerien zwecks Beschränkung der Zuckereinfuhr von Kuba und den Philippinen nach den Vereinigten Staaten. Die Börse schloß in vorwiegend fester Haltung.

Tägliches Geld 1 pCt. (1 pCt.); Bankakzepte (90 Tage) ⅝ B ½ G (⅝ B ½ G); prima Handelswechsel niedr. Kurs 1½ (1½); höchst. Kurs 1¾ (1¾).

Devisen: London (Cable Transf.) 4,79 (4,78); Paris 5,64½ (5,61¼); Brüssel 20,12½ (20,00); Rom 7,59 (7,56½); Madrid 12,05 (11,98); Bern 27,93 (27,74); Amsterdam 58,22½ (57,76); Stockholm 24,75 (24,67½); Oslo 24,05 (24,02½); Kopenhagen 21,42½ (21,35); Wien (15,10 (—); Athen 81,50 (—); Japan 30,00 (29,87); Buenos Aires (36,69 (36,26); Rio de Janeiro 8,15 (8,15); **Berlin** 34,35 (34,30).

Silber 39⅞ (39⅝).

Effekten-Schlußkurse

Amerik. Eisenb.-Akt.	17.7.	15.7.
Atchison, Topeka & St. Fé	75,00	75,00
Baltimore & Ohio	36,00	34,88
Canadian Pacific neue	20,00	20,00
Chesapeake & Ohio neue	46,25	46,00
Chic. Milwauk. & St. Paul	7,75	7,25
Chic. Rock Isl. & Pac.	8,50	8,00
Erie com.	21,00	20,13
Missouri Pacific pref.	12,50	12,25
New York Central	55,63	54,50
Northern Pacific	31,88	31,50
Pennsylvania	38,88	38,88
St. Louis & S. Francisco	6,75	6,75
Southern Pacific	35,63	35,25
Southern Railway	32,63	30,25
Union Pacific	125,25	126,25
Amerik. Industrieakt.		
Air Reduktion	101,75	98,88
Allied Chemical	129,88	131,25
American Can	93,75	93,50
American Smelting	40,63	38,75
American Steel Foundr.	25,13	24,00
American Tel. & Telegr.	131,50	130,50
American Tobacco	92,25	91,50
Anaconda Copper Mining	21,00	20,00
Bethlehem Steel Corp.	45,88	45,75
J. I. Case	99,50	96,75
Chrysler	36,75	36,38
Columbia Gas u. El.	26,00	26,13
Consolidated Gas	61,50	60,38
Du Pont de Nemour	83,50	30,25
Eastman Kodak	86,25	36,75
General Electric neue	29,50	28,63
General Motors (St. 10 $	33,63	33,00
Gillette Safety Razor	16,88	6,75
Good Year	45,63	43,25
International Harvest.	45,13	43,50
U. S. Ind. Alcohol	91,50	37,75
International Nickel	20,00	19,88
Kennecott Copper	24,25	24,00
Lehman Corporation	77,00	76,00
Nash Motors	25,50	25,25
North American Co.	35,25	34,25
Radio Corporation	11,00	10,75
Royal Dutch	35,63	—
Sears Roebuck & Co.	45,88	43,25
Standard Oil of New Jersey	40,25	39,38
Socony Vacuum	14,63	14,50
U. S. Rubber	22,88	19,00
U. S. Steel Corp. com.	66,25	64,25
United Corporat. com.	13,38	13,50
United Aircraft	45,13	44,25
Woolworth	49,00	49,13
National City Bank	38,50	37,75
Westinghouse Electric	57,13	56,00
Shell Union	10,50	10,25
Dtsch. Industrieaktien		
Norddeutscher Lloyd	6,25	6,13
Rhein.-Westf. Elektr.-Wk.	15,25	15,25
Amerik. Obligationen		
3½% U. S. A. Liberty B	102 25/32	102 23/32
4% St. Louis S. Francisco	29,00	29,00
5½% J. G. Chemical	88,00	87,50
Ausl. Industrie-Oblig.		
6% Kreuger & Toll Deb. 59 m Opt. 500-u. 1000-Doll.-St.	16,00	15,00

Dtsch. Industrie-Oblig.	Geld 17.7.	Brief 17.7.	Geld 15.7.	Brief 15.7.
6½% Berl. Städt. El.-Wk. 51	62,00	66,38	62,00	64,75
5½% do. do. 59	51,25	57,00	51,75	53,75
6½% do. do. 55	49,00	50,00	48,00	49,00
6½% Commerzbank 1937	49,00	50,25	50,38	51,50
6½% El. Hoch- u. U-Bahn	40,88	41,00	41,75	43,00
5% A. E. G. 1948	35,00	35,50	36,50	37,50
7% do. 1945	40,13	46,00	40,00	43,00
7% Dtsch.-Atlant. Telegr.	55,00	58,00	55,00	—
6% Dt. Bank u. Disc.-Ges. 35	61,13	70,00	61,13	70,00
6½% Dtsch. Ldbk. Z. A. 58	35,50	37,25	34,00	35,00
6% Dtsch. Landbk. Ser. B 51	56,00	58,00	57,00	58,00
7% Rentbk.-Kred.-Anst. 50	54,00	60,00	55,50	60,00
6% do. 38	47,50	48,00	45,50	47,00
6% do. Serie II 60	43,50	44,00	43,50	45,00
6½% Elektrowk. Anl. I u. II 50	48,00	49,00	46,25	50,00
6% do. Anl. III 1953	47,50	48,75	45,50	50,00
6% Elektrowk. U.-Elbe 53	43,50	46,00	44,50	46,50
6% Gesfürel 1953 o. Opt.	44,00	45,50	45,50	47,00
7% Hamb. El.-W. 1935	74,00	75,00	74,00	75,00
6½% Hapag 1940*	68,00	—	68,00	—
5½% Hamb. Hochb. Obl. 38	60,50	62,00	60,50	62,75
5% Ilseder Hütte 1948	37,75	—	36,00	39,00
7% Miag m. Opt. 1956	39,75	—	39,00	—
6% Nordd. Lloyd 1947	42,25	42,50	43,00	43,50
6% Gelsenkirchen 1934	—	43,88	36,63	44,88
7% Rh.-Elbe-U. o Opt. 46	38,38	40,88	41,25	44,00
7% Rhein-Main-Donau 50	43,63	48,75	43,63	47,50
6% Rh.-Westf. El.-W. 55	43,00	44,75	45,00	46,38
7% do. 50	55,13	60,00	—	60,00
8% do. m. Opt. 53	43,75	44,75	45,00	45,25
7% Sächs. Werke 1945	51,00	54,00	51,00	52,50
5% Schles. Landsch.-Bk. 47	34,00	34,50	31,00	33,50
6½% Siem.&H. Siem.-Sch. 51†	51,50	55,00	51,00	—
6% do. Deb. 2930*	245,00	260,00	245,00	260,00
7% Hugo Stinnes 1946	34,00	35,50	35,25	37,00
7½% Leonh. Tietz o. Opt.	28,00	28,50	28,00	29,00
6% Ver. El.-W. Westf. 1953	37,13	39,88	37,00	38,38
6% Rh.-R. Wasserwrk. 1953	35,00	37,00	36,00	37,75
6½% V. Stahl S. A. o. Opt. 51	32,25	34,75	32,00	34,00
6% Viag 1945*	51,75	53,75	51,00	53,00
6% Karstadt 1943	18,00	18,50	16,13	17,00
6½% Ruhrgas-Anl. 1953	45,25	48,00	49,00	52,00
Ausländische Anleihen				
6½% Bayer. St.-Anl. 1945	42,75	44,00	44,00	45,88
7% Belg. Stab.-Anl. 1955	98,00	100,00	98,00	100,00
7% do. 1956	97,88	[illegible]	96,50	97,50
6½% Berl. Stadtanl. 1950	36,13	39,13	35,00	36,00
6% do. 1958	35,13	37,50	33,38	35,25
7% Bremer Staats-Anl. 35	55,13	57,00	50,00	56,00
6% Auslandsanl. dt. Spark. u. dtsch. Giroverb. 47	41,50	42,00	39,75	40,25
7% do. 47	41,50	42,00	40,50	41,00
7% Dt. Rep.-Anl. (Dawes) 49	72,00	72,50	72,00	73,00
7% Dresden. Stadtanl. 45	41,88	45,00	38,00	45,00
6% Hamburg. Stadtanl. 46	35,13	—	36,25	38,00
6½% Kölner Stadtanl. 50	32,38	35,00	33,38	33,75
7% Leipziger Stadtanl. 47	38,25	44,00	37,63	47,13
5% Mexik. Ausl.-Anl. 45*	8,00	10,00	7,13	—
4½% Mexik. Irrig. 43*	4,00	5,88	4,25	5,88
4% Mexik. Goldanl. 1954	5,50	6,50	5,50	6,50
7% München Anl. 1941*	31,00	33,00	31,00	34,00
7% Oest. Reg.-Anl. 43 (Völkb.)	90,00	91,50	90,13	91,00
6½% Preuß. Staatsanl. 51	41,50	42,00	42,00	42,88
6% do. 1952	40,00	41,25	40,75	41,50
6% Stadt Wien 1952	58,75	60,00	57,00	57,50
5½% Dt. Reichsanl. (Young)	46,50	46,88	47,50	47,88
Aktienumsatz	6 400 000		2 240 000	

* Freiverkehrsnotierungen. † Mit evtl. Zusatzverzinsung

Amerikanische Warenmärkte

NEW YORK, 17. JULI. Getreide. (Schluß.) Weizen Rotwinter loco 127⅞ (Vortag 124¼); do. Hartwinter loco 127⅝ (124); Mais, loco 73 (71¼); Mehl, spring wheat clears 7,65—8,15 (7,55—8,05). Getreidefracht nach England 1 sh 3 d bis 2 sh (1 sh 3 d bis 2 sh); *do. nach dem Kontinent* 4¼ c. (4¼ c.).

Kaffee, Santos Nr. 4, loko 9⅛ (9⅛); Rio Nr. 7, loko 8,00 (7¾). Tendenz: stramm. Juli 6,43 nom. (6,20 nom.); Sept. 6,63 nom. (6,22 nom.); Dez. 6,80—6,78 (6,42); März 7,10—7,10 (6,60); Mai 7,23 (6,64).

Baumwolle: Tendenz: gut behauptet; loko 11,65 (11,40); Juli 11,50—11,50 (11,25—11,25); Oktober 11,78—11,80 (11,55—11,58); Dezember 11,98—11,99 (11,76—11,78); Januar 1934 11,02—11,02 (11,85—11,80); März 12,18—12,18 (11,93—11,96); Mai 12,33—12,33 (12,13—12,15). Baumwollzufuhr in Atl. u. Golf-Häfen 27 000 (13 000).

Elektrolytkupfer: loko 9,00 B (9,00 B); prompte Lieferung 8¾ (8¾); per 30—90 Tage 8¾ (8¾). Zinn, loko 46,60 (46,70). Blei, loko 4,50 (4,50). Zink, loko 5,00 (4,92½). Roheisen 2 einfach Buffalo, Lieferung Boston per Bahn 20,05 (20,05). Weißblech 4,25 (4,25).

Schmalz, prime Western 8,40 (8,40). Talg, extra lose 4 (3⅞). Baumwollsaatöl, loko 7,05 (6,95); Juli 7,10 (7,01); August 7,15 (7,04).

Petroleum, Standard white, in Cases 16,25 (16,25); in Fässern 12,25 (12,25). Midcontinent 33/33,9 gr. in Barrels 0,71 (0,71). Pennsylvania-Rohöl 1,22—1,52 (1,17—1,37).

Zucker, Zentrifugal: Tendenz: gut behauptet. Juli 1,58 nom. (1,54 G); Oktober 1,62 nom. (1,58 nom.); Dezember 1,68—1,67—1,67 (1,63—1,64—1,64); Januar 1934 1,69 B 1,69 B (1,64 G 1,65 B).

Kautschuk, thin crepe, loko 10½ (10 5/16); smoked sheet 9⅞ (9⅝).

Terpentin 53⅞ (53½). Savannah-Terpentin 48¼.

NEW ORLEANS, 17. JULI. Baumwolle. (Schluß.) Loco 11,55 (Vortag: 11,40); Juli 11,45—45 (11,24—24); Oktober 11,75—76 (11,54—55).

CHICAGO, 17. JULI. Getreide. (Schluß.) Weizen. Tendenz: fest. Juli 116 (Vortag 112⅞); Sept. 118⅞—⅞ (115½—⅝); Dez. 121⅞—⅞ (118⅞—⅝); Mai 126 (122⅞). — Mais. Tendenz: fest. *Juli 66⅞ (65); Sept. 71 (69¼); Dez. 76 (73¾); Mai 81⅝ (79).* — Hafer. Tendenz: fest. Juli 48⅝ (47⅞); Sept. 49 (48¼); Dez. 51⅞ (50¼); Mai 55 (53⅞). — Roggen. Tendenz: fest. Sept. 103⅞—⅞ (101⅞—⅞); Dez. 108⅞ (106⅞); Mai 114 (—).

Weizen war weiter fest, da umfangreiche Kauforders vorlagen und auch die Spekulation größere Unternehmungslust zeigte. Weitere Anregung gewährte die feste Verfassung der *Wertpapierbörse und anderer Warenmärkte*. Erst gegen Schluß bröckelten die Preise im Vergleich zum höchsten Tagesstand leicht ab, da teilweise umfangreiche Realisationen erfolgten, während die Kauflust etwas nachließ. Am Maismarkte bewirkten dieselben Faktoren, welche für die Weizenhausse maßgebend waren, ein neuerliches Anziehen der Preise. Roggen schloß sich gleichfalls der vorwiegend festen Allgemeintendenz an.

Schmalz. Tendenz: fest. Juli 7,80 (7,65 B); Sept. 8,20 (8,05); Okt. 8,35 (8,20); Dez. 8,70 (8,50). — Speck: Juli 8,25 (8,25). — Schweinezufuhren in Chicago 35 000 (41 000); do. im Westen 103 000 (31 000).

Leichte Schweine, niedr. Preis 4,25 (Vortag: 4,25), do. höchster Preis 4,60 (4,50). Schwere Schweine, niedr. Preis 4,50 (4,40), do. höchster Preis 4,70 (4,55).

WINNIPEG, 17. JULI. Getreide. (Schluß.) Weizen. Tendenz fest. Juli 93⅞ (Vortag 92⅞); Okt. 96 (95⅞); Dez. 97⅞ (97); Mai 34: 101⅞ (101¼). — Hafer. Juli 44⅞ (43⅞); Okt. 46¼ (44¾); Dez. 46⅜ (45⅞). — Roggen. Juli — (83⅞); Okt. 85¼ (86½); Dez. 87⅞ (87¼); Mai 34: 93. — Gerste. Juli 60⅞ (55⅞); Okt. 63⅞ (57⅞); Dez. 64⅞ (59⅞); Mai 34: 67⅞ (62⅞). — Leinsaat. Juli 187 (185¾); Okt. 188 (187); Dez. 188⅞ (186¾); Mai 34: 199.

BUENOS AIRES, 17. JULI. Getreide. (Schluß.) Weizen: Aug. 6,79 (Vortag 6,73); Sept. 6,88 (6,82); Okt. 6,98 (6,92). Mais: Aug. 4,21 (4,19); Sept. 4,29 (4,28); Okt. 4,40 (4,38). Hafer: Aug. 4,75 (4,65). Leinsaat: Tendenz: stetig; Aug. 13,92 (13,32); Sept. 13,39 (13,31); Okt. 13,47 (13,37).

ROSARIO, 17. JULI. Getreide. (Schluß.) Weizen: Aug. 6,65 (Vortag 6,45); Sept. 6,70 (6,55). Mais: Aug. 4,10 (4,05); Sept. 4,20 (4,15). Leinsaat: Aug. 13,25 (13,15); Sept. 13,30 (13,15).

Devisen und Noten: 17. Juli

AMSTERDAM	17.7.	15.7.
Berlin	59,07½	59,10
London	8,25½	8,26¼
New York	172,75	173,25
Paris	9,69¾	9,70
Belgien	34,58	34,57½
Schweiz	47,93	47,97
Italien	13,10	13,12½
Madrid	20,75	20,70
Oslo	41,50	41,55
Kopenhagen	37,00	37,00
Stockholm	42,60	42,70
Wien	—	—
Budapest	—	—
Prag	7,34	7,34½
Belgrad	—	—
Warschau	—	—
Helsingfors	—	—
Bukarest	—	—
Yokohama	—	—
BuenosAires	—	—

PARIS	17.7.	13.7.
London	85,20	85,12
New York	17,85	17,75
Belgien	356,50	356,25
Spanien	213,38	213 15/16
Italien	134,50	135,30
Schweiz	494,25	495,50
Kopenhagen	—	—
Holland	10,31½	10,30¾
Oslo	—	—
Stockholm	441,50	440,50
Helsingfors	—	—
Prag	75,80	—
Rumänien	—	—
Budapest	—	—
Wien	—	—
Berlin	—	—
Belgrad	—	—
Rio	—	—
Warschau	286,00	—
Sofia	—	—
Athen	—	—
Konstantinopel	—	—
Buen. Aires	—	—

LONDON	17.7.	15.7.
Paris	85,21	85,21
New York	477,00	477,00
Berlin	13,97	13,99
Belgien	23,89½	23,90½
Spanien	39,94	39,96
Holland	8,25¾	8,26½
Italien	63,25	63,09
Schweiz	17,23½	17,24
Wien	30,00	30,00
Südafrika	99,87	99,87

LONDON*)	17.7.	15.7.
Bombay . . per Rupee	1/6 1/32	1/6,05
Calcutta . . per Rupee	1/6 3/32	1/6 3/32
Hongkong . per Dollar	1/5 3/4	1/5 9/16
Shanghai . per Dollar	1/3 3/4	1/3 3/4
Singapore . per Dollar	2/4 1/32	2/4
Manila . . . per Dollar	2/1 1/2	2/1 1/2
Kobe . . . . per Yen	1/3	1/3
Südafrika	99,88	99,88

*) Telegraphische Auszahlung auf ostasiatische Plätze

KOPENHAGEN	17.7.	15.7.
London	22,40	22,40
New York	470,50	471,00
Berlin	160,45	160,35
Paris	26,45	26,45
Antwerpen	93,90	93,90
Zürich	130,35	130,25
Rom	35,70	35,75
Amsterdam	271,90	271,85
Stockholm	115,70	116,70
Oslo	112,75	112,75
Helsingfors	9,95	9,95
Prag	20,10	20,05
Wien	—	—

OSLO	17.7.	15.7.
London	19,90	19,90
Berlin	143,00	143,00
Paris	23,50	23,50
Rom	31,90	31,90
New York	420,00	420,00
Amsterdam	242,00	242,00
Zürich	116,25	116,25
Helsingfs.	8,35	8,35
Antwerpen	83,75	83,75
Stockholm	103,00	103,00
Kopenhag.	89,25	89,25
Prag	18,00	18,00
Wien	—	—

STOCKHOLM	17.7.	15.7.
London	19,40	19,40
Berlin	139,50	139,50
Paris	22,85	22,80
Brüssel	81,50	81,50
Schweiz	113,00	113,00
Amsterdam	235,50	235,00
Kopenhagen	87,00	87,00
Oslo	97,75	97,75
Washington	406,00	407,00
Helsingfors	8,60	8,60
Rom	31,25	31,25
Prag	17,50	17,50
Wien	—	—

Alles nominell.

PRAG	17.7.	14.7.
Amsterdam	1364½	1364½
Berlin	802,50	802,50
Zürich	652,75	652,75
Oslo	567,00	567,00
Kopenhagen	504,00	504,50
London	112,50	112,50
Madrid	281,00	283,00
Mailand	179,50	179,75
New York	23,62½	23,65
Paris	132,30	132,25
Stockholm	583,50	582,50
Wien	475,00	475,00
Dt. Marknot.	803,00	806,00
Poln. Noten	382,75	383,00
Belgrad	462,67	462,67
Danzig	664,50	664,00

WIEN	17.7.	15.7.
Amsterdam	285,75	285,70
Berlin	168,70	168,70
Budapest	124,29½	124,29
Kopenhag.	104,25	104,50
London	23,54¾	23,54¾
New York	492,50	492,00
Paris	27,72	27,72
Zürich	136,95	136,92
D. Marknot.	168,10	168,10
Lirenoten	37,46	37,46
Jugoslaw.	8,74	8,74
Tschechosl.	20,40	20,40
Poln. Noten	78,75	78,70
Doll.-Noten	483,50	483,00
Ung. Noten	—	—
Schweden	119,20	119,45
Belgrad	—	—
Prag	20,96	20,96
Privatmark	215,94	215,94

ZÜRICH	17.7.	15.7.
Paris	20,23	20,24
London	17,23	17,24
New York	3,60	3,60½
Belgien	72,10	72,12½
Italien	27,32½	27,37
Spanien	43,15	43,15
Holland	208,65	208,70
Berlin	123,25	123,30
Wien	72,83	72,83
Stockholm	89,00	89,00
Oslo	86,60	86,60
Kopenhag.	77,00	77,05
Sofia	—	—
Prag	15,32	15,32
Warschau	57,65	57,65
Budapest	—	—
Belgrad	7,00	7,00
Athen	2,97	2,97
Konstantinopel	2,48	2,48
Bukarest	3,08	3,08
Helsingfs.	7,62	7,61
Buen. Air.	—	—
Japan	108,00	108,00

Wiener Notenkurs 58,00.

MAILAND	17.7.	14.7.
Wien	—	—
Paris	74,05	73,85
New York	13,17	13,14
Prag	56,25	56,30
London	63,10	63,00
Holland	766,00	761,00
Belgien	265,00	263,00
Bukarest	—	—
Berlin	452,00	451,00
Zürich	365,75	365,60
Belgrad	—	—
Oslo	313,00	317,00
Kopenhagen	282,50	282,00
Stockholm	325,00	325,00
Madrid	158,00	158,20
Sofia	—	—
Athen	—	—
Budapest	—	—
Rußland	—	—
Warschau	212,00	213,00

Erleichterungen im französisch-österreichischen Clearingverkehr. Im französisch-österreichischen Clearing-Verkehr sind, wie in Paris amtlich bekanntgegeben wird, durch die neuen, am 13. Juli in Kraft getretenen Abmachungen wesentliche Verbesserungen erreicht worden, so daß im laufenden Austausch fast völlige Devisenfreiheit herrscht. Die Oesterreichische Nationalbank trifft Vorkehrungen, die dem österreichischen Importeur den Bezug französischer Waren wesentlich erleichtern. Er wird sich in Zukunft nicht mehr an die Clearingsstelle zu wenden brauchen, sondern kann direkt mit dem französischen Exporteur arbeiten. Was die eingefrorenen Kredite betrifft, so erhalten diejenigen französischen Gläubiger, die einen Nachlaß von 5 pCt. gewähren, innerhalb vier Monaten 75 pCt. ihres Guthabens transferiert. 8pCt. werden einem besonderen Fonds bei der Oesterreichischen Nationalbank überwiesen, während die noch verbleibenden 12 pCt. auf Konto bei der Oesterreichischen Nationalbank in Schilling-Währung eingezahlt werden.

Der Londoner Goldpreis beträgt am 17. Juli für eine Unze Feingold 124 sh 3 d = 87,0371 RM, für ein Gramm Feingold demnach 47,9367 pence = 2 79831 RM.

Londoner Goldbewegung. Gestern wurden 130 000 Pfund Sterling Gold gehandelt, wovon 15 000 Pfund Sterling nach dem Kontinent gingen. Der Käufer des Restes blieb ungenannt. Der Preis stellte sich auf 124/3 sh pro Unze fein.

Hoffnung auf Amerika-Geschäft

Aktive Hopfenbilanz

Die am 8. Juli erlassene Verordnung der Reichsregierung über Regelung der Hopfenanbaufläche und Beschränkung der Produktion baut auf den Erfahrungen des letzten Erntejahres auf. Ein Rückblick auf die Entwicklung des Hopfenmarktes gewinnt daher besonderes Interesse.

Der rückgängige Bierverbrauch, der mit Ausnahme von Japan und U. S. A. in allen Ländern festzustellen ist, hat zu einem Rückgang der Welt-Bierproduktion von 173 Mill. Hektoliter im Jahre 1931 auf 157 Mill. im Jahre 1932 geführt. Wenn auch der starke Rückgang vor allem auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen ist, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die in den meisten Ländern überhöhten Biersteuern nicht der geschwächten Kaufkraft der Massen angepaßt sind. Neben einer Erschwerung des Braugerstengeschäftes waren die ungünstigen Absatzverhältnisse auf den Hopfenmärkten die notwendige Folge. Dank der Stützungsmaßnahmen der Reichsregierung konnten die Preise auf einer erträglichen Höhe gehalten werden. Weitere Schutzmaßnahmen für den deutschen Hopfenbau, wie das Hopfenherkunftsgesetz, der Verwendungszwang für inländischen Hopfen und die Zollerhöhung auf 150 M je 100 kg, beschränkten die Einfuhr, so daß ein Ausfuhrüberschuß von etwa 2000 Ztr. für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 31. Mai 1933 verblieb. Stärker ins Gewicht fällt allerdings die rückläufige Ausfuhr. Die Hopfenbilanz vom 1. Oktober 1930 bis 31. Mai 1933 ergibt folgendes Bild:

	Hopfen-Einfuhr	Hopfen-Ausfuhr
1. 10. 1930 bis 30. 9. 1931	59 344 Ztr.	81 592 Ztr.
1. 10. 1931 „ 30. 9. 1932	22 246 „	58 414 „
1. 10. 1932 „ 31. 5. 1933	20 925 „	22 695 „

Die deutsche Hopfenernte 1932 erbrachte gute Qualitäten. Von 8000 Hektar wurden etwa 100 000 Zentner geerntet. Als die international beste Qualität wurde nach einem Bericht der Firma Barth u. Sohn, Nürnberg, die Hollertauer, Spalter und Tettnanger Ernte bezeichnet. Während die Preise bis Ende September sich um 90 bis 110 M bewegten, trat bald eine heftige Preissteigerung auf 210 bis 230 M ein, die aber nur wenige Wochen anhielt und bis zum März einen Rückgang auf etwa 160 M je Zentner zur Folge hatte. Die Not des deutschen Hopfenbaues in den Jahren 1924/26 hatte zu einem auf 40 Millionen geschätzten Verlust geführt und eine Verringerung der Anbaufläche um 7500 Hektar zur Folge. In diesem Jahre wollen die Hopfenbauern erstmalig zur Selbsthilfe greifen und durch eine Abgabe von einem Pfennig je Stock ein Kapital von 300 000 M ansammeln, um damit preisregelnd eingreifen zu können.

Die Bestände in den Brauereien, die noch am 1. September 1932 auf 116 pCt. eines Jahresbedarfs geschätzt wurden, bilden eine starke Gefährdung für die Preisbildung der neuen Ernte. Da durch den Ausfuhrrückgang an europäische Abnehmer sich der Preisdruck erneut verschärfen würde, gewinnt die Aufhebung der Prohibition in Amerika für den deutschen Hopfenbau besonderes Interesse. Bei einem Bierverbrauch von 25 Mill. hl im letzten Jahre wurden in USA. etwa 200 000 Ztr. Hopfen verarbeitet. Bei einem erwarteten Bierkonsum von 35 Mill. Barrels 1933 bis 1934 würde der Hopfenbedarf um 10 bis 20 pCt. steigen. Der Welthopfenbedarf würde demnach, vorausgesetzt, daß kein weiterer Konsumrückgang eintritt, mit etwa 990 000 Ztr. zu veranschlagen sein.

Schon jetzt hat eine lebhafte Nachfrage nach Vorabschlüssen für die nächste Ernte und in USA. nach Kontrakten bis zu 5 Jahren eingesetzt. Leider hat der deutsche Hopfenanbau von dieser gesteigerten Nachfrage erst wenig oder nichts zu spüren bekommen. Es wäre dringend erwünscht, wenn nichts unversucht gelassen würde, das zukunftssichere Amerikageschäft für den deutschen Hopfenbau zu erschließen.

Annahmestellen für Bedarfsdeckungsscheine

Der Reichsminister der Finanzen hat Richtlinien für die Gemeindebehörden zum Gesetz über Förderung der Eheschließungen erlassen. Diese Richtlinien enthalten auch die Bestimmungen, nach denen die Gemeindebehörden bei der Zulassung von Verkaufsstellen, die zur Entgegennahme von Bedarfsdeckungsscheinen der Ehestands darlehen bereit sind, zu verfahren haben.

Zuzulassen sind danach nur solche Verkaufsstellen, die Möbel oder Hausgerät verkaufen. Als zulassungsfähige Verkaufsstellen kommen nicht nur offene Ladengeschäfte in Betracht, sondern auch solche Schreinereien und Handwerksbetriebe, die offene Ladengeschäfte nicht unterhalten, also insbesondere jeder Handwerksmeister. Außer Schreinereien und sonstigen Unternehmen des Handwerks kommen als zulassungsfähig die Verkaufsstellen des mittelständischen Einzelhandels in Betracht.

Nicht zuzulassen sind: a) Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Konsumvereine, Werkkonsumanstalten, Auktionatoren und Unternehmen, die diesen gleichgeartet sind; b) alle Verkaufsstellen, deren Inhaber nicht arischer Abstammung sind; c) alle Verkaufsstellen, deren Inhaber nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie sich jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einsetzen.

Altwarenhändler dürfen nur dann zugelassen werden, wenn sie auch neue Waren verkaufen.

Fabrikgroßbetriebe, die keine offenen Verkaufsstellen unterhalten, dürfen als Verkaufsstellen nicht zugelassen werden, wenn sich am Sitz des Fabrikgroßbetriebes in genügendem Maß Schreinereien, sonstige Unternehmen des Handwerks oder Verkaufsstellen des mittelständischen Einzelhandels befinden.

Bei der Zulassung muß vermieden werden, daß von Verkaufsstellen, bei denen die gleichen Voraussetzungen für die Zulassung vorliegen, die einen zugelassen werden und die anderen nicht. Vor der Zulassung haben sich die Verkaufsstellen schriftlich zu verpflichten, auf Bedarfsdeckungsscheine nur deutsche Erzeugnisse zu verkaufen. Altwarenhändler, die als Verkaufsstellen zugelassen werden sollen, haben sich außerdem zu verpflichten, auf Bedarfsdeckungsscheine keine Altwaren abzugeben, sondern nur neue Waren.

Die Zulassung kann von der Gemeindebehörde jederzeit ohne Angabe der Gründe widerrufen werden. Die Zulassung muß in den folgenden Fällen widerrufen werden: 1. wenn sich nachträglich herausstellt, daß die Zulassung zu Unrecht erfolgt ist; 2. wenn festgestellt wird, daß die Verkaufsstelle gegen die abgegebene Verpflichtung, auf Bedarfsdeckungsscheine nur deutsche Erzeugnisse und nur neue Waren zu verkaufen, verstoßen hat; 3. wenn bekannt werden sollte, daß die Verkaufsstelle Preise verlangt, die auf eine allgemeine Preissteigerung abzielen. Die erhöhte Nachfrage darf nicht als Anlaß zu einer allgemeinen Preissteigerung geduldet werden.

Die Zulassung als Verkaufsstelle hat die Wirkung, daß die zugelassene Verkaufsstelle nicht nur an Empfänger von Ehestandsdarlehen, die am Sitz der Verkaufsstelle wohnen, sondern auch an auswärts wohnende Empfänger von Ehestandsdarlehen Waren verkaufen darf.

Geregelte Zigarren-Produktion

Ueber die Erwägungen, die zum Erlaß des Gesetzes über die Einschränkung der Maschinenarbeit in der Zigarrenindustrie geführt haben, wird jetzt mitgeteilt:

„Obwohl in grundsätzlicher Hinsicht erhebliche Bedenken bestanden, durch eine gesetzliche Unterbindung der Maschinenarbeit in die freie Wirtschaft einzugreifen, hat sich die Reichsregierung doch wegen der ganz besonderen Lage der Zigarrenindustrie zu diesem Schritt entschlossen, der durch die Erwägung erleichtert wurde, daß es sich um eine nahezu ausschließlich auf den Inlandsmarkt beschränkte Industrie handelt. In dieser Industrie haben in der letzten Zeit Maschinen Eingang gefunden, die schon jetzt zahlreiche Arbeiter freigesetzt haben, und die bei zunehmender Einführung zur weiteren Entlassung einer erheblichen Zahl von Arbeitern führen würden. Damit würde der gesunde Charakter der Zigarrenindustrie als mittelständischer zerstört und die Lebensgrundlage der Gebiete, in denen die Zigarrenindustrie heimisch ist, vernichtet werden. Um eine solche völlige Veränderung der Gestaltung der Zigarrenindustrie zu verhindern, und um die in der Zigarrenindustrie wegen der Verwendung der Maschinen um sich greifende Arbeitslosigkeit einzudämmen, hat die Reichsregierung als einstweilige Uebergangsmaßnahme die Neuaufstellung von Maschinen oder die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Maschinen verboten, die bei der Herstellung von Zigarren, Zigarillos oder Stumpen, zur Anfertigung des Wickels oder zum Ueberollen mit dem Deckblatt verwendet werden können. Nicht von dem Verbot betroffen sind die Hilfsmaschinen, wie z. B. die Tabak-Reiß-, die Tabak-Schneide-, die Entrippungsmaschinen und die durch menschliche Kraft betriebenen Wickeltücher. Ausnahmen von dem Verbot können für Ersatzbeschaffungen und zur Förderung der Ausfuhr von Maschinen zugelassen werden. — Soweit Wickel- und Ueberrollmaschinen beim Inkrafttreten des Gesetzes in Betrieb sind, dürfen sie weiter verwendet werden. Die Betriebe, die solche Maschinen verwenden, dürfen aber im Verlauf eines Rechnungsjahres Zigarren, Zigarillos und Stumpen nur bis zu der Gesamtmenge herstellen, die sie im Rechnungsjahr 1932/33 erzeugt haben. Die hiernach zulässige Gesamtmenge kann herabgesetzt und auf einzelne Monate verteilt werden.

In einer Durchführungsverordnung wird bestimmt werden, daß in der nächsten Zeit Zigarren, Zigarillos und Stumpen bis zu der Gesamtmenge hergestellt werden dürfen, die in der gleichen Zeit des Vorjahres erzeugt worden ist, wobei die Mehrerzeugung in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1933 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres angerechnet werden wird. — Die Betriebe, die noch Wickel oder Ueberrollmaschinen verwenden dürfen, können bis zum 15. August 1933 dem Hauptzollamt erklären, daß sie vom 16. August 1933 ab auf die Maschinenarbeit verzichten und zur Handarbeit übergehen. In diesem Falle fällt die Herstellungsbeschränkung rückwirkend fort. Wird eine solche Erklärung später abgegeben, so bestimmt der Reichsminister der Finanzen, von welchem Zeitpunkt ab die Herstellungsbeschränkung entfällt. Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt worden, bis zum Gesamtbetrage von 2 Mill. RM Unterstützungen an solche Betriebe zu gewähren, die Wickel- oder Ueberrollmaschinen nicht mehr verwenden oder solche Maschinen herstellen. Die Festsetzung der Einzelheiten für die Gewährung der Unterstützungen bleibt einer Durchführungsverordnung vorbehalten."

Die Mechanisierung der Zigarrenproduktion, die bis vor kurzem fast ausschließlich auf Heim- und Handarbeit beruhte, ist in Deutschland verhältnismäßig jungen Datums. Die letzten Versuche, in größerem Umfang die Maschinen- und Markenzigarre einzuführen, sind nicht immer ohne Schwierigkeiten verlaufen. Die Eigenart des Gewerbes, von dem in manchen Gegenden große Teile der Bevölkerung leben, und seine Eigenschaft als wichtiger Steuerträger haben schon früher zu staatlichen Eingriffen geführt. 1931 und 1932 bestand eine Gründungssperre für neue Zigarrenfabriken. Zur Beurteilung der Größenordnungen, die auch den neuen Produktionskontingenten zu Grunde gelegt werden sollen, sei darauf verwiesen, daß im April d. J. 470,8 Mill. Stück Zigarren im Werte von 46,66 Mill. RM (durchschnittlicher Kleinverkaufspreis also 9,91 Pf.) hergestellt worden sind. Sie erbrachten einen Steuerwert von 10,73 Mill. M, das sind 21,6 pCt. des ganzen Tabaksteuersolls. Im Fiskaljahr 1930/31 verarbeiteten 5638 reine Zigarrenbetriebe 309 900 dz Rohtabak und 3283 gemischte Zigarren- und Rauchtabakbetriebe 183 100 dz Rohtabak. Mehr als 40 pCt. dieser verarbeiteten Gesamtmenge entfielen auf die 77 Großbetriebe mit mehr als 1200 dz Jahresverarbeitung. Die gesamte Zigarrenproduktion des Jahres 1930/31 betrug 7,17 Milliarden Stück.

●

Sonderbeauftragter für den Eisenerzbergbau. Nachdem auf Anordnung des Reichskanzlers Kommissare auf dem Gebiete der Wirtschaft nicht mehr tätig sein sollen, hat der Reichswirtschaftsminister die dem Bergassessor Schleifenbaum, Siegen i. Westf., von seinem Amtsvorgänger zugefertigte Bestallung zurückgenommen. Der Reichswirtschaftsminister hat dem Bergassessor Schleifenbaum nunmehr zu seinem ehrenamtlichen Sonderbeauftragten für den Eisenerzbergbau mit der Maßgabe ernannt, daß Bergassessor Schleifenbaum bei der Wahrnehmung dieser Geschäfte seinen dienstlichen Anweisungen untersteht; er hat also bei der Durchführung seiner Aufgaben stets das Einverständnis des Reichswirtschaftsministeriums einzuholen.

Holzwirtschaftsrat in Oesterreich gebildet. Dem in Wien vor einigen Tagen gegründeten Holzwirtschaftsrat gehören die maßgebenden Wald- und Sägewerksbesitzer, Holzhändler und Holzindustriellen an; auch die Bundesforstverwaltung ist durch ihren Staatssekretär vertreten. Der Holzwirtschaftsrat hat es sich zur Aufgabe gemacht, Ersatz für verlorene Absatzgebiete, wie z. B. den deutschen Holzmarkt, zu suchen und den Export vor allem nach Italien und Frankreich zu fördern. Einstweilen ist es nur gelungen, den Absatz nach Italien etwas zu erweitern, während die Verhandlungen mit Frankreich noch kein Ergebnis hatten.

Belgische Börse für das Baugewerbe. Um die Tätigkeit am belgischen Baumarkt zu beleben, ist, wie der „Vossischen Zeitung" gemeldet wird, in Brüssel eine Börse für das Baugewerbe errichtet worden, an der wöchentlich Sitzungen abgehalten werden. Gleichzeitig soll die Schaffung einer ständigen Ausstellung aller Arten von Baumaterialen erfolgen, die nach den einzelnen Warengruppen gegliedert werden soll und an der sich alle repräsentativen Firmen beteiligen dürften. Neben Geschäften in direkten Baumaterialien sollen auch Eisen, Aluminium und andere Metallfabrikate, soweit sie im Baugewerbe Verwendung finden, gehandelt werden.

●

Warenmärkte

Kolonialwaren

LONDON, 17. JULI. Rohzucker. (Schluß.) Termine: Juli 5/7½ B 5/3 G; August 5/7 B 5/5 G 5/5¼ bz; Sept. 5/6¼ B 5/5¼ G; Okt. 5/7¼ B 5/6¾ G; Nov. 5/8¼ B 5/7¾ G; Dez. 5/9 B 5/8¾ G 5/9 bz; Jan. 1934 5/10¼ B 5/9½ G; Febr. 5/11¼ B 5/10¼ G; März 6/— B 5/11¾ G; April 6/1¼ B 6/0½ G; Mai 6/2¼ B 6/1¾ G; August 6/5¼ B 6/4¼ G. Tendenz: stetig. — Reis: Tendenz: stetig. Burma, Nr. 2, Juli-Aug. 7/1½ W. Saigon, Nr. 1, Juli-Aug. 8/— Vk. Siam, Super Nr. 1, Juli-Aug. 9/— Vk. — Tapioka: Singapore, Saat, loko 12/3 Vk.

Textilien

BREMEN, 17. JULI. Baumwolle. (Schluß.) Termine: Okt. 12,76 B 12,69 G; Dez. 12,91 B 12,70 G 12,86, 12,87, 12,90 bz; Januar 1934 12,99 B 12,97 G 12,95, 12,96 bz; März 13,15 B 13,10 G 13,08 bz; Mai 13,28 B 13,24 G 13,22, 13,23 bz. Tendenz: sehr stetig.

Der heutige Nachmittagsverkehr der Bremer Baumwollterminbörse eröffnete, angeregt durch die wieder etwas höheren Eröffnungsnotierungen aus New York, befestigt, 5—11 Punkte höher. Die Nachfrage wurde im Verlaufe wieder sehr lebhaft, während das Angebot mehr Zurückhaltung zeigte. Die Kurse konnten sich daher schnell weiter erholen. Der Markt schloß sehr stetig, 12—19 Punkte über den Nachmittagseröffnungsnotierungen.

LIVERPOOL, 17. JULI. Baumwolle. (Schluß.) Loco: American middl. 6,31. Aegypt. Sakellaridis F. G. F. 8,34, do. Upper F. G. F. 7,56. Ostind. M. G. Surtee F. G. 5,85. Americ. Universal Stand middl. Tendenz: stetig. Juli 6,17; August 6,19; Sept. 6,21; Oktober 6,24; November 6,25; Dezember 6,27; Januar 34: 6,29; Febr. 6,31; März 6,34; April 6,36; Mai 6,38; Juni 6,39; Juli 6,41; Okt. 6,44; Januar 35: 6,48; März 6,51; Mai 6,54. — Aegypt. Sakellaridis. Tendenz. stetig. Juli 8,11; Okt. 8,21; Nov. 8,27; Januar 34: 8,34; März 8,41; Mai 8,49; Juni 8,56. Upper: Juli 7,41; Okt. 7,36; Nov. 7,37; Januar 34: 7,42; März 7,46; Mai 7,50; Juni 7,54.

ALEXANDRIEN, 17. JULI. Baumwolle. (Schluß.) Sakell.-Ashmouni: Juli 15,04; August 13,44; Okt. 13,10; Nov. 15,94; Dez. 13,22; Januar 34: 16,24; Febr. 13,44; März 16,59; April 13,64.

BOMBAY, 17. JULI. Baumwolle. Termine: Fullygood M. G. Bengal Juli 165; Dezember-Januar 173. Fine M. G. Oomra Juli 202; Dezember-Januar 205. Fullygood M. G. Broach Juli-August 213; April-Mai 233. London auf Bombay 1/607.

LONDON, 17. JULI. Jute (Lstrl. per Tonne cif). Tendenz: fest. Erste Marken per Juni-Juli 17⅛ W; Juli-Aug. 17⅛ W; Aug.-Sept. 17¼ bzW. Geringere Marken per Juni-Juli 16¾ W; Juli-Aug. 16¾ W.

Kautschuk

LONDON, 17. JULI. Kautschuk (Pence per lbs.) Tendenz: stramm. Standard Nr. 1 Crepe, loko 4 9/16 K; smoked Sheet, loko 4 9/32 K; Aug. 4 5/16 K; Sept. 4 11/32 K; Okt.-Dez. 4 13/32 bzK; Jan.-März 1934 4½ bzK; April-Juni 4 19/32 bzK.

Metalle

Amtliche Berliner Metall-Terminnotierungen vom 17. Juli. Kupfer: Juli 52¾ B 52½ G 52½ b; Aug. 52¾ B 52½ G; Sept. 52¾ B 52¾ G; Okt. 53¼ B 53 G; Nov. 53½ B 53¼ G 53½—53¼—53½ b; Dez. 53¾ B 53½ G 53½ b; Jan. 54¼ B 53¾ G; Febr. 54¾ B 54¼ G; März 55¼ B 54½ G; April 55¾ B 54¾ G; Mai 56 B 55 G; Juni 56¾ B 55½ G 55½ b; Tendenz abgeschwächt. — Blei: Juli 19 B 18½ G; Aug. 19½ B 18½ G; Sept. 19½ B 18¾ G; Okt 19¾ B 18¾ G; Nov. 20 B 19 G; Dez. 20½ B 19 G; Jan. 20¾ B 19½ G; Febr. 21¼ B 19¾ G; März 21¾ B 20 G; April 22 B 20½ G; Mai 22¼ B 20¾ G; Juni 22¼ B 20¾ G; Tendenz lustlos. — Zink: Juli 24¾ B 24¼ G; Aug. 24½ B 24¼ G; Sept. 25 B 24½ G; Okt. 25¼ B 24¾ G; Nov. 25½ B 24¾ G; Dez. 25¾ B 25 G; Jan. 26 B 25¼ G; Febr. 26¼ B 25½ G; März 26½ B 25½ G; April 26¾ B 25¾ G; Mai 27 B 26 G; Juni 27¼ B 26¼ G; Tendenz lustlos.

LONDON, 17. JULI. Metalle. (Schluß.) Kupfer. Tendenz: kaum stetig. Standard per Kasse 38 1/16—38⅛; 3 Monate 38¼—38 5/16; Settl.-Preis 38⅛. Elektrolyt 41½—42½; best selected 40½—41¾; strong sheets 68; Elektrowirebars 42½. — Zinn: Tendenz: willig. Standard per Kasse 212⅝—212⅞; 3 Monate 212¾ bis 212⅞; Settl.-Preis 212¾; Banka 219¼; Straits 218¼. — Blei: Tendenz: ruhig. Ausländ. prompt, offiz. Preis 13⅜; entf. Sichten, offiz. Preis 13⅝; Settl.-Preis 13⅜. — Zink: Tendenz: ruhig. Gewöhnl. prompt, offiz. Preis 17¾; entf. Sichten, offiz. Preis 17¾; Settl.-Preis 17¾. — Aluminium, Inland 100. Antimon, Erzeug.-Preis 39—40; chines. 23½—24. Quecksilber 8½—9¼. Platin 7¾. Wolframerz, cif 17—18. Nickel, inländ. 225—230; ausländ. 37—38. Weißblech I. C. Cokes 17¼—17½. Kupfersulphat fob 17—17½. Cleveland-Gußeisen Nr. 3, fob Middlesborough 62½. Silber, Barren 18 11/16, fein 20 3/16; Lieferung Barren 18 13/16, fein 20 5/16. Gold 124/3.

●

Einfuhrbeschränkung aus Südost-Europa. Durch eine Verordnung der Reichsregierung ist die Einfuhr lebender Pflanzen und frischer Teile von solchen aus Rumänien bis auf weiteres verboten worden. Es handelt sich um eine Vorbeugungsmaßnahme gegen die Einschleppung eines Schädlings, der San José-Schildlaus. Frisches Obst und frische Obstabfälle aus Rumänien dürfen bis auf weiteres nur über bestimmte Zollstellen und unter der Bedingung eingeführt werden, daß auf Kosten des Verpflichteten eine Untersuchung der Sendung auf San José-Schildlaus an der Eingangsstelle erfolgt. Letztere Bestimmung gilt auch für die Einfuhr lebender Pflanzen sowie von Obst aus Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Polen und der Tschechoslowakei.

Französische Zentral-Flugverkehrsgesellschaft gegründet. Die Zentralgesellschaft, die für die fünf großen französischen Flugverkehrsgesellschaften vorgesehen ist, ist, wie der „Voss. Ztg." aus Paris gemeldet wird, jetzt endgültig gegründet. Nach dem Programm sollen die staatlichen Subventionen, die bisher vier Fünftel der Gesamteinnahmen ausmachten und 226 Mill. Frcs. betrugen, bis 1937 auf 135 Mill. Frcs. gesenkt werden. Man hofft, durch die straffe Organisierung des französischen Flugwesens wesentliche Ersparnisse zu erzielen. Dies erscheint durchaus notwendig, wenn man berücksichtigt, daß von 1925 bis 1932 das Netz der französischen Fluglinien sich zwar von 10 000 auf 40 000 km vermehrt hat, gleichzeitig aber die Subventionen von 51 auf 226 Mill. Frcs. gestiegen sind. Infolgedessen ist heute jeder Kilometer mit 25 Frcs. staatlicher Unterstützung belastet. Die Zentralgesellschaft wird in sehr enger Fühlung mit dem Luftfahrtministerium arbeiten und vor allem die Konkurrenz zwischen den einzelnen Gesellschaften nach Möglichkeit ausschalten.

Todesfall. Am 16. Juli verschied Dr. rer. pol. h. c. Hermann Jahncke, langjähriger Vorsitzender des Vorstandes der Elektrowerke AG. (Reichselektrowerke). Nach 20jähriger Tätigkeit bei den Firmen Siemens & Halske und den Siemens-Schuckertwerken übernahm Dr. Jahncke 1918 den Vorsitz des Vorstandes der Elektrowerke AG. Unter seiner Leitung erhielten die Reichselektrowerke ihre heutige Bedeutung durch die Zusammenfassung und den Ausbau mehrerer Großkraftwerke, durch die allmählich die Fernstromversorgung des gesamten Gebietes vom Harz bis nach Oberschlesien in die Großkraftwirtschaft der Elektrowerke einbezogen wurde.

Die Aktien des Wiener Bank-Vereins werden ab 1. August nicht mehr notiert.

Ruhrkohlentransporte. Zur Beförderung von Kohle, Koks, und Briketts im Ruhrrevier stellte die Reichsbahn am 15. Juli 15 724 und am 16. Juli 1933 (Sonntag) 1550 Wagen. In der Woche vom 11. bis 17. Juni 1933 betrug die arbeitstägliche Wagenstellung 17 141, im Juli 1932 14 712.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Am 16. Juli erlag plötzlich einem Herzschlag

Herr Direktor
Dr. rer. pol. h. c.

Hermann Jahncke

Vorsitzender des Vorstandes der Elektrowerke Aktiengesellschaft. Ueber 15 Jahre hat der Verstorbene seine ganze starke Arbeitskraft, sein reiches technisches Wissen und seine langjährigen wirtschaftlichen Erfahrungen unserem Unternehmen gewidmet. Aus kleinen Anfängen heraus hat er es aufgebaut. Es war sein Lebenswerk
Ein kerndeutscher Mann, hat er das allgemeine Wohl stets zur Richtschnur seines Handelns gemacht. Strengstes Pflichtbewußtsein, Lauterkeit des Charakters und aufrichtige Herzensgüte haben ihm weit über den Kreis unserer Gesellschaft hinaus Freunde geschaffen. Allen, die mit ihm zusammen arbeiten durften, wird er unvergeßlich sein

Berlin, den 17. Juli 1933

Aufsichtsrat und Vorstand
der
Elektrowerke Aktiengesellschaft

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 20. Juli 1933, 3¾ Uhr, von der Kapelle des Südwest Friedhofes der Berliner Stadtsynode in Stahnsdorf aus statt

---

Am 16. dieses Monats verstarb durch Herzschlag Herr

Dr. Hermann Jahncke

Vorsitzender des Vorstandes der Elektrowerke Aktiengesellschaft. Der Verstorbene hat seit dem Jahre 1924 dem Aufsichtsrat unseres Instituts angehört und dessen Entwicklung das größte Interesse entgegengebracht. Wir werden das Andenken an den Verstorbenen stets in hohen Ehren halten

Berlin, den 17. Juli 1933

Aufsichtsrat und Vorstand
der
Reichs-Kredit-Gesellschaft
Aktiengesellschaft

Durch den Tod unseres Aufsichtsratsmitgliedes Herrn

Dr. Hermann Jahncke

Vorsitzender des Vorstandes der Elektrowerke Aktiengesellschaft, haben wir einen schweren Verlust erlitten. Der Verstorbene hat mit seinen reichen Kenntnissen und Erfahrungen an dem Aufbau und der Entwicklung der Viag mitgearbeitet. Sein kluger Rat wird uns fehlen. Wir werden stets in tiefer Dankbarkeit des dahingegangenen Freundes gedenken

Berlin, den 17. Juli 1933

Aufsichtsrat und Vorstand
der
Vereinigte Industrie-Unternehmungen
Aktiengesellschaft

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, von dem Ableben unseres Aufsichtsratsmitgliedes Herrn

Dr. Hermann Jahncke

Vorsitzender des Vorstandes der Elektrowerke Aktiengesellschaft Berlin

Mitteilung zu machen.

Der Verstorbene hat als Vorsitzender des Arbeitsausschusses unserer Aufsichtsräte seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen uneigennützig in den Dienst unserer Unternehmen gestellt. Jederzeit war er uns ein treuer Berater, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden

Berlin, den 17. Juli 1933

Aufsichtsrat und Vorstand
der Berliner Kraft- und Licht-Aktiengesellschaft
und der
Berliner Städtische Elektrizitätswerke Akt.-Ges.

Am Sonntag früh, dem 16. Juli 1933, entschlief nach kurzem schweren Leiden mein lieber Mann, mein geliebter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Maler und Zeichner

Fritz Scherz

im 62. Lebensjahr

In tiefem Leid
Frieda Scherz, geb. Cantow
Dora Plato, geb. Scherz
Herbert Plato
Regina Plato

Die Einäscherung findet am Donnerstag, 20. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße 100-103, statt

---

Am 16. Juli verschied nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 61 Jahren Herr

Fritz Scherz

Seit 28 Jahren stellte er seine künstlerischen, zeichnerischen und propagandistischen Fähigkeiten in den Dienst unseres Verlages

Sein lauterer Charakter, sein unbedingtes Pflichtgefühl und die volle Hingabe an seinen Aufgabenkreis waren vorbildlich. Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden

Verlag Ullstein

Berlin, den 17. Juli 1933

Kurze Familienanzeigen

Verlobt: *Hertha Beutner mit Landwirt Helmuth Rachstein, Domäne Heiligenwalde-Kngb. · Babette Wolf mit August Wittmann, Schweiz bei Nürnberg · Grete Daniels mit Paul Helle, Altona · Wilma Krüger mit Paul Hirche, Altona · Gertrud Hindzmann mit Herbert Dreyer, Hamburg · Ilse Platz mit Albert Kohpeiß, Hamburg · Hede Schweizer mit Albert Larch, Stuttgart · Trudel Riegraf und Eugen Poehler, Stuttgart · Lotte Blumenthal mit Paul Katzenstein, Frankfurt · Ilse Michel mit Erwin Dreifus, Mannheim*

Verheiratet: *Dipl.-Ing. Adolf Fischer und Frau Clara, geb. Redlich, Stuttgart · Wulf Harald Weyland und Frau Hella Ruth, geb. Balz, Stuttgart · Richard Schweizer und Frau Gisela, geb. Stahl, Stuttgart · Friedrich Heinrich und Frau Margarete, geb. Nelde, Dönhoffstädt · Regierungsrat Otto Ziedrich und Frau Charlotte, geb. Wenser, Gumbinnen · Rudolf Reich und Frau Berta, geb. Kraft, Danzig · Otto Kolb und Frau Anni, geb. Litz, Nürnberg · Sigismund Grüger und Frau Else, geb. Basse, Nürnberg · Albert Wiebrok und Frau Gertrud, geb. Wenk, Hamburg · Kurt Wirrer und Frau Trudel, geb. Steffens, Hamburg · Dr. Rud. Rübecamp und Frau Martha, geb. Rudel, Hamburg · Dipl.-Ing. Herbert Fiedler und Frau Hertha, geb. Abrahams, Königsberg · Dr.-Ing. Eugen Biesinger und Frau Martha, geb. Seubert, Stuttgart · Albert Zieker und Frau Julie, geb. Schmidt, Reutlingen · Kurt Botinger und Frau Hedwig, geb. Reith, Stuttgart · Georg Auerbach und Frau Ilse, geb. Mendel, Köln-London · Max Stöger und Frau Elfriede, geb. Ziehl, Stuttgart*

Geboren eine Tochter: *Bruno Lasoff und Frau Margarete, Danzig · Rechtsanwalt Bruno Rosemann und Frau Anna, Danzig · Wilhelm Pahl und Frau Martha, Hamburg · Paul Koch und Frau Monica, Hamburg · Emil Haffner und Frau Hedwig, Stuttgart*

Gestorben: *Subdirektor Michael Brechtel, Nürnberg · Prokurist Alex. Buran, Hamburg · Landesoberinspektor Hermann Tschescholk, Breslau · Kreisbaurat Kreisbaumeister i. R. Lambrecht, Nimptsch · Pfarrer Johannes Hoffmann, Klopschen · Fabrikdirektor Fritz Kercher, Stuttgart*

Unsere gute

Tante Munny (Dreyer)

unser treuester Lebenskamerad, ist von uns gegangen

Im Namen der Trauernden
Familie Jean Stern

Beerdigung Mittwoch, 12 Uhr, Alte Halle, Weißensee

In ihrem geliebten Travemünde ist unsere gute Mutter und Großmutter, Frau

Minna Jacobson

geb. Mangold

in ihrem achtzigsten Lebensjahre von schwerer Krankheit erlöst worden

Im Namen der Hinterbliebenen
Dr. Otto Jacobson und Frau

Lübeck, den 17. Juli 1933
Goethestraße 11

Die Beisetzung findet am Mittwoch, dem 19. Juli, in Lübeck statt

Von der Reise zurück

Sanitätsrat
Dr. Alfred Peyser
Chari., Grolmanstr. 42/43

Chirurg. Spezialpraxis — einziger Chirurg in gr. Berl. Bez. — **sofort** an kassenzugel. bzw. zulassungsberechtigten Arzt abzugeben. Off. **47764 F. N.** Geschäftsstelle der Voss. Ztg. Unter den Linden 47.

Frauenklinik
Eberlettenburg, Köln Stein, heft Roßegen Betten I.—III. Klasse zur Verfügung. **Wilhelm 1176, 1177.**

ZAHNARZT
sucht Partner für gute Praxiswohnung im Westen Berlins. Evtl. Spezialarzt. Off. 54543 L. K. Geschäftsstelle der Voss. Ztg. Kurfürstendamm 185.

Sehr große dermatol. Praxis abzugeben. „86092 Z.-Q." Geschäftsstelle b. Boß. Ztg. Chart., Wilmersdorf St. 111

Flügel Bechstein, Blüthner, Jbach sucht Barbarossa 1924.

Eleganter Wohnsalon
neuwertig, billig verkäuflich. 92854 Z.-Q. Geschäftsstelle d. Boß. Ztg. Kaiserallee 210

Hausschneiderin
sucht Arbeit. Tag 2 Mark. Frl. M. Rothenwald, Berlin, Staliger Straße 36.

Neues
Wiener Journal
Gründer: Lippowitz & Co.
Das österreichische Weltblatt.
Wiens interessanteste Tageszeitung.